Grundlagen der Fürsten ohne Krone

Leitsätze zur

Reform der Gesellschaft

von

Heinrich Nienkamp

Erstes bis viertes Tausend



Deutsches Verlagshaus Berlin-Charlottenburg

Grundlagen der Fürsten ohne Krone

Leitsätze zur

Reform der Gesellschaft

von

Heinrich Nienkamp

Erstes bis viertes Tausend



Vita Deutsches Verlagshaus Berlin-Charlottenburg

Druck von Hallberg & Büchting in Leipzig.

Vorwort

Das Buch „Fürsten ohne Krone“ erschien im Mai 1916 und löste sofort eine Wirkung aus, wie ich sie in gleicher Stärke noch nie erlebte. Führende Männer und Frauen des geistigen Deutschlands, ebenso wie einfache Leute aus dem Volke überwanden die gewohnte Gleichgültigkeit und schrieben dem Verlage sowohl wie dem Verfasser Briefe begeisterter Zustimmung und fragten nicht, ob, sondern wann Versuche zur Verwirklichung der dem Buche zugrunde liegenden Kulturorganisation begonnen würden. Vereine, die sich mit praktischer Kulturarbeit befassen, veranstalteten besondere Vortragsabende, in denen die Möglichkeit einer Verwirklichung erörtert wurde, und auch in der Presse fanden sich vielfach Anregungen, die Grundgedanken des Buches ins Leben umzusetzen.

Andere Kreise wieder faßten das Buch als eine mehr oder minder interessante Utopie auf, die zwar manchen wertvollen Gedanken enthalte, im übrigen aber undurchführbar sei, und hierbei zeigten sich, ganz wie in der romanhaften Entwicklung der Idee des Richard Fry, die sonderbarsten Mißverständnisse, die soweit gingen, daß hervorragende Finanzmänner und Gelehrte den Verfasser einen Idealisten nannten, der im Geldverdienen einen Schaden sähe, während führende Leute

der ethischen Kultur sich empört von dem „amerikanischen Geschäftsgeist“ des Verfassers abwandten, der im Geldverdienen ein Mittel zur Förderung der Sittlichkeit erblickte.

Wie können so verschiedene Anschauungen zustande kommen? Teilweise mag ein Vorzug des Buches daran schuld sein, der mich mitbestimmt hat, es in Verlag zu nehmen: Der flüssige Stil und die ungewöhnliche Form, bei welcher auch der aufmerksame Leser leicht an der Oberfläche bleibt und die schwierigen Probleme gar nicht bemerkt, die dem Verfasser vorgelegen haben. Aus diesem Grunde habe ich, wie viele Freunde der Sache, geglaubt, es könne zur zweifelsfreien Aufklärung über die Bedeutung, den Ernst und den Zweck des Buches von Nutzen sein, wenn seine Grundgedanken in anderer Form so dargelegt und kurz zusammengefaßt würden, daß Mißverständnisse wie die vorerwähnten ausgeschaltet, und daß vor allem auch die Wissenschaft angeregt würde, sich mit den Ideen Richard Frys zu beschäftigen. Ich hoffe, daß weite Kreise dem Verfasser danken werden, weil er unserer Bitte Raum gegeben und durch die folgende Schrift in wissenschaftlicher Begründung auf die wesentlichen Unterlagen des Fry'schen Werkes hingewiesen und gezeigt hat, wie es aussieht, wenn es allen Romanhaften und Utopischen entkleidet, auf die Möglichkeit beschränkt wird, die sich schon heute verwirklichen läßt.

Freunde und hoffentlich auch bisherige Gegner der „Fürsten ohne Krone“ werden danach überrascht sein, zu sehen, welche neuen und weittragenden Gedanken diesem Werke zugrunde liegen, und ich hoffe, daß nicht

nur die Wissenschaft, sondern jeder, dem die Zukunft unseres Volkes am Herzen liegt, diese Gedanken einer ernsten Prüfung unterzieht. Halten sie, wie ich überzeugt bin, der Prüfung stand, so sollten sie zu einem der wichtigsten Ereignisse der Weltgeschichte führen können.

Berlin-Charlottenburg, September 1916

Felix Heinemann
(Vita Deutsches Verlagshaus)

I

Der Glaube kann Berge versetzen und andere Wunder verrichten. Wo aber nicht der Glaube allein, besonders nicht ein religiöser Glaube, Schöpfer eines Werkes sein kann, wo nicht ein Prophet Dinge verkündet, die nicht von dieser Welt sind, sondern ein Mensch als Entdecker oder Erfinder auftritt, um Tatsachen der irdischen Wirklichkeit zu zeigen oder zu schaffen, da ist die Erreichung seines Zieles um so schwieriger, je mehr die neuen, der Welt unbekannten Tatsachen von den alten, bekannten abweichen und kein Glaube eine Brücke vom Alten zum Neuen schlägt, sondern nur die wissenschaftlich beweisbare Erkenntnis, daß sich das Neue aus bestimmten Voraussetzungen des Alten ergeben muß.

Das Neue liegt zuerst nur in der Vorstellung des Entdeckers oder Erfinders, er sieht seine Notwendigkeit oder Möglichkeit, indem er Zusammenhänge überblickt, die zwar in ihren Teilen auch anderen bekannt sind, nicht aber gerade in den Zusammenhängen von ihnen gesehen werden, die eben das Neue ergeben. Da ergeht es manchem wie einem Maler, der ein bestimmtes Bild vor seiner Seele sieht und es einem anderen so beschreiben möchte, daß er es genau so sieht. Er kann es nicht, es bleibt ihm nichts anderes übrig, als das Bild zu malen und dann zu sagen: So habe ich es gemeint. Dabei wird der Maler meistens erleben, daß das Bild auf der

Leinewand doch etwas anders geworden ist, als das Bild in der Vorstellung war. Es ist nur ungefähr dasselbe, es wird in der Regel ärmer, kann aber auch reicher sein. So hat auch Kolumbus etwas anderes gefunden, als er gesucht hatte, und hat doch in der Hauptsache recht behalten.

Handelt es sich um eine künstlerische oder um eine technische Erfindung, für die der Schöpfer keiner fremden Hilfe bedarf, so kann ihm der Glaube oder der Zweifel anderer gleichgültig sein, er überzeugt sie mit der vollendeten Tat. Je mehr Menschen er aber für die Vorbereitung und Durchführung seines Werkes braucht, um so größere Schwierigkeiten hat er zu überwinden, um so notwendiger ist es, daß er die Menschen, ohne deren Mithilfe er nichts schaffen kann, davon überzeugt, daß seine Idee sich in die Wirklichkeit umsetzen läßt. Den schwierigsten Standpunkt hat deshalb derjenige, der Einrichtungen für das gesellschaftliche Leben der Menschen schaffen will, die die Wohlfahrt eines ganzen Volkes oder gar der Menschheit erhöhen sollen, wo also die Menschen selber Mittel und Zweck des Werkes sind. Der Künstler kann an einer Skizze, der Techniker an einem Modell zeigen, was er will und was er kann, der Sozialreformer aber kann nichts ähnliches vorweisen. Bei der Verschiedenheit der Menschen und ihrer Interessen sieht jeder die gesellschaftlichen Einrichtungen mit anderen Augen an, und gewöhnlich ist es so, daß diejenigen, die ein Interesse an einer Änderung der gesellschaftlichen Einrichtungen haben, nicht über die Machtmittel verfügen, für die Änderung

einzutreten, und diejenigen, die die Machtmittel haben, gerade deshalb einer Änderung widerstreben, weil sie ihre Herrschaft den bestehenden Zuständen verdanken.

So ist es denn in der Regel bei jeder wichtigeren Änderung in den Einrichtungen des gesellschaftlichen Lebens, die gegen die Interessen einer größeren Mehrheit von Machthabern verstößt oder zu verstoßen scheint, daß Jahre und Jahrzehnte vergehen, ehe die Gedanken der ersten Anreger auch nur bei einem so beträchtlichen Teile des Volkes Wurzel geschlagen haben, daß ihr Weiterleben gesichert ist, und daß dann wieder eine geraume Zeit verläuft, bis diese Gedanken verwirklicht sind. Die Geschichte ist überreich an Beispielen dafür, daß um Fortschritte der menschlichen Gesellschaft, die uns heute zu Selbstverständlichkeiten geworden sind, lange und schwere Kämpfe geführt werden mußten, obwohl sie schließlich aus denselben Gründen verwirklicht wurden, aus denen sie zuerst gefordert worden waren. Nicht jeder Fortschritt, den ein vorausschauender Geist im Schoße der Entwicklung erkennt, ist sofort durchführbar, oft sind erst bestimmte Errungenschaften der Wissenschaft oder der Technik, eine besondere Stufe des wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Lebens als Voraussetzungen nötig, so wie der alte Traum des lenkbaren Luftschiffes sich erst verwirklichen konnte, als die Technik die geeigneten Motoren geschaffen hatte. Aber es ist ein Irrtum, allgemein anzunehmen, daß jeder vernünftige, der Entwicklung förderliche Gedanke auch zur rechten Zeit sich durchsetzt. Mancher Fortschritt ist zu unbe-

rechenbarem Schaden für die Menschheit deshalb verzögert worden, weil sich die Interessen einer kleinen Minderheit gegen ihn stemmten, und weil die Mehrheit derer, die ihn hätte herbeiführen können, nicht von seiner Möglichkeit oder Nützlichkeit zu überzeugen war. Hätte mancher von denen, die zuerst den Gedanken an eine später verwirklichte Änderung der gesellschaftlichen Einrichtungen in die Welt gebracht haben, auch gleichzeitig die Macht gehabt, sie mit eigenen Mitteln als ein Krösus oder durch seinen entscheidenden Willen als unbeschränkter Herrscher einzuführen, so wäre sie genau so gut möglich gewesen, wie jetzt die Einführung der Sommerzeit, die auch schon vor Jahrzehnten gefordert worden ist und noch bis zum Tage ihres Beginnens von vielen für praktisch undurchführbar gehalten wurde. Gerade bei gesellschaftschaftlichen Einrichtungen ist es meist nicht die Natur der Dinge, die den Menschen Schwierigkeiten macht, sondern die Meinung der Menschen über sie. Wenn es aber Tatsache ist, daß es bei jeder bedeutenderen Sozialreform weniger Schwierigkeiten macht, sie einzuführen, sobald die entscheidenden Machthaber dafür gewonnen sind, als die Überzeugung von ihrer Möglichkeit und Nützlichkeit soweit zu verbreiten, daß die Machthaber ihrem Drucke nachgeben müssen, wenn gar manche Anregung überhaupt nicht einmal so weit in die Öffentlichkeit dringt, daß sie von verständnisvollen und einflußreichen Menschen aufgenommen und gefördert werden kann, dann wäre es einer der größten Fortschritte der Menschheit, wenn man eine Einrichtung schaffen könnte, die es den schöpferischen Geistern erleichtert, sich für ihre Anregungen Gehör zu verschaffen und Verständnis zu gewinnen, und

die ihnen die Macht verleiht, sich mit ihrer ganzen Persönlichkeit gegenüber allen widerstreitenden Tagesinteressen für ihre Gedanken einzusetzen. Das zu erreichen, ist aber einer der Hauptzwecke des Werkes von Richard Fry, und schon deshalb ist es für jeden, dem das Wohl der Menschheit am Herzen liegt, notwendig, dieses Werk auf seine Möglichkeit zu prüfen, und wenn er die Möglichkeit anerkennt, dazu beizutragen, die Hauptschwierigkeit seiner Durchführung zu beseitigen, den Mangel an Einsicht bei denen, ohne deren Mithilfe das Werk nicht durchzuführen ist.

II

Richard Fry will eine Organisation schaffen, die sich zu dem „Kuturreich" entwickelt, das als dritte der höchsten menschlichen Organisationen neben Staat und Kirche tritt. Sein Kulturreich soll sich auf die Gebiete des Gemeinschaftslebens erstrecken, auf denen der Mensch nur als Persönlichkeit, als Mensch schlechthin, nicht als Angehöriger eines Staates, als Bürger, in Betracht kommt. Während der Staat in der Hauptsache nur der negativen Freiheit dient, d. h. das Volk gegen Angriffe und Vergewaltigungen anderer Völker schützt, die einzelnen Menschen gegen gewisse Schädigungen an Leib und Gut durch andere, im übrigen aber jeden den Kampf ums Dasein mit den Mitteln kämpfen läßt, die ihm die Zufälle der Geburt, des Besitzes, der Stellung gewähren, will das Kulturreich für die positive Freiheit sorgen; es trägt der Verschiedenheit der Menschen Rechnung und will jedem die Möglichkeit geben, den be-

sonderen Anlagen und Bedürfnissen seiner Persönlichkeit gemäß zu leben, soweit er dadurch nicht schädigend in die Freiheit anderer eingreift. Der Staat schützt das historisch Gewordene, das zufällig Bestehende, das, was der einzelne hat, ohne danach zu fragen, ob es ihm nach dem Werte seiner Persönlichkeit gebührt; er schützt den Reichtum, den Geiz oder Habgier nutzlos anhäuft oder den ein Nichtsnutz unsinnig vergeudet, aber es ist ihm gleichgültig, ob ein Talent oder ein Genie verkümmert, weil es nicht soviel hat, wie es zum dürftigsten Lebensunterhalte braucht. Der Staat kennt nur die äußerliche Gerechtigkeit, die juristische, deren Göttin die Binde vor den Augen hat, und vor der Mensch gleich Mensch und hundert Mark (eines Reichen) gleich hundert Mark (eines Armen) ist. Das Kulturreich strebt nach der inneren Gerechtigkeit, nach der Tugend des Maßes, das Menschen und Dinge nach dem Werte mißt, den sie füreinander haben, nicht nach den zufälligen Verknüpfungen der gegebenen Verhältnisse, sondern nach dem Nutzen, den sie füreinander und für das Gemeinwohl haben könnten, wenn sie in die zweckmäßigste Beziehung zueinander gesetzt wären.

Um dem Ideal der positiven Freiheit und der inneren Gerechtigkeit näherzukommen, als der Staat bisher vermocht hat und nach seinem Wesen überhaupt vermag, schafft Fry in seiner Organisation Einrichtungen, die einer planmäßigen Auslese der für das Gemeinwohl wertvollen Menschen dienen sollen. Nicht der Zufall der bestehenden Macht- und Güterverteilung soll darüber entscheiden, wer aus der bunt zusammengewürfelten Masse seine Persönlichkeit zu der Entfaltung im privaten

und der Geltung im öffentlichen Leben emporbringt, die ihren Anlagen und Kräften entsprechen, sondern jeder soll die Möglichkeit haben, den für ihn geeigneten Lebens- und Wirkungskreis sich selbst zu suchen und in den Kämpfen um Macht und Ansehen in der Gesellschaft um so höher zu steigen, je reicher seine Persönlichkeit ist.

Heute ist das Geld das stärkste Machtmittel. Je mehr Geld jemand hat, um so leichter ist es ihm, auf allen Gebieten des Lebens seinen Willen durchzusetzen und über andere Menschen zu herrschen, ja, bestimmenden Einfluß auf das Leben des Volkes und der Völker zu gewinnen. Der Besitz und der Erwerb des Geldes hängen aber nicht von dem Werte der Persönlichkeit ab, sondern von Zufällen und einseitigen Fähigkeiten, die oft gerade bei den unedelsten Naturen am erfolgreichsten sind.

Deshalb nimmt Fry mit demselben Machtmittel den Kampf gegen die Unvernunft dieser gesellschaftlichen Ordnung auf. Den Adel der Persönlichkeit, den er durch seine Auslese schafft oder hervortreten läßt, faßt er durch seine Organisation zu einer geschlossenen Einheit zusammen und gibt ihr den Reichtum, der erforderlich ist, um die edlen Naturen von der Geldmacht der unedlen freizumachen und ihnen innerhalb der Gesamtheit die Stellung zu sichern, in der sie als einzelne für ihre Umgebung und ihren bestimmten Wirkungskreis und in ihrer Vereinigung für das ganze gesellschaftliche Leben die Herrschaft der Unkultur brechen und für die innere Gerechtigkeit sorgen können.

Das Wort „Kultur“ umfaßt recht verschiedene Vorstellungen, und mancher Einwand, der gegen die Bestrebungen Richard Frys erhoben worden ist, rührt

daher, daß man in einer inneren Gebundenheit an eine bestimmte Vorstellung von dem Sinn des Wortes keinen freien Blick für die Zwecke hatte, die Fry verfolgt, und deshalb auch kein Verständnis für seine Mittel. Namentlich wo man nach ethischen Anschauungen bei Kultur an innere Sittlichkeit dachte, an das von allen Äußerlichkeiten des irdischen Lebens unabhängige „Reich Gottes, das inwendig in uns ist“, da vermochte man nicht einzusehen, wie Fry mit Geld Kultur schaffen kann, ja, man empfand die Verquickung von Geld und Kultur geradezu als widerwärtig und empörend.

In Wirklichkeit strebt die Kultur Frys nicht nach irgend einer bestimmten Beschaffenheit des Menschen oder einem bestimmten Inhalte seines Lebens, sondern ist ein Verfahren, die Menschen je nach ihrer Beschaffenheit in die ihnen gebührende Stellung in der Gesellschaft zu bringen, so daß die Menschen von der edleren und reicheren Beschaffenheit mit dem Streben nach einem edleren und reicheren Lebensinhalte bestimmend für die Richtung der Entwicklung des Volkes und der Menschheit werden.

Es ist Menschenkultur in dem Sinne des Wortes Kultur, wie man es in der Landwirtschaft versteht. Der Landwirt kann und will nicht aus Unkraut Edelfrucht machen, aber er kann verhindern, daß das Unkraut die Edelfrucht überwuchert, sie erdrückt oder in ihrer Entwicklung hemmt, und kann durch zweckmäßige Aus-

wahl und Bestellung des Bodens jeder Frucht die für ihr Wachstum geeigneten Bedingungen schaffen. Er wirft nicht bunt gemischten Samen aufs Geratewohl über die Erde hin und überläßt es dem Zufall, was daraus wird, indem er der weitverbreiteten Meinung folgt: Das Gute bricht sich immer selber Bahn! —, sondern er weiß, daß seine Kultur um so bessere Früchte trägt, je mehr es ihm gelingt, den Zufall auszuschalten und nach den Eigentümlichkeiten jeder Frucht planmäßig mit künstlichen Mitteln da nachzuhelfen, wo aus zufälligen Gründen etwas fehlt. Wohlverstanden, diese künstlichen Mittel sind nichts unnatürliches oder widernatürliches, nichts unsittliches, sondern es sind Stoffe und Kräfte der heiligen Natur selbst. Das Künstliche liegt nur darin, daß der Mensch die Mittel, mit denen die Natur arbeitet, von einer Stelle, wo sie im Überfluß vorhanden sind, an eine andere Stelle, wo es an ihnen mangelt, schafft, oder ihre Verwendung dadurch erleichtert, daß er sie, wiederum mit rein natürlichen Mitteln, in die Form und zu der Wirkung bringt, wie sie die Natur am besten und schnellsten verwerten kann. Auch hier ist es die Überwindung des Zufalles, wodurch der Menschengeist der Natur Umwege und Verluste erspart und ihre Kräfte fruchtbarer macht.

So geht auch Fry bei seiner Menschenkultur zu Werke, indem er sich nur an die Tatsachen der Natur hält. Es sind folgende grundlegenden Tatsachen:

1. Die Menschen sind verschieden
   a) nach natürlicher Veranlagung: gut-schlecht, stark-schwach, klug-dumm, begabt-unbegabt, fleißig-faul, schnell-langsam, genügsam-anspruchsvoll usw.

Diese Eigenschaften machen das Wesen der Persönlichkeit aus; sie sind in ihrem Kern unveränderlich.

b) nach Erziehung und gesellschaftlicher Stellung: gebildet-ungebildet, reich-arm, hoch-niedrig, angesehen-unbekannt, mächtig-einflußlos, selbständig-abhängig, verheiratet-unverheiratet usw.

Diese Eigenschaften haben mit dem Wesen der Persönlichkeit nichts zu tun, können es aber günstig oder ungünstig beeinflussen; sie sind veränderlich.

2. Die Verhältnisse, unter denen ein Mensch lebt, sind nach Zeit, Ort, Rechts- und Wirtschaftsordnung, Sitte, Beruf, Gesellschaftsklassen usw. verschieden.

3. Das Leben jedes Menschen wird bestimmt durch seine persönlichen Eigenschaften und die Verhältnisse seiner Umgebung.

Wegen der Verschiedenheit der Menschen können dieselben oder ähnliche Verhältnisse zu verschiedenen, verschiedene Verhältnisse zu ähnlichen Lebensschicksalen führen. Alles ist relativ.

4. Je nach seinen Eigenschaften ist der Mensch mit den Verhältnissen seiner Umgebung zufrieden oder nicht, und sucht entweder seine Eigenschaften den Verhältnissen oder die Verhältnisse seinen Eigenschaften anzupassen.

Wo die unveränderlichen Eigenschaften des Menschen mit veränderlichen, aber seiner alleinigen Macht nicht unterliegenden Verhältnissen im Widerspruch stehen, leidet er um so mehr, je reicher und schöpferischer seine Persönlichkeit ist.

5. Das Wohl und die Entwicklung der Gesamtheit richtet sich nach dem Wohl und der Entwicklung ihrer schöpferischen Persönlichkeiten. Je weniger der Zufall, je mehr die Erkenntnis der Zwecke dafür sorgt, daß jede Persönlichkeit in die ihrer Entwicklung förderlichsten Verhältnisse kommt, um so besser ist es für die einzelnen und für die Gesamtheit.

6. Von den drei Grundtrieben der menschlichen Natur dient der Hunger der Selbsterhaltung, die Liebe der Erhaltung der Art, der Geltungstrieb der Höherentwicklung des einzelnen und der Gesamtheit.

Je höher entwickelt das Leben der Gesamtheit ist, je leichter es daher im allgemeinen für die einzelnen ist, Hunger und Liebe zu befriedigen, *um so stärker wird der Geltungstrieb.* Auf der niederen Stufe der Entwicklung, und zwar der Einzelpersönlichkeit wie der Gesamtheit, ist die Reihenfolge der Triebe: Hunger, Liebe, Geltungstrieb, auf der höheren Stufe umgekehrt.

Die Beachtung gerade dieser Tatsache ist bei der Beurteilung des Fryschen Werkes von besonderer Wichtigkeit.

Zunächst möge die einfache Aufzählung dieser Tatsachen genügen. Sie stehen so fest wie die Tatsachen, daß die Pflanzen verschieden sind und daß die Bodenverhältnisse verschieden sind, daß es Zufall für die einzelne Pflanze ist, auf welchen Boden sie kommt, daß sie bei aller Anpassungsfähigkeit verkümmern muß, wenn die Bedingungen für ihr Wachstum ungünstig sind, und daß sie nicht allein von der stofflichen Nahrung des Bodens lebt, sondern auch nach der Sonne Licht und Wärme drängt, um die Pracht ihrer Blüten zu entfalten.

Ob Richard Fry diese Tatsachen für eine zweckmäßige Kultur (Menschenpflege) — nicht für „die Kultur" — richtig verwertet, so daß der Ertrag die aufzuwendenden Kosten lohnt, muß die Untersuchung seines Verfahrens ergeben.

III

Das Werk Richard Frys ist als eine (sozial-)technische Erfindung zu betrachten. Wäre es möglich, sie zum Patent anzumelden, so würde man etwa sagen können: Verfahren, die gesellschaftlich schädlichen Wirkungen des Zufalls nach Möglichkeit auszuscheiden und die allgemeine Wohlfahrt durch planmäßige Auslese und Förderung gesellschaftlich wertvoller Persönlichkeiten zu heben. Das Verfahren wird, wie es in den Patentschriften heißt, durch folgendes gekennzeichnet:

1. Zusammenfassung einer unbegrenzten Anzahl von Menschen in kleine Ortsgruppen von begrenzter Mitgliederzahl zu einem (ähnlich wie die katholische Kirche aufgebauten) Bunde.
2. Freiheit jeder Gruppe, sich den Zweck zu setzen, der ihr paßt, Freiheit des einzelnen, sich der Gruppe anzuschließen, die ihm paßt, oder mit Gesinnungsgenossen eine neue Gruppe zu bilden.
3. Gliederung der Gesamtheit der Mitglieder derart, daß die Vorsitzenden einer bestimmten Anzahl von Ortsgruppen eines Bezirkes eine höhere Gruppe bilden, daß die Vorsitzenden einer Anzahl dieser

höheren Gruppen wieder eine höhere Gruppe bilden, und so fort, bis eine nicht weiter einzuteilende kleine Zahl von Gruppenvorsitzenden die höchste Gruppe bildet, deren Vorsitzender der Präsident des ganzen Bundes ist, wobei der Vorsitzende jeder Gruppe immer von deren Mitgliedern aus ihrer Mitte gewählt wird und mit der Übernahme des Vorsitzes der höheren Gruppe seinen bisherigen Vorsitz in der niederen Gruppe verliert.

4. Ein möglichst großes Bundesvermögen mit der Zweckbestimmung, den Vorsitzenden der höheren Gruppen wirtschaftliche Unabhängigkeit und hervorragende gesellschaftliche Stellung zu schaffen, sonstige gesellschaftlich wertvolle Persönlichkeiten, die auf Empfehlung der Ortsgruppen von den höheren Gruppen vorgeschlagen werden, zu unterstützen und im übrigen die allgemeine Wohlfahrt in einheitlicher, Zersplitterung und Zufallswirtschaft vermeidender, den dauernden und für die Allgemeinheit größeren Nutzen über vorübergehenden und kleineren Nutzen stellender Weise zu pflegen.
5. Eine Zeitung des Bundes, nur für seine Zwecke, besonders auch zur Ermöglichung einer unabhängigen Meinungsäußerung.

Das ist, auf die einfachsten Linien gebracht, das Wesen des Bundes, alles andere ergibt sich von selbst aus dem Leben, das sich auf dieser Grundlage nach der menschlichen Natur und nach den bestehenden gesellschaftlichen Einrichtungen entwickeln muß, sobald der Bund eine genügend große Zahl Mitglieder und ein genügend großes Vermögen hat.

So wenig man im allgemeinen aus dem in einer Patentschrift umschriebenen Anspruch ersehen kann, worum es sich im einzelnen handelt, wie das Verfahren durchgeführt wird, und wie es wirkt, so wenig kann man aus der vorstehenden Zusammenstellung der wesentlichen Eigentümlichkeiten des Werkes Richard Frys erkennen, was dieses alles in sich schließt, und was damit erreicht werden kann.

Wenn uns aber der Nachweis gelingt, daß wirklich nur die genannten Erfordernisse wesentlich sind, und daß sich aus ihnen eine Besserung unserer gesellschaftlichen Zustände ergeben muß, wie sie Fry erstrebt, so kommt es nicht darauf an, ob das Ergebnis in allen Punkten dem „Kulturreiche" entspricht, das in der Dichtung geschildert ist.

Zunächst ist zu beachten, daß in der Zusammenstellung der wesentlichen Erfordernisse an keiner Stelle das Wort Kultur vorkommt. Soweit man also bei diesem Worte an einen bestimmten Lebensinhalt, ein bestimmtes Ziel der Entwicklung der einzelnen oder der Völker denkt, ist das Werk Frys von einem solchen Inhalte oder einem solchen Ziele unabhängig. Das kann gegenüber den aus den verschiedenen Auffassungen des Wortes Kultur hergeleiteten Einwänden nicht kräftig genug betont werden. Es ist nicht anders als bei der Eisenbahn, für deren Wesen es auch gleichgültig ist, mit welchem Inhalte man ihre Wagen füllt oder zu welchem Ziele sie fährt. Das sind Fragen der Verwendung der Eisenbahn, und darüber entscheiden die Bedürfnisse derer, denen sie nützen kann, und die Einsicht derer, die sie zu

verwalten haben. So soll auch die Organisation Frys nur ein Mittel sein für eine den jetzigen Möglichkeiten gegenüber bessere, leichtere, schnellere und billigere Befriedigung menschlicher Bedürfnisse. Diese Bedürfnisse sind bei den verschiedenen Menschen zu den verschiedenen Zeiten verschieden, sie zu erkennen und ihnen auf die zweckmäßigste Weise zu genügen, ist Aufgabe der Persönlichkeiten, die zu der Leitung der Organisation und der Verwertung ihrer Mittel berufen werden. Je besser also die Organisation selbst für die Auslese solcher Persönlichkeiten sorgt, umso größer wird ihr Nutzen sein.

Es ist ferner zu beachten, daß von den Mitgliedern des Bundes nur als von Menschen schlechthin gesprochen wird, nicht etwa von Kulturmenschen, von guten oder edlen, oder sonstwie von einer bestimmten Art von Menschen, so daß man sich fragen könnte, ob es solche Menschen überhaupt gibt, oder was man unter ihnen zu verstehen hat. Das hängt mit dem eben über den Begriff der Kultur Gesagten zusammen und damit, daß ein Werk, dessen Subjekt und Objekt die Menschen in ihrer Allgemeinheit, nicht eine bestimmte Klasse oder ein bestimmtes Ideal von Menschen sind, nur dann seine Zwecke erreichen kann, wenn es die Menschen nimmt so wie sie sind, in ihrer ganzen Verschiedenheit, mit ihren Vorzügen und ihren Schwächen. Fry will, wie gesagt, nicht die Beschaffenheit der Menschen ändern, sondern die Eigenschaften, die für ihr Handeln bestimmend sind, für seine Zwecke verwerten. Das kann er nur, da alles relativ ist, indem er die Beziehungen der Menschen zueinander und zu den Verhältnissen ihrer Umgebung möglichst von diesen Eigen-

schaften, von dem Willen der einzelnen Menschen selber, je nach ihrer Verschiedenheit, abhängig macht.

Dadurch unterscheidet sich Fry von den Utopisten, die entweder nur die Menschen, ohne Rücksicht auf die Verhältnisse, oder nur die Verhältnisse, ohne Rücksicht auf die Menschen, ändern wollten. Die einen sagten, man müsse die Menschen besser machen, sie zum Mitleid, zur Nächstenliebe, zur Sittlichkeit oder Frömmigkeit erziehen, dann würden die Lebensverhältnisse besser und das Reich Gottes auf Erden verwirklicht werden. Die anderen sagten, wenn der Staat durch bestimmte Änderungen für eine gleichmäßigere Verteilung der Lebensgüter sorgte, wenn er z. B. die Bodenreform einführte, das Zinsennehmen verböte, die Volkswirtschaft verstaatlichte, dem Volk größeren Anteil an der Regierung gewährte u. dergl. mehr, so würden mit dem allgemeineren Wohlstande die Verbrechen abnehmen und die Menschen wenn auch nicht besser, so doch glücklicher werden.

Die Wege, die so vorgeschlagen wurden, kann man danach einteilen in die ideellen und die materiellen. Bei den einen liegt der Ausgangspunkt in dem Menschen, bei den anderen außerhalb des Menschen. Dementsprechend haben sich auch die beiden Reiche Kirche und Staat gebildet, wobei man unter Kirche nicht bloß die religiös-dogmatischen Gemeinschaften zu verstehen hat, und alles bisherige Streben der Sozialreformer lief in der Hauptsache darauf hinaus, die Einrichtungen entweder des einen oder des anderen Reiches zu verbessern. So hat man der Verschiedenheit der Menschen und der Relativität ihrer Bedürfnisse, die sich nach ihren persönlichen Eigenschaften und den besonderen Verhältnissen ihrer Umgebung richten, nie genügend Rechnung getragen.

Einen dritten Weg, die Menschen von den gesellschaftlichen Nöten zu befreien, verfolgen die Anarchisten, insoweit sie Staat und Kirche abschaffen wollen, nicht um wirklich die Anarchie, die Unordnung, den Kampf aller gegen alle zu schaffen oder, wie im Urzustande, wieder aufleben zu lassen, sondern um eine Gesellschaftsordnung ohne Herrschaft, ohne Zwangsgewalt einzelner Menschen oder einer Mehrheit von Menschen über andere zu gründen, die auf dem Selbstbestimmungsrecht jedes einzelnen gemäß dem angeborenen Gerechtigkeitsgefühle beruhen soll.

Das, allerdings auch nur das hat Frys Werk mit dem Ideal der Anarchisten gemein, daß es eine Ordnung der Freiheit ist, eine freiwillige Gemeinschaft von Menschen, von denen keiner eine Zwangsgewalt oder irgend eine Machtbefugnis über andere hat. Aber diese Gemeinschaft hat den Staat zur Voraussetzung, weil er notwendig ist, um die Menschen, die ihren selbstsüchtigen Trieben gegenüber keine inneren Hemmungen haben, durch äußere Machtmittel zu zwingen, gesellschaftswidrige Handlungen zu unterlassen und die sich aus dem Gesellschaftsleben ergebenden Pflichten zu erfüllen. Erst muß die negative Freiheit gesichert sein, ehe sich die positive entwickeln kann. Und nur auf d e m Gebiet kann deshalb Fry die Persönlichkeit zum Träger seiner Ordnung machen, das außerhalb der notwendigen staatlichen Herrschaft bleibt, ein Gebiet, das sich im Laufe der Zeit umso weiter ausdehnt, je mehr sich die allgemeine Ordnung in Staat und Gesellschaft nach den gesellschaftlich nützlichen Persönlichkeiten richtet und die von den gesellschaftlich schädlichen Menschen drohenden Gefahren vermindert und damit auch die Notwendigkeit staatlichen Zwanges einschränkt.

Wir können also zu den vorher aufgeführten fünf wesentlichen Erfordernissen der Fry'schen Organisation noch folgende sich aus ihnen ergebenden negativen Besonderheiten ebenfalls als wesentlich hinzufügen:

6. kein bestimmtes Kulturprogramm,
7. keine bestimmte geistige, sittliche, ideale oder sonstige Beschaffenheit der Menschen,
8. keine Änderung kirchlicher oder staatlicher Einrichtungen,
9. für keinen Menschen innerhalb der Organisation irgend eine Machtbefugnis über andere Menschen.

IV

Die Organisation umfaßt eine unbegrenzte Zahl von Mitgliedern. Kein Mensch, der ihr beitreten will, soll grundsätzlich ausgeschlossen sein. Jeder, mag er nun mit den Verhältnissen seiner Umgebung oder den Verhältnissen der Allgemeinheit unzufrieden oder zufrieden sein, jeder, ob er durch die Organisation sich selber oder, ohne persönliches Interesse, der Allgemeinheit nützen will, kann Mitglied werden. Er kann aber auch für sie arbeiten, ohne Mitglied zu sein.

Man könnte daran denken, die Zwecke, die Richard Fry erstrebt, auch so zu erreichen, daß man einen Bund gründet, dessen Mitglieder bestimmten Anforderungen an ihre Persönlichkeit genügen müssen, und daß dieser Bund von besonders geeigneten Persönlichkeiten dann an der Hebung der allgemeinen Wohlfahrt im Fry'schen Sinne arbeitet. Aber man würde damit nicht weit kommen,

wie alle ähnlichen Versuche, die bisher gemacht worden sind, bewiesen haben. Eine Wohlfahrtsorganisation größten Stiles ist gewiß der Freimaurerorden. Ganz abgesehen von seinen Zielen und Erfolgen ist es ihm aber, wie allen anderen Orden, geschlossenen Gesellschaften, Klubs usw., nicht gelungen, alle die Persönlichkeiten als Mitglieder zu gewinnen, die wirklich geeignet wären, und solche fernzuhalten, die sich trotz allen Vorsichtsmaßregeln bei der Aufnahme, trotz vorherigen Prüfungen usw. als unwürdig erweisen. Solche Vorsichtsmaßregeln mögen noch so klug ausgedacht sein, wenn es sich um eine größere Gemeinschaft handelt, in die jemand aufgenommen werden soll, der nur einem oder dem anderen der Mitglieder bekannt, allen übrigen unbekannt ist, so müssen sie auf die Dauer versagen und zwar umso gewisser, je größer das Interesse ist, das der Einzelne daran hat, aufgenommen zu werden, oder das die Gemeinschaft an der Gewinnung einer größeren Zahl von Mitgliedern hat. In vielen Fällen können diese Maßnahmen aus verschiedenen Gründen auch bei gewissenhaftester Anwendung nicht zu vollem Erfolge führen, und überdies werden sie meist im Laufe der Zeit zu einer bloßen Formsache. Es ist ferner klar, daß die Schwierigkeiten wachsen, je mehr es sich um innere Eigenschaften der Menschen handelt. Man kann zur Not feststellen, ob ein fremder, von gewisser Seite empfohlener Mensch schon einmal eine strafbare oder unanständige Handlung begangen hat, aber sehr schwer, ob er ein innerlich anständiger Mensch ist. Dazu ist mindestens eine längere persönliche Bekanntschaft nötig, die Gelegenheit hatte, den Wesenskern des Menschen zu prüfen.

Und das ist einer der Gründe, weshalb Fry seine Organisation aus kleinen Gruppen aufbaut. Darüber wird noch besonders zu sprechen sein.

Fry nimmt aber von der Aufstellung gewisser Anforderungen an die Persönlichkeit der Mitglieder auch deshalb Abstand, weil er eine möglichst große Anzahl von Menschen für seine Kulturzwecke braucht.

Er will in erster Linie den gesellschaftlich wertvollen Menschen nützen und zwar gerade denen, die durch den Zufall verhindert sind, ihre Persönlichkeit so zu betätigen, daß ihr wahrer Wert erkannt werden kann. Er darf deshalb niemandem aus Gründen, *die schon eine Beurteilung der Persönlichkeit voraussetzen*, den Eintritt in seine Organisation verwehren. Eine solche Beurteilung ist ja rur nach den Beziehungen möglich, in denen die Eigenschaften der Persönlichkeit zu den Verhältnissen ihrer Umgebung bisher gestanden haben, wobei man doch als Fremder nur von den äußeren Verhältnissen, nicht von den inneren Eigenschaften ausgehen kann, die eben wegen der äußeren Verhältnisse sich oft nicht in dem richtigen Lichte zeigen können. Deshalb kann dem Einzelnen nur geholfen werden, wenn ihm die Möglichkeit geboten wird, sich die Umgebung zu suchen, die am besten zu seinen Eigenschaften paßt. Je mehr Menschen daher die Organisation umfaßt, umsomehr Anschlußmöglichkeiten hat der Einzelne, um so mannigfaltiger sind die Verschiedenheiten, die ihm nützen können, und zwar sowohl hinsichtlich der Menschen als der Verhältnisse ihrer Umgebung. Bei einer beschränkten Anzahl von Menschen ist natürlich nur eine beschränkte Auslese möglich.

Man hat gefragt, wie sich ein wirklicher Kulturbund bilden könnte, wenn ihm die kulturlosesten Menschen beitreten dürften. Die Frage beweist wieder die Verkennung der Ziele Frys wegen der verschiedenen Auffassung des Wortes Kultur. Wenn es sich darum handelte, eine bestimmte Aufgabe zu erfüllen, an der nur Menschen von einer bestimmten Beschaffenheit arbeiten können, so wäre die Frage berechtigt. Etwa so, als wenn jemand für eine chemische Erfindung einen Preis aussetzte und die Aufforderung, sich um den Preis zu bewerben, nicht nur an Chemiker, sondern auch an Rechtsanwälte, Buchhalter, Schuhmacher und Dienstmädchen schickte. Fry hat es überhaupt nicht mit fertigen, irgendwie abgestempelten Menschen zu tun, sondern mit werdenden oder mit solchen, die falsch gestempelt sind, oder deren Gepräge nicht sichtbar ist. Seine Organisation ist wie eine Schule, die nicht nur Chemiker, sondern gleich der Volksschule jeden voraussetzungslos aufnimmt, um ihm die Grundlage zu verschaffen, aus der sich erst ergeben kann, ob er Chemiker werden will, und nicht nur Chemiker, sondern gerade das, was er nach seinen Anlagen am besten werden mag und kann. Wenn diese Organisation zweckmäßig ausgebaut ist, wird sich zeigen, daß mancher Mensch, der in der Öffentlichkeit als Kulturmensch gilt, in Wahrheit recht kulturlos ist, mancher, der in einer bestimmten Umgebung als kulturlos erscheint, in einer anderen kulturell wertvoll ist, sei es auch nur, daß er des äußeren Scheines wegen so handelt.

Es kann einen Gotha für den Geburts- und den Briefadel geben, aber nicht für den Kulturadel, der ja nicht an Namen und Stellung geknüpft ist. Der adelige Name

kann von einem Fürsten verliehen werden, den Kulturadel kann kein Mensch verleihen, er liegt im Kern der Persönlichkeit, und wenn Fry, soweit dies nach der Unvollkommenheit aller menschlichen Einrichtungen möglich ist, diesen Kern auf den Boden bringen will, auf dem er sich am besten entfalten kann, so darf er niemand durch äußerliche Beschränkungen fernhalten.

Die überwiegende Mehrheit der Menschen ist Mittelgut oder lebt in Verhältnissen, wo sie weder als besonders gut noch als besonders schlecht hervortreten. Das Hervortreten aus der Masse in der einen oder der anderen Richtung kann durch besondere Interessen und besondere Gelegenheiten gefördert werden. Fry will solche für die Guten schaffen und für die Schlechten vermindern oder unschädlich machen. Dazu braucht er die Masse selber. Und wenn durch eine gute Auslese die geeignetsten Persönlichkeiten in gesellschaftliche Führerstellungen kommen, so wird ihr Nutzen für die Allgemeinheit um so größer sein, je größer ihre Gefolgschaft ist, die sie durch ihre Organisation erwerben können. Die meisten Menschen sind ja Herdenwesen und richten sich nach dem, was in ihrer Umgebung als maßgebend angesehen wird. So hofft Fry zu einer Änderung mancher gesellschaftlichen Anschauung, Sitte und Triebkraft zu kommen, und muß deshalb die breitesten Schichten der Gesellschaft als Grundlage seiner Organisation nehmen.

Schließlich spielen auch wirtschaftliche Gründe gerade bei dieser Organisation eine so wichtige Rolle, daß für sie eine möglichst große Zahl von Mitgliedern erwünscht ist.

Um die Probe auf's Exempel zu machen, kann man fragen, was denn aus der Organisation würde, wenn ihr

alle Menschen des Gebietes, über das sie sich erstreckt, von den Kindern abgesehen, angehörten. Es wäre denkbar, daß die Vorteile, die sie gewähren kann, so verlockend sind, daß jedermann aus rein persönlichem Interesse Mitglied werden würde, zumal da ja niemand zu einer besonderen Tätigkeit oder sonstigen Leistung verpflichtet ist, mit Ausnahme des kleinen Mitgliedsbeitrages, der ja um so geringer sein kann, je größer die Zahl der Mitglieder ist. Ja, es bestände sogar die Möglichkeit, daß der Staat eine solche Organisation im allgemeinen Interesse für so nützlich hielte, daß er die Mitgliedschaft so vorschriebe, wie er jeden Arbeiter zwingt, Mitglied der Alters- und Invaliditäts-Versicherung zu sein. Würden dadurch nicht die Vorteile wegfallen, die gerade daraus entstehen, daß es sich um einen freiwillig gebildeten Bund handelt, der zwar sehr viele Mitglieder haben kann, aber eine gewisse Grenze nicht überschreiten darf, eine Grenze, wie sie in der Natur jeder freiwilligen Organisation liegt?

Hier ist zunächst zu unterscheiden zwischen den Anfängen der Organisation und ihrem fertigen Ausbau.

Der Bund tritt natürlich zuerst mit einer bescheidenen Anzahl von Mitgliedern ins Leben, und seine erste Aufgabe ist, möglichst viele Mitglieder zu gewinnen. Er muß also seinen Mitgliedern Vorteile versprechen, die man außerhalb des Bundes nicht oder nicht so leicht erwerben kann. Das können für die große Masse der Menschen, die ohne persönliches Interesse nicht gemeinnützig zu handeln pflegen, oder die allem Neuen gleichgültig oder verständnislos gegenüberstehen, in der Hauptsache nur wirtschaftliche Vorteile sein oder solche, die mit gesell-

schaftlichen Veranstaltungen zusammenhängen, die nicht allgemein zugänglich sind.

Man denke z. B. an einen Theaterverein, der ein eigenes Theater hat und seinen Mitgliedern gute Vorstellungen zu besonders niedrigen Preisen bietet. Hier kann der Verein nur so lange neue Mitglieder aufnehmen, als noch Plätze verfügbar sind. Ist die Nachfrage so groß, daß es sich lohnt, so wird der Verein ein zweites Theater bauen und so fort. Und wenn schließlich alle Theaterbesucher der Stadt Mitglieder wären, so würde doch darum niemand austreten, solange er selber auf seine Rechnung kommt.

Ähnlich ist es mit den Vorteilen, die unabhängig von örtlicher Beschränkung sind. Fry verteilt große Summen unter die Mitglieder seines Bundes, indem er gutbezahlte Stellen schafft und im übrigen Zuwendungen an Leute macht, die er aus irgend einem Grunde unterstützen oder fördern will. Hier kann man die Lotterie zum Vergleiche nehmen. Bei einer feststehenden Verteilungssumme werden die Gewinnaussichten umso geringer, je größer die Zahl der Beteiligten ist. Wenn aber mit der Zahl der Beteiligten auch das Vermögen wächst, das verteilt werden kann, so bleiben die Aussichten dieselben.

In der ersten Zeit, wo es sich darum handelt, die Organisation als eine neue Einrichtung einzuführen, wo es gilt, die Widerstände der Gewohnheit, Trägheit und des Mangels an Verständnis zu überwinden, wo man viele Mitglieder nur durch besonders in die Augen springende Vorteile gewinnen kann, wo andererseits auch dem Bunde nur ein beschränktes Vermögen zur Verfügung steht, wird in der Tat mancher, der nur auf per-

sönliche Vorteile rechnet, den Gedanken haben, daß seine Interessen bei einer größeren Mitgliederzahl leiden könnten. Dem steht die Tatsache gegenüber, daß in der ersten Zeit jeder größeren Kulturbewegung sich viele finden, die sich ihr nur aus ideellen Interessen zuwenden, gerade weil es schwerer ist, ein Unternehmen mit ideellen, als eins mit materiellen Zielen zu verwirklichen. Die Vorkämpfer jeder neuen großen Idee sind in der Mehrzahl immer Idealisten.

Hat sich die Idee des Bundes durchgesetzt, ist seine Grundlage sichergestellt und seine Wirkung der Masse sichtbar geworden, so können im Laufe der Zeit alle die materiellen Vorteile wegfallen, die weniger mit dem eigentlichen Zwecke des Bundes als mit der Gewinnung seiner Grundlagen zu tun haben. Dann wird es nur darauf ankommen, daß der Bund überhaupt etwas für seine Mitglieder leistet, was man, ohne Mitglied zu sein, nicht erhalten kann. Hat er in immer zahlreicheren sichtbaren Fällen bewiesen, daß er diesem und jenem Nutzen gebracht hat, den man vor seinem Bestehen nicht haben konnte, wird gar die Gewähr dafür geboten, daß die Vorteile, die der einzelne für sich erwartet, umso größer werden, je größer und fester gefügt die Organisation ist, so werden die Mitglieder auch ohne besondere Werbemittel kommen. Freilich, solange es nicht zum guten Ton gehören wird, schon deshalb Mitglied zu sein, weil die gesellschaftliche Anschauung die Unterstützung des Bundes verlangt, werden sich viele fernhalten, die für sich persönlich keinen Nutzen erwarten und nicht gemeinnützig genug veranlagt sind, um sich im allgemeinen Interesse zu beteiligen. Andererseits werden viele bei-

treten, die zwar im Augenblick nichts von ihm verlangen, aber sich sagen, daß sie vielleicht doch einmal in die Lage kommen können, ihn für sich und ihre Familie oder Freunde in Anspruch zu nehmen. Wie sich ja auch die Lebensversicherung in immer weiteren Kreisen verbreitet hat, von den reichsten bis zu den ärmsten, und wie jeder weiß, daß die Vorteile der Lebensversicherung nicht aufhören würden, wenn sich alle Menschen versichern ließen.

Ja, es könnte nur von dem größten Nutzen sein, wenn der Staat jeden steuerfähigen Bürger verpflichtete, zu der Organisation beizutragen, wie es in den „Fürsten ohne Krone“ bei der Entwicklung in Amerika geschildert ist.

Durch die dort erwähnte Kultursteuer wird zwar keine Mitgliedschaft begründet, aber jeder gezwungen, nach seinen Kräften an der Aufbringung möglichst großer Mittel für die Organisation zu helfen, gleich als wäre er Mitglied und zahlte einen entsprechenden Mitgliedsbeitrag. Im übrigen bleibt die Organisation nach wie vor ein freiwilliger Bund, und jedem ist es überlassen, ob er einer Ortsgruppe beitreten, und in welcher Weise er an den Arbeiten des Bundes teilnehmen will. Gewisse Vorteile werden auch hier nur wirklichen Mitgliedern eingeräumt, andere sind von der Mitgliedschaft unabhängig, soweit damit der Allgemeinheit genützt werden kann.

V

Ebenso wesentlich wie die unbegrenzte Mitgliederzahl ist die Einteilung des Bundes in Ortsgruppen mit begrenzter Mitgliederzahl. Im Zusammenhange damit

stehen die übrigen unter III genannten Erfordernisse, die deshalb gleich, soweit nötig, mit zu besprechen sind.

Der Zweck des Fryschen Kulturverfahrens ist nicht zu erreichen, wenn der einzelne gezwungen bleibt, sich von der Stelle aus, in die ihn der Zufall gesetzt hat, gegenüber der ungeordneten Millionenmasse seiner Volksgenossen durchzusetzen, sich in dem unübersehbaren Getümmel und Gedränge, in dem er immer mehr geschoben wird als er schieben kann, den Weg zu einem bestimmten Ziele zu bahnen.

Fry bringt Ordnung in dieses von keiner Vernunft, keinem Plan, sondern nur vom Zufall beherrschte Gewirr.

Freilich gibt es schon jetzt gewisse Einteilungen in Klassen, Stände, Berufe, aber auch hier steht der einzelne Tausenden gegenüber, die er nicht kennt, und die ihn nicht kennen. Und diese Tausende bilden ihre Gruppen nur nach gewissen einseitigen Interessen, die mit dem Wesen der Persönlichkeit nichts zu tun haben, im übrigen schieben sie sich durcheinander, um so mehr, je verwickelter die Lebensverhältnisse sind und je weniger der einzelne nur in einseitigen Interessen aufgeht. Mag auch die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe das Leben in der Hauptsache tragen, mag vor allem die Berufsklasse, in die jemand hineingekommen ist, das Leben nach Inhalt und Richtung der Entwicklung bestimmen, so daß der einzelne in vielen Fällen nur seinen Berufsgenossen, nicht der unübersehbaren Schar aller Volksgenossen gegenübersteht, so ist doch zweierlei für unsere Frage von großer Wichtigkeit: 1. daß es für die meisten Menschen mehr oder minder Zufall ist, in welchen Beruf sie kommen,

und welche Stellung sie darin erlangen, und 2. daß gerade in den Fällen, wo der Beruf über das ganze Leben entscheidet, der einzelne um so mehr an seiner Persönlichkeit leidet, je reicher sie ist, wenn das Schicksal ihn in einen falschen Beruf oder an eine falsche Stelle darin geführt hat.

Eine weitere Beschränkung der Masse, durch die sich jemand zu seinem Ziele durchdrängen muß, wenn ihn nicht ein besonderes Glück hochträgt, liegt in der örtlichen Begrenzung der verschiedenen Gemeinschaften. Reichen seine Lebensbetätigungen nicht über seine Gemeinde hinaus, so ist es klar, daß es dem einzelnen um so leichter wird, sich durchzusetzen, je kleiner die Gemeinde ist, soweit überhaupt die Möglichkeit für ihn besteht, sich frei zu betätigen. Unter der Handvoll Bauern eines Ortes wird jeder das Maß von Ansehen und gesellschaftlicher Macht haben, das ihm gebührt, wenigstens nach den Eigenschaften seiner Persönlichkeit. Man mag dem reichsten Bauern wegen seines größeren Vermögens — das liegt nun einmal bei uns im Begriff des „Vermögens" — manchen Vorzug gestatten, als Persönlichkeit wird kein anderer unabhängiger Bauer, der etwas auf sich hält, ihm nachstehen. Aber dazu ist eben die wirtschaftliche Unabhängigkeit notwendig. Ein vermögensloser Knecht oder ein kleiner Handwerker steht auch nur einer kleinen Anzahl von Mitbewohnern desselben Dorfes gegenüber und muß entweder bleiben, was er ist, und wäre er die entwicklungsfähigste Persönlichkeit, oder er muß in die Stadt ziehen, um sich einen anderen Wirkungskreis, oder, wie man mit Recht zu sagen pflegt, „sein Glück zu suchen". Hier steht er aber einer ungleich

größeren Masse gegenüber und damit auch dem größeren Zufall.

Wer so veranlagt ist, daß er seine Kräfte über Dorf und Stadt hinaus wirken lassen, sich einen Namen bei dem ganzen Volk oder gar darüber hinaus machen möchte oder machen könnte, wenn er an der richtigen Stelle stände, für den wird in der Regel — und nur von dieser sprechen wir — mit zunehmender Größe des Gebietes auch das Durchdringen immer schwieriger. In einem kleinen Staate ist es leichter als in einem großen, die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen und mit einflußreichen Leuten zusammenzukommen, die einen an die richtige Stelle bringen können. In einem kleinen Staate kann jemand Minister, Präsident, sogar König werden, der in einem großen die Mittelstufe gesellschaftlicher Stellung nie überschreiten würde. Des Königs von Montenegro Majestät wäre nach Geburt und Besitz in Preußen einer von vielen Großbauern oder Rittergutsbesitzern, der vielleicht als eifriger Geschäftsmann in spekulativen Unternehmungen längst sein Vermögen verloren hätte. Herr Venizelos konnte in Kreta und Griechenland ein großer Mann werden. In Deutschland wäre er einer von vielen Rechtsanwälten und hätte dieselbe Aussicht, Reichskanzler und ein Bismarck zu werden, wie jeder Rechtsanwalt.

Ebenso ist es auf rein geistigem Gebiete. Ein unbekannter Mann schreibt ein wertvolles Buch. Der Zufall entscheidet, in welchem Verlage es erscheint, von welchen Kritikern und in welchen Zeitungen es besprochen, oder von welchen in dem besonderen Fach maßgebenden Personen es beachtet wird, von welchen Buchhandlungen

es ausgelegt und den Kunden empfohlen wird, von welchem vielleicht wertlosen Modebuch es in den Schatten gestellt wird. Dasselbe Buch oder auch ein weniger wertvolles würde ein ganz anderes Schicksal haben, wenn der Verfasser in der Gemeinschaft eine hervorragende Stellung einnähme oder einen bekannten Namen hätte, also der Kreis derer, denen er unbekannt ist, oder bei denen er noch besondere Beachtung suchen muß, kleiner ist. Er brauchte keinen Verlag zu suchen, der bedeutendste Verleger würde das Buch ohne Prüfung des Inhaltes übernehmen, jede Zeitung würde eine Besprechung bringen, die Fachkreise müßten Stellung zu ihm nehmen, die Buchhändler brauchten es gar nicht besonders zu empfehlen, und dieselbe Anregung, die dort spurlos verschwindet, wird hier mit allem notwendigen Eifer, mit Aufwendung aller notwendigen Mittel geprüft und, wenn sie es verdient, auch verwirklicht.

Die Größe des Gebietes ist aber nicht allein entscheidend, es kommt auch auf die in der Gemeinschaft herrschende Ordnung und ihre Einrichtungen an. Leute wie der Präsident Castro und mancher seiner südamerikanischen und mexikanischen Kollegen wären unter deutschen Verhältnissen mit den Mitteln ihres Erfolges wahrscheinlich eher ins Zuchthaus als auf den höchsten Macht- und Ehrenposten des Staates gekommen. Und niemand wird daran zweifeln, daß es auch in Deutschland unter den Laufburschen und Zeitungsjungen verhältnismäßig ebensoviele Carnegies und Rockefellers gibt wie in den Vereinigten Staaten, nur werden sie hier nicht hochangesehene, allmächtige Milliardäre, sondern man legt ihnen schon vorher das Handwerk.

Wir können also nach diesen Andeutungen aus den Tatsachen des jetzigen Gemeinschaftslebens zusammenfassend folgendes feststellen:

1. Je größer und verschiedener zusammengesetzt die Gemeinschaft ist, um so mehr entscheidet über das Schicksal des einzelnen in ihr der Zufall, d. h. der Inbegriff der Umstände, die von seinem Willen und seiner Macht unabhängig sind.
2. Je mangelhafter in einer größeren Gemeinschaft die auf äußere oder innere Gerechtigkeit gestützte Ordnung ist, um so leichter ist es, abgesehen vom Zufall, für rücksichtslose Strebernaturen, durch Gewalt oder List überwiegende Macht zu erlangen.
3. Auch in einer besser geordneten größeren Gemeinschaft kommt, abgesehen vom Zufall und von Gewalt oder List, ein innerlich tieferstehender Mensch mit einer einseitigen Begabung in der Regel leichter in die Höhe als ein innerlich höherstehender Mensch ohne einseitige oder mit vielseitiger Begabung.

Zu dem dritten Satze wäre noch manches zu sagen. Er bezieht sich, ebenso wie die anderen Sätze, nicht nur auf die Gesellschaft im allgemeinen, sondern auch auf größere Gruppen in ihr. Man vergleiche eine Großbank und ein kleines Bankhaus und die verschiedenen Entwicklungsmöglichkeiten der einzelnen Persönlichkeit in ihren Betrieben. Der Angestellte des Bankhauses steht in einem übersehbaren Kreise von Geschäften und Personen und hat leichter Gelegenheit, sich in den Geschäften und bei den Personen hervorzutun, die für seine Förderung von Wichtigkeit sind, als es bei der Großbank

möglich ist. Vielseitige Begabung gereicht ihm zum Nutzen, vornehme Persönlichkeit schadet ihm um so weniger, je vornehmer der Inhaber des Bankhauses ist. In der Großbank wäre derselbe Angestellte oft nur eine seelenlose Nummer, in dem großen Betriebe bestimmt in erheblichem Maße der Zufall, mit welchen Geschäften und mit welchen Personen er in Berührung kommt. Bei der größeren Zahl von Mitbewerbern um höhere Stellungen ist die vornehme Persönlichkeit der Strebernatur unterlegen, übelwollende Vorgesetzte oder Kollegen können den tüchtigsten Mitarbeiter unterdrücken, wenn sie das Ohr des höheren Vorgesetzten haben. Der Unterdrückte erfährt oft gar nicht, was gegen ihn vorliegt, und bekommt schwer Gelegenheit, sich gegen Entstellungen von Tatsachen und Verleumdungen zu verteidigen. Oft hängt sein ganzes Schicksal von einer einzigen Person ab, der er ohnmächtig gegenübersteht. Ist er auf das Einkommen aus seiner Stellung angewiesen, so muß er sich alles Unrecht gefallen lassen, oft um so mehr, je länger er die Stellung schon hat, es sei denn, daß er dort Dinge erfahren hat, von deren Kenntnis er zum Schaden seiner Vorgesetzten oder des Unternehmens Gebrauch machen könnte. Aber auch dann wird er um so weniger gefürchtet, je anständiger er ist. Gemeine Naturen, die „zuviel wissen", behandelt man besser. Bemüht sich der Anständige, um weiterzukommen, um eine Stellung bei einem anderen Unternehmen, ohne daß er Gelegenheit gehabt hat, mit empfehlenden Leistungen nach außen hervorzutreten, so ist er von der Auskunft gerade der Herren abhängig, die ihm diese Gelegenheit genommen hatten, und von vornherein

steht ihm die Annahme entgegen: Wenn er tüchtiger wäre, hätte er es doch bei einem solchen Unternehmen in so langer Zeit weiter gebracht!

Es ist hier nicht der Ort, weiter darauf einzugehen. Die Beispiele sollen die aufgestellten Sätze weniger beweisen als erläutern. Ihre Wahrheit wird niemand bestreiten, der das gesellschaftliche Leben kennt. Sie ergeben sich aus der Natur der Menschen und unseren sich hauptsächlich nach dem äußeren Erfolge richtenden Lebensverhältnissen. Keiner der drei Sätze enthält übrigens eine neue Entdeckung, ja, man ist aus tausendfachen Erfahrungen so sehr an ihre Wahrheit gewöhnt, nimmt sie als so selbstverständlich und naturgegeben hin, daß man, wie über alles „Selbstverständliche", bisher nur wenig über sie nachgedacht und noch nie in größerem Maße versucht hat, dem „Naturgegebenen" die Vernunft gegenüberzustellen. Auch hierin unterscheidet sich Fry von den Utopisten, die eine neue Gesellschaftsordnung schaffen wollten, ohne diese Sätze gebührend zu berücksichtigen. Sie sind eine notwendige Ergänzung der unter II auf Seite 17 ff. aufgezählten Tatsachen.

Alle Organismen entwickeln sich aus einander und in sich durch Differenzierung. Das Volk hat einen abgegrenzten Körper im Staate, aber da seine kleinsten Teile Menschen, d. h. selbständige Wesen sind und der Staat den Menschen nicht mit seiner ganzen Persönlichkeit an seinen Organismus bindet, so ist mit dem Staate die Entwicklung zu anderen Organismen nicht abgeschlossen. Der Mensch kann mit dem nicht gebundenen Teile seines Wesens sowohl innerhalb wie außerhalb des Staates in eine weitere Organisation einbezogen werden, die

auch schon in gewissen Anfängen besteht, aber noch zu lose ist, als daß man schon von einem Organismus sprechen könnte. Es ist eben die Gesellschaft in dem technischen Sinne der ungeordneten Gemeinschaft, im Gegensatz zum Staate als der geordneten. Bildet sie sich durch weitere Differenzierung höher aus, so muß mit dem reicheren Leben, das sich dadurch entwickelt, innerhalb des Staates das Gebiet der positiven Freiheit und der inneren Gerechtigkeit größer, das mit der Zwangsgewalt des Staates zu schützende Gebiet der Gegensätze kleiner werden. Da aber die Gesellschaft sich über die Staaten hinaus erstreckt, so muß diese Entwicklung ferner dazu führen, daß die Staaten selbst Glieder einer höheren Organisation werden. So hat die über die Staaten hinausreichende Gesellschaft schon jetzt, trotzdem ihre Entwicklung erst in den Anfängen steckt, aus den abgeschlossenen Staaten Deutschlands die geschlossene Einheit des Deutschen Reiches gebildet, ja in der Schweiz sogar zu einer Organisierung von Teilen dreier verschiedener Völker geführt. Und auf diesem Wege muß die Entwicklung mit Naturnotwendigkeit weiter fortschreiten. In welchem Zeitmaße, mag dahingestellt bleiben. Wir haben es hier noch nicht mit diesem Ziele zu tun, da wir den Teil der „Fürsten ohne Krone", der sich damit beschäftigt, aus den praktischen Gründen dieser Arbeit beiseite lassen wollen. Es ist aber zweckmäßig, darauf hinzuweisen, weil es für die Beurteilung der ersten Schritte einer Bewegung immerhin von Wichtigkeit ist, zu wissen, daß sie dem ferneren und fernsten Ziele der Entwicklung nicht zuwiderlaufen, sondern die Erreichung des Zieles beschleunigen können.

Fry selbst hat die Anfänge seiner Organisation so eingerichtet, daß sie auch ohne Rücksicht auf das letzte Ziel eine wertvolle Besserung der Lebensverhältnisse — wohlverstanden, nicht der Menschen — mit sich brachte, und daß die weitere Entwicklung nicht durch besondere Einrichtungen irgendwie gemacht wurde, sondern sich zwangsläufig von selbst daraus ergab. Freilich, die Dichtung kann die Ergebnisse schneller auf sich folgen lassen, als es bei der heutigen Weltlage wahrscheinlich ist. Aber darauf kommt es nicht an, sondern nur darauf, ob seine Organisation überhaupt möglich und zweckmäßig ist. Wir können deshalb auch davon absehen, daß Fry sie gleich über ganz Europa erstreckt; was für dieses gilt, gilt von jedem Staate im besonderen. Grundlage und Aufbau sind überall dieselben, nur mit dem Unterschiede in der Wirkung, daß, wie unter IV ausgeführt, mit dem größeren Umfang der Organisation und der größeren Mannigfaltigkeit ihrer Teile auch ihr Nutzen wachsen muß.

VI

In der Organisation Frys hat jeder die Möglichkeit, sich dem ihm passenden kleinen Kreise von Leuten anzuschließen, bei denen er sich je nach seiner Persönlichkeit Geltung verschaffen möchte, sei es, daß er dabei für sich selbst oder daß er für andere wirken will. Paßt jemandem keine der bestehenden Gruppen seiner Gegend, so bildet er mit ein paar Freunden eine eigene Gruppe.

Eine solche Gruppe lebt entweder wie irgend ein Verein mit besonderen Satzungen oder beschränkt sich auf gelegentliche Zusammenkünfte ohne ein eigentliches

Vereinsleben. Die Hauptsache ist, daß jeder in einem kleinen Kreise von Menschen, die ihn kennen, und vor denen er frei sprechen kann, Wünsche für sich oder andere vorbringen kann, und die, wenn sie in den Rahmen der Bestrebungen Frys fallen, von dem Vorsitzenden der Gruppe an die höhere Stelle weitergeleitet werden müssen, und daß ferner dafür gesorgt ist, daß, je höher die Stelle ist, umso schwerer ungeeignete Menschen hineinkommen.

Um zu erkennen, was das bedeutet, müssen wir uns einen Überblick über die ganze Organisation verschaffen, wobei wir uns wieder nur an das halten wollen, was für den Kulturzweck Frys wesentlich ist, und dessen Möglichkeit und Nützlichkeit auf der Hand liegt. Voraussetzung ist natürlich, daß der Bund das erforderliche Vermögen hat.

Die oberste Leitung des Bundes und Verfügung über sein Vermögen liegt bei den Landesvorsitzenden mit dem Präsidenten an ihrer Spitze.

Es handelt sich für uns zunächst nur um Deutschland, und der Einfachheit wegen wollen wir annehmen, daß Deutschland in 10 Landesverbände, jeder Landesverband in 10 Provinzialverbände, jeder Provinzialverband in 10 Kreisverbände, jeder Kreisverband in 10 Unterverbände eingeteilt sei. Die letztgenannten Unterverbände sind entweder Ortsgruppen oder Vereinigungen mehrerer Ortsgruppen zu einem Bezirksverbande. Der Vorsitzende jedes Verbandes, von dem der Ortsgruppe an bis zum Präsidenten des Bundes, wird immer von der kleinen Gemeinschaft aus ihrer Mitte gewählt, in der er den Vorsitz führen soll. Der Vorsitzende einer Ortsgruppe ist in dieser Eigenschaft Mitglied des Kreisrates, der Vorsitzende eines Kreisrates Mitglied des Provinzial-

rates, der Vorsitzende eines Provinzialrates Mitglied des Landesrates, der Vorsitzende eines Landesrates Mitglied des obersten (Fry-)Rates, dessen Vorsitzender der Präsident ist. Es kann also niemand Präsident werden, der nicht nacheinander den Vorsitz in einer Ortsgruppe, einem Kreisrate, einem Provinzialrate, einem Landesrate geführt hat. Erst als Vorsitzender eines Landesrates kommt er in den Fry-Rat und muß von den übrigen Mitgliedern dieses Rates zu ihrem Vorsitzenden gewählt werden (vgl. Zeichnung S. 129). Es müssen also schon überragende Persönlichkeiten sein, die aus dieser wiederholten Auslese bis in die oberste Stelle kommen.

Das Leben jeder Gemeinschaft wird durch ihre Führer bestimmt. Ist nun bei einer so bunt zusammengesetzten Gemeinschaft, noch dazu ohne ein bestimmtes Programm, überhaupt eine einheitliche Führung möglich? Welche Eigenschaften müssen die Führer haben, wie werden die geeigneten Personen gefunden, und wie können sie führen, wenn sie keine Machtbefugnisse haben sollen?

Wir haben das Werk Frys als ein Kulturverfahren bezeichnet. Ein Verfahren wird angewendet. Subjekt und Objekt des Verfahrens sind Menschen, Objekt die Menschen, die nicht an der richtigen Stelle stehen, Subjekt, die an der richtigen Stelle stehen oder wenigstens an ihrer Stelle innerhalb der Organisation wirken können. Derselbe Mensch kann zu gleicher Zeit Subjekt und Objekt sein, aber nie hinsichtlich derselben Handlungen; *er kann Subjekt nur für andere, nie sein eigenes Objekt sein. Niemand kann etwas an irgend einer Stelle für sich selber tun.* Was er durch die Organisation für sich

erreichen möchte, kann er nur durch seine Persönlichkeit, nie durch ein in seine Hand gelegtes Mittel der Organisation erreichen. Das ist außerordentlich wichtig, weil es den Mißbrauch der Macht ausschließt, der schon in seiner bloßen Möglichkeit — und wo die ist, da kommt auch der Mißbrauch selbst — jeder größeren Organisation gefährlich wird und mit dem Wesen des Kulturreiches als dem Reiche der positiven Freiheit und der inneren Gerechtigkeit unvereinbar ist.

Wir haben hier also einen Grundpfeiler des Fryschen Werkes und müssen ihn einer Belastungsprobe unterziehen. Dazu ist folgendes zu berücksichtigen: Der Mensch begehrt nur, wozu ihn Hunger, Liebe und Geltungstrieb, mit ihren weitesten Ausstrahlungen, antreiben. Alles andere ist für sein Wollen und Handeln gleichgültig.

1. Hunger. Der Fry-Bund ist nicht dazu da, für die niedrigsten körperlichen Bedürfnisse des Menschen allgemein zu sorgen. Das ist in erster Reihe Sache jedes einzelnen für sich, in zweiter Reihe Sache des Staates. Erst in dritter Reihe kommt der Fry-Bund. Er hat hier die private Wohltätigkeit zu ergänzen oder abzulösen, aber immer nur soweit, als die Unterstützung im einzelnen Falle nicht für die bloße Erhaltung des Menschen als solchen, sondern für seine Förderung entsprechend dem Kulturzwecke des Bundes notwendig ist. Er muß sich nach seinen Mitteln richten und in weiser Wirtschaft die Bedürfnisse in der Reihenfolge ihrer Wichtigkeit für die allgemeine Wohlfahrt und den gesellschaftlichen Wert der einzelnen Persönlichkeit befriedigen. Je größer sein Vermögen ist, umso mehr kann er leisten, und je fruchtbarer er die private Wohltätigkeit durch

zweckmäßige Zusammenfassung und Ordnung macht, je reicher und besser geordnet das gesellschaftliche Leben durch die freie Entfaltung der wertvollen Persönlichkeiten wird, umso seltener werden die Fälle gröbster körperlicher Not, in denen sich der einzelne nicht selber helfen kann.

Leider kommt es aber nicht auf die Tatsache an, daß jemand seinen körperlichen Hunger befriedigen kann, sondern darauf, wie er sich die Mittel zu seiner Befriedigung verschaffen muß. Hier ist oft Hilfe nötig, die von keiner Seite zu erlangen ist, und für die der Fry-Bund in erster, nicht in dritter Reihe da ist.

Ein gesunder Mensch braucht in Deutschland nicht zu verhungern, schlimmstenfalls kann er Steine karren oder Adressen schreiben. Aber er ist Künstler, und seine Werke bringen ihm nicht soviel, daß er seine Familie damit ernähren kann, vielleicht gerade, weil sie so gut sind, daß die Masse sie nicht schätzt. Soll er, um das nötige Geld zu verdienen, Steine karren und Zeit und Kraft für seine Kunst verlieren, oder soll er, wenn er überhaupt dazu imstande ist, seine Kunst zum Handwerk nach dem Massengeschmack erniedern? In beiden Fällen opfert er ein wertvolles geistiges Leben für die Erhaltung des körperlichen Lebens, und vielleicht einer Familie, in der die Frau eine Gans und die Kinder Taugenichtse sind. Hier soll der Fry-Bund eingreifen, er soll dem Künstler eine Stelle verschaffen, wo er sein tägliches Brot findet und genügend Zeit für seine Kunst behält; nötigenfalls muß er ihn so lange unterstützen, bis ihn seine Kunst ernährt, und ihm gleichzeitig Gelegenheit geben, sich durch die Organisation in den Kreisen bekannt zu machen, die für

die Beurteilung und Verwertung seiner Werke maßgebend sind.

Wir kommen damit schon in den Bereich des Geltungstriebes, ebenso wie in den Fällen, wo das Gebiet des Hungers über die notdürftigen körperlichen Bedürfnisse hinausreicht, wo bei der Verschiedenheit der Menschen und der Lebensverhältnisse für den einen schon Luxus ist, was für den andern noch Notdurft ist.

2. Liebe. Sie verfeinert sich mit der Entwicklung des einzelnen und des Gemeinschaftslebens. Je reicher die Persönlichkeit des einzelnen ist, umso schwerer findet er die passende Lebensgefährtin, umso verhängnisvoller ist die Herrschaft des Zufalls. Für das Glück jedes der beiden Teile kommt nicht mehr nur das Verhältnis seiner Eigenschaften zu seiner Umgebung in Betracht, sondern auch das Verhältnis zu den Eigenschaften des anderen Teiles mit den Beziehungen zu dessen Lebensumständen. Was für jeden für sich allein bisher genügte, genügt nicht mehr für die Gemeinschaft beider. Auch der Geltungstrieb kann durch die Liebe stärker werden; vor der Vereinigung, um den anderen Teil zu erringen, nachher, weil der andere Teil zum Sporn wird, oder weil die nach der Erreichung des Liebeszieles frei gewordenen Kräfte ihre weiteren Ziele nur in der Richtung des Geltungstriebes suchen können.

Soweit der Fry-Bund dem einzelnen helfen kann, die Gefahren des Zufalls zu vermeiden und die Liebesgemeinschaft auf die gesündeste Grundlage zu stellen, sorgt er für das Wohl und die Entwicklung des Volkes, dient also seinem Kulturzwecke.

3. Geltungstrieb. Er drängt, oft mit verschiedener Stärke, nach Geltung vor sich selber, nach dem inneren

Werte (Sein-Wollen) und nach Geltung vor anderen' nach dem äußeren Werte (Scheinen-Wollen).

Der Geltungstrieb ist für das Leben der einzelnen und der Gemeinschaft, von ihren untersten Schichten bis zu den höchsten Spitzen, weit wichtiger, als im allgemeinen beachtet wird und im besonderen von den Sozialreformern erkannt und bedacht worden ist. Ein eingehenderer Beweis dafür erfordert eine besondere Arbeit. Hier genüge der Hinweis darauf, daß die Bedeutung der auf Seite 18 erwähnten Relativität aller Lebensverhältnisse häufig auf das engste mit dem Geltungstriebe zusammenhängt, und daß auch die Grenzen der Wirkungskreise von Hunger und Liebe von ihm enger oder weiter gezogen werden, daß es also für die Lösung der sozialen Frage nicht genügt, wenn jeder sich satt essen, menschenwürdig wohnen und sich kleiden kann. Denn was menschenwürdig ist, läßt sich durch kein Staats- und kein sittliches Gesetz allgemeingültig feststellen, es ist zu den verschiedenen Zeiten an den verschiedenen Orten in den verschiedenen Gemeinschaften nach den verschiedenen Persönlichkeiten verschieden und wird durch den Geltungswillen innerhalb dieser Verschiedenheiten bestimmt.

Der Fry-Bund hat ebensowohl mit dem Scheinenwollen wie mit dem Sein-wollen zu rechnen und unterscheidet sich dadurch von dem Staate, der nur auf den äußeren Schein sieht, wie von der Kirche, dem Reich der Sittlichkeit im allgemeinen, das die Menschen dahin bringen möchte, das Sein über den Schein zu stellen. Fry kann die Menschen nur nehmen, wie sie einmal sind, und gerade seine Organisation ermöglicht es, beide Richtungen des Geltungstriebes für das Gemeinwohl zu verwerten.

Das Sein-wollen hängt nur von dem Urteile des Menschen über sich selber ab, das Scheinen-wollen richtet richtet sich nach den Anschauungen der anderen.

Auf das in den unveränderlichen Eigenschaften der Persönlichkeit begründete Sein-wollen kann von außen nicht gewirkt werden, aber seine Betätigung nach außen kann erschwert oder erleichtert werden. Aufgabe des Fry-Bundes ist es, für die Erschwerung bei den gemeinschädlichen, für die Erleichterung bei den gemeinnützlichen Naturen zu sorgen.

Das Scheinen-wollen ist lenkbar. Derselbe Mensch, der als Mitglied einer Verbrecherbande die größten Verbrechen begeht, um vor seinen Genossen groß dazustehen, wäre in einer anderen Gemeinschaft ein tapferer Soldat, ein eifriger Priester, ein geldhäufender Geschäftsmann, je nach dem, was gerade in seinen Kreisen Macht und Ansehen gibt, und würde ebenso gut und gern in einem Bunde, der für Taten der Förderung freier Persönlichkeit höhere Auszeichnungen gewährt als eine sonst ihm zugängliche Gemeinschaft, gegen Kriege und religiösen Fanatismus und gegen den geldgierigen Geschäftsgeist kämpfen. In seinen nach außen wirkenden Handlungen würde er sich jedenfalls in nichts von denen unterscheiden, die dieselben Handlungen als Ausfluß ihrer sittlichen Persönlichkeit hervorbrächten, ja, er würde in allen den Fällen, die als besonders rühmenswerte Beispiele erscheinen würden, oft mehr leisten als die andern, die nicht unter dem besonderen Sporne des Scheinen-wollens handeln.

Fry kann nicht nur, er muß auch solche Naturen für das Gemeinwohl verwerten. Und je mehr er sie aus den

Kreisen, die kulturwidrig handeln, abzieht und ihnen die Möglichkeiten eröffnet, sich in der Kultur-Organisation auszuzeichnen, umso besser ist es für die allgemeine Wohlfahrt. Er verstößt damit keineswegs gegen eine höhere Sittlichkeit, indem er etwa das Streben nach dem Schein zum Nachteile des Strebens nach dem inneren Werte förderte. Er ändert die Menschen ja nicht, sondern bewirkt nur, daß dieselben Menschen, die sonst mit gemeinschädlichen Mitteln nach dem Scheine streben, es bei ihm mit gemeinnützlichen Mitteln tun. Schließlich ist die menschliche Natur so, daß gute Handlungen in einer Umgebung, die sie als gut anerkennt, auf die Dauer durch sich selbst Freude machen, in gewisser Hinsicht zur „zweiten Natur" werden. Auch das gute Beispiel ist von Wert, sofern es nur nach außen auch als Ausfluß einer guten Natur erscheint, und der Fry-Bund muß und kann dafür sorgen, daß es auch so erscheint, daß die guten Handlungen nicht dadurch zum Ärgernis werden, daß ihre Scheinnatur erkannt wird und der Glaube entstehen kann, der Bund fördere auch schlechte Persönlichkeiten um äußerlich guter Handlungen willen. Die Bekämpfung aller Scheinnaturen wird mit Recht überall da gefordert, wo es möglich ist, daß eine schlechte Persönlichkeit sich auf der einen Seite durch äußerlich gute Handlungen ein Ansehen und eine Macht erwirbt, unter deren Schutz sie auf anderen Seiten umso leichter ihren schlechten Neigungen nachgehen und anderen schaden kann. Wo man aber, wie im Fry-Bunde, nur hochkommen kann, wenn man in den verschiedenen kleinen Kreisen, die ein Urteil über die ganze Beschaffenheit

der Persönlichkeit ermöglichen, mindestens keinen Anstoß erregt, da kann eine Scheinnatur in keine Stelle gelangen, die es ihr ermöglichte, in der einen Richtung mehr zu schaden als in der anderen zu nützen. Wer auf die Dauer gut scheinen will, weil er nur dadurch das Ansehen gewinnen und behaupten kann, nach dem er strebt, der muß auch auf die Dauer gut handeln oder darf wenigstens nicht schlecht handeln.

VII

Wie erfüllt nun der Bund gegenüber diesen Bedürfnissen seinen Zweck?

Geld und Geltung, das ist auf die einfachste Formel zurückgeführt, was verlangt wird, ein materielles und ein ideelles Mittel. Hier genügt das eine oder das andere, da ist beides notwendig.

Alle körperlichen und die meisten geistigen Bedürfnisse kann der Mensch durch Vermittlung des Geldes befriedigen. Geld ist Nahrung und Wohnung, ist Medizin und Kräftigung, ist Erholung und Vergnügen, ist Erziehung und Bildung, ist Studium und Reise, ist vor allem das Kostbarste, was der Mensch hat, weil er sonst sein Leben nicht leben kann: Geld ist Zeit! Geld ist auch das eine wichtige Erfordernis für die Liebesgemeinschaft: Bei leerem Topfe und kaltem Ofen verhungert und erfriert auch die Liebe (vergl. auch Seite 106).

Geltung ist das andere Erfordernis für die Liebe. Geltung ist ferner Erfüllung der Persönlichkeit, ist Zufriedenheit und Wachstum, ist Herrschaft über sich und andere, Wirkung nach innen und nach außen.

Das Unglück unserer Zeit ist, daß auch Geltung erkauft werden kann, daß Geld auch Geltung ist, daß der reiche Lump mehr Geltung in der Gesellschaft hat als der arme Edelmensch. Fry will dieses Übel bekämpfen und nach der inneren Gerechtigkeit das Verhältnis umkehren: Geltung soll auch Geld sein!

Da er aber nur von den Tatsachen des jetzigen Lebens ausgehen kann, so genügt nicht das Predigen dieser Forderung. Und wenn er noch so viel Idealisten zusammenbrächte, die diese Forderung als sittliches, als menschliches oder als göttliches Gebot verkündeten, und sich in ihrem Kreise verpflichteten, danach zu leben, was können sie damit erreichen? Die Geltung, die jeder sich selber und innerhalb des Bundes einer dem anderen gewährt, beleiht keine Reichsbank, keine Darlehnskasse, sie ist kein münzbarer Kredit, kein Kapital, das seinem Besitzer ohne Arbeit Zinsen trägt oder mit Arbeit wuchert, so daß er sich zum Herrn über die Güter des Lebens und die Menschen machen kann, die ihm frohnen müssen, weil sich der Bäcker das Brot, der Hauswirt die Wohnung nicht mit Idealismus bezahlen lassen, nicht lassen können, weil der Bäcker selber das Mehl und die Arbeit, der Hauswirt die Hypotheken nicht mit Idealismus bezahlen können.

Ohnmächtig bleiben die Idealisten so lange, als sie nicht das Geld haben, das den anderen die Macht im Staate, in der Gesellschaft, in der Presse, verleiht und ihnen die Möglichkeit gibt, die Menschen zu versklaven und der Idealisten hohnlächelnd zu spotten. Verachte den Geldmenschen, sage ihm sogar die Verachtung ins Gesicht, wenn du es, ohne Furcht, verhungern zu müssen, wagen

darfst, was macht er sich daraus? Sind doch tausend andere da, die vor ihm tief den Hut ziehen, die ihm schmeicheln und ihn die Wonne kosten lassen, Herr zu sein, die Ehre und Gewinn darin sehen, bei ihm Gast unter hohen Gästen zu sein oder gar ihn als Gast am eigenen — dürftigen oder reichen — Tische zu bewirten. Hast du aber Geld, nicht du allein, auch die anderen oder eure vereinigte Macht in auserwählten Vertretern, dann braucht ihr euch nicht mit der stillen, so nutzlosen Verachtung zu begnügen. Dann könnt ihr im Staate, in der Gesellschaft und in der Presse neben oder über den Geldmenschen treten und ihm Macht und Nimbus nehmen. Die ihm nur dienten, weil sie, unfrei, mußten, kommen zu euch. Wenn es größere Ehre und nicht geringerer Gewinn ist, an eurem Tische zu sitzen, so wird wird man sich nicht mehr nach seinem drängen, ja, man wird ihn meiden, wenn der Verkehr mit ihm den Zugang zu euch verschließt. Mag er dann weiter sich kaufen, was käuflich ist, er wird ein armer Mann sein, wenn ihm gerade das fehlt, was ihm zum Lebensbedürfnis geworden ist: die Geltung, die er nicht dem Werte seiner Persönlichkeit, sondern nur seinem Gelde verdankt. Statt als reicher Mann immer nur weiter Geld zu häufen und gerade dadurch in den besten Kreisen der Gesellschaft immer mehr an Achtung zu verlieren, wird mancher seinem Geltungstrieb in anderer Richtung folgen, er wird suchen, in diese Kreise hineinzukommen, und kann darauf nur hoffen, wenn er beweist, daß das Geld für ihn nicht Zweck, sondern Mittel ist und ein Mittel, nicht um anderen Lebensmöglichkeiten zu entziehen, sondern sie ihnen zu gewähren.

Wir kommen damit auf die Fragen von Seite 45 zurück und sehen, was der Fry-Bund auch ohne ein bestimmtes Programm leisten kann, und in welchem Sinne er Führer haben muß.

Die Führer, die er braucht und die er schaffen kann, sind zweierlei Art, amtliche und nichtamtliche. Die amtlichen sind die Inhaber der höheren Vorsitzenden- und Verwaltungsstellen, die nichtamtlichen solche Persönlichkeiten, die ohne eine besondere Stellung im Bunde mit ihrem Vermögen und ihrem Ansehen für Wert und und Freiheit der Persönlichkeit in der Gesellschaft führend eintreten.

Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit des Geltungstriebes gibt Fry den amtlichen Führern außer dem Gelde, das ihnen die wirtschaftliche Unabhängigkeit gewähren soll, einen gewissen Adelsrang. In den „Fürsten ohne Krone“ ist zuerst nur vergleichsweise, um die Rangstufen anschaulich zu machen, entsprechend den Bezeichnungen des Geburtsadels von Kulturgrafen, Kulturfürsten und Kulturkönigen die Rede, im Laufe der Entwicklung bürgern sich dafür, von der Presse zuerst ironisch gebraucht, die Namen Fry-Graf, Fry-Fürst, Fry-König ein.

Ein solcher Adel kann für die Zwecke des Fry-Bundes von großem Werte sein, und es heißt, diese Zwecke verkennen oder nicht ganz erfassen, wenn man, wie von manchen Leuten geschehen ist, ihn in welcher Form immer ablehnt. Man spricht auch hier wieder von äußerlichen Werten, die mit wahrer Sittlichkeit nichts zu tun hätten, oder glaubt, daß eine solche Kultur-Aristokratie dem angeblich demokratischen Zuge der Entwicklung widerspreche.

Daß das Kulturverfahren Frys eine technische Einrichtung ist, die ebensowenig wie eine Bewässerungsanlage unmittelbar die Sittlichkeit zum Gegenstande hat, ist schon mehrfach erwähnt worden. Ob die Entwicklung einen demokratischen Zug hat, ist mindestens zweifelhaft, wenn ja, so nur im Staatsleben. Das Kulturreich hat aber andere Aufgaben als der Staat, die Ordnung der Gleichheit, er hat, wie ebenfalls schon ausgeführt, gerade die Ordnung der Verschiedenheit zum Hauptziel. Mögen also im Staate immer mehr die Vorrechte des Geburtsadels abgeschafft werden, vor dem Gesetze immer mehr die Bürger gleich werden, die Gesellschaft richtet sich nicht danach, sie will und braucht einen Adel, weil ohne Verschiedenheit kein Leben und keine Entwicklung möglich ist. Sinkt der Kriegeradel, so steigt der Priesteradel, verliert der Geburtsadel, so reckt sich umso brutaler der Geldadel empor. Den Adel nach der Anzahl der Nullen zu bemessen, die die Ziffer des Vermögens hat, ist aber die größte Beleidigung des Adelsbegriffes. Hier wird der Adel nicht nur am weitesten von dem Werte der Persönlichkeit getrennt, sondern da man unter Verhältnissen, wo der Geschäftsgeist die Seele des Lebens ist, in der Regel als gemeine Natur leichter Millionär wird denn als edle Natur, ist auch die Folge, daß aus dem Adel gerade das Gegenteil von dem wird, was er für das Leben der Gemeinschaft sein soll.

Wenn wir also nach dem Zwecke des Kulturverfahrens die Forderung aufgestellt haben, daß der Satz: „Geld gibt Geltung" umgekehrt werden muß, so kann dies nur gerecht und zweckmäßig durchgeführt werden, wenn zur Bestimmung des Verhältnisses von Geltung und Geld

der qualitative Begriff der Geltung irgendwie meßbar gemacht wird, und das kann nur durch Rangstufen geschehen, wenigstens für die amtlichen Führer. Dabei ist zu beachten, daß diese das Geld von dem Bunde nicht etwa als Gegenwert für ihre Persönlichkeit, nicht als Belohnung erhalten, sondern als Machtmittel zur Betätigung ihrer Persönlichkeit. Fry folgt dabei der natürlichen Entwicklung des historischen Adels, der sich auch nach der Größe des Machtbereiches abgestuft hat. Ein König galt nicht mehr als ein Markgraf, weil er als Persönlichkeit mehr wert gewesen wäre, sondern weil er eine größere Macht und größere Wirkungsmöglichkeit hatte. So soll es auch bei den Fry-Fürsten sein, mit dem Unterschiede, daß sie nur dann auf die höhere Stufe kommen, wenn sie durch ihre Persönlichkeit die anderen überragen, so daß also bei ihnen, in der Regel, der größere Wirkungskreis nicht die Geltung, sondern die höhere Geltung entsprechend der reicheren Persönlichkeit den größeren Wirkungskreis bestimmt, und sich somit Adel und Persönlichkeit decken.

Damit macht die Idee des Adels einen Fortschritt über die zufällige historische Entwicklung hinaus zu größerer Reinheit. Der Geburtsadel ist eine Anerkennung der natürlichen Verschiedenheit der Menschen aus geschichtlichen und biologischen Gründen, Herren und Sklaven, Herrscher und Beherrschte standen sich gegenüber, und eine Herrennatur ist etwas anderes als eine Sklavennatur, und Herrenleben entwickelt die Kräfte der Persönlichkeit in anderer Richtung als Sklavenleben. Aber die Lebensverhältnisse

haben sich geändert, und der adlige Name bezeichnet längst nicht mehr auch eine adlige Persönlichkeit in dem alten Sinne. Den echten Adel hatte man an sich, man war adlig, wie ein Weib schön ist, und solcher Adel konnte einem Menschen so wenig verliehen werden, wie einem Mädchen durch eine Urkunde die Schönheit verliehen werden kann.

Der Geburtsadel war körperlichen Ursprungs und mußte nicht nur unter der Erblichkeit, die ja nicht regelmäßig fortsetzend oder steigernd wirkt, leiden, sondern auch unter der allgemeinen Entwicklung, die den geistigen Kräften ein Übergewicht über die körperlichen verlieh. Je weiter nun der Adel zu einem bloßen Namen herabsinkt, von einem Sein zu einem Haben, zu einem Besitze, den man nicht dem Werte seiner Persönlichkeit verdankt, sondern zufälligen gesellschaftlichen Beziehungen, den man sich kaufen kann wie ein Rittergut, umso notwendiger ist es, den Kulturadel zur Höhe zu bringen. Nicht einen Adel, der von zufälligen Äußerlichkeiten abhängt, der von der einen Seite verliehen, von der anderen erschlichen oder erkauft werden kann, sondern einen Adel, der in dem Wesen der Persönlichkeit liegt, innere Schönheit ist.

Solchen Adel gibt es, wenn es ihn nicht gäbe, könnte man ihn nicht schaffen. Es gehört zu dem Kulturzwecke Frys, ihn sichtbar zu machen, ihn aus der Masse herauszuheben und ihn an die Stelle zu bringen, wo er gesellschaftlich am fruchtbarsten wirken kann. Auf die Sache, nicht auf den Namen kommt es an. Auch ohne besondere Adelsbezeichnung kann der Adel sichtbar werden, er muß gesellschaftliche Geltung erhalten, damit die

adligen Persönlichkeiten Führer, „tonangebend" werden, auch für das Leben außerhalb des Bundes. Sie sollen Vorbilder, Bestimmer des Lebens sein, wie es die besten Fürsten mittelalterlicher Höfe waren, an denen sich Geist, Reichtum und Schönheit zur höchsten Blüte entfalteten. Sie sollen Schutz und Schirm aller Unterdrückten sein, der Hort von Menschenwert und -Würde, sollen die Sonne sein, die aus dem Zufallswirrnis der Lebensbahnen die Verirrten und Versprengten auf den rechten Weg weist, die besten Kräfte aus ihren Keimen löst zu Blütenpracht und Früchtereichtum, Licht in die Köpfe, Wärme in die Herzen bringt und Schaffensmöglichkeiten den schöpferischen Naturen gibt und Möglichkeiten für alle, die Bereicherungen des Lebens zu genießen.

Auch das ist nur ein Ziel, das der Bund für die Allgemeinheit erst in allmählicher Entwicklung erreichen kann, das aber hier schon aufgestellt werden muß, um die Richtung der Entwicklung zu zeigen. Es ist das Ideal Platos von der Herrschaft der Besten, übertragen vom Staate auf die Gesellschaft. Je nach Veranlagung und Menschenkenntnis wird man die möglichste Annäherung an das Ideal in nähere oder weitere Ferne verlegen, aber niemand wird beweisen können, daß ein Näherkommen an dieses Ideal nach den Tatsachen des Lebens überhaupt unmöglich ist. Daß es in kleinerem Maßstabe und für einen Teil der Gesellschaft schon in verhältnismäßig kurzer Zeit erreicht werden kann, ist so sicher wie die Tatsache, daß es Menschen gibt, die für solche Führerstellen geeignet sind. Es fehlt nur an den Führerstellen, sie zu schaffen ist aber nur eine Frage des Geldes.

Man darf dabei die werbende Kraft des Ideals nicht unterschätzen, besonders bei der Jugend, die ein Ziel, für das sie sich begeistert, immer näher sieht, als das weniger begeisterungsfähige Alter, die auch hoffen darf, die Früchte schon selber genießen zu können. So mag die Erfüllung des Ideals in noch so weiter Ferne liegen, wenn es irgendwie annähernd erreichbar ist, muß es erstrebt werden, muß schon bei den ersten Schritten als Zielpunkt vor Augen stehen, besonders bei denen, die ohne die Begeisterung für ein Ideal gerade die ersten Schritte nicht machen würden.

VIII

Die amtlichen Führerstellen schafft Fry in den Posten der Vorsitzenden der höheren Gruppen, bis hinauf zu dem Präsidenten des Bundes (Seite 129). Keiner von den Vorsitzenden wird von irgend jemand ernannt. Dadurch wird vermieden, daß man sich um die Gunst eines Einzelnen zu bemühen hat, daß man trotz Verdienst nicht höher kommt, weil man gerade diesem Einen nicht gefällt, oder daß man ohne Verdienst höher kommt, weil man ihn durch unlautere Mittel für sich gewinnt. Jeder Vorsitzende wird vielmehr aus einem Kreise gleichgestellter Persönlichkeiten gewählt. Dieser Kreis darf nicht zu groß sein, damit die Wahl nicht von seiten der Wähler zu einer Zufallswahl werde, weil die Mitglieder einander nicht gut genug kennen, und von seiten des zu wählenden nicht agitatorisch beeinflußt werden kann. Er darf nicht zu klein sein, damit die Wahl nicht zu einer auf Abmachung beruhender Er-

nennung werde. Eine zu kleine Zahl verbietet sich außerdem schon aus Rücksichten auf die Gliederung des Bundes, die sonst zu vielfältig würde. Für die erste Zeit wird die angenommene Zahl von 10, abgesehen von der beliebigen Zahl der Mitglieder der Ortsgruppen, zweckmäßig sein, später wäre sie vielleicht etwas zu erhöhen.

Vorschriften über bestimmte Eigenschaften des zu wählenden gibt es nicht, jeder kann aus seiner Gruppe wählen, wen er will, nur sich selber nicht. Die Wahl ist für die Mitglieder der Gruppe geheim, unterliegt aber dem Prüfungs- und in gewissen Fällen einem Einspruchsrecht einer höheren Gruppe. Das Nähere darüber ist in den Satzungen des Bundes bestimmt (Seite 112 f.).

Der Zweck des Bundes verlangt, daß die geeigneten Persönlichkeiten an die geeigneten Stellen kommen. Hier haben wir es nur mit den amtlichen Führerstellen zu tun, nicht mit den Stellen in der Gesellschaft, im Beruf usw., zu denen die Organisation des Bundes durch Vermittlung der Führer die einzelnen Mitglieder nach ihren Bedürfnissen hinbringen soll.

Was hat ein amtlicher Führer zu leisten, was zu empfangen, was also ist für seine Wahl von Wichtigkeit und kann maßgebend sein, ohne daß es besonderer Vorschriften darüber bedürfte?

Dazu müssen wir uns den Bund in voller Wirksamkeit, mit dem nötigen Vermögen ausgestattet, vorstellen. Er soll durch Geld und Geltung wirken, ohne daß ein Einzelner eine entscheidende Machtbefugnis für sich allein hätte, die mißbraucht werden könnte (Seite 46).

1. Geld.

a) Sammlung. Hierfür kommen die Führer als solche nicht in Betracht. Das Geld fließt dem Bunde zu aus den Beiträgen der Mitglieder, aus freiwilligen Zuwendungen, Stiftungen, letztwilligen Verfügungen, und aus den Überschüssen seiner geschäftlichen Unternehmungen. Es ist kein Gebiet für eine Machtfrage.

b) Verwaltung. Hier hat die höchste Gruppe, die Landesvorsitzenden mit dem Präsidenten an der Spitze, die oberste Aufsicht und Entscheidung, etwa wie der Aufsichtsrat einer Aktiengesellschaft oder wie das Parlament oder das Ministerium hinsichtlich des Staatshaushaltes. Die obersten Führer brauchen also nicht Finanzsachverständige zu sein, so wenig wie dies bei der Wahl eines Abgeordneten oder eines Ministers verlangt wird, weil sie auch über Finanzsachen mit zu enscheiden haben. Auch wer selber Sachverständiger ist, muß sich in vielen Punkten auf andere verlassen. Die eigentliche Verwaltung des Bundesvermögens liegt in den Händen sachverständiger Angestellter, die entsprechend bezahlt werden und den nötigen Kontrollen unterliegen.

Die Führer sind an der Vermögensverwaltung nicht persönlich interessiert, weder an der Art der Geschäfte, noch an ihren Ergebnissen. Keiner hat für sich allein Einfluß darauf, keiner kann für sich allein auch nur über den kleinsten Teil des Vermögens verfügen. Er kann weder sich selber noch einem anderen aus der Verwaltung des Vermögens einen Vorteil verschaffen. Die Rechte an der Verwaltung stehen keinem Einzelnen, sondern nur dem obersten Rate als Kollegium zu, in dem

jeder nur eine, keiner anderen überlegene Stimme hat. Auch der Präsident ist davon nicht ausgenommen, er ist nur der Erste unter Gleichen und hat lediglich die Leitung der Verhandlungen und Beschlußfassungen. Auch hier scheidet also jede Machtfrage aus.

c) Verteilung. Hier haben sämtliche amtlichen Führer mitzuwirken. Der von dem obersten Rate aufgestellte, von den zuständigen Organen geprüfte und genehmigte Jahresabschluß ergibt, welche Mittel für das laufende Jahr für die Verteilung zur Verfügung stehen. Hiervon erhält jeder Landes- oder jeder Provinzialverband einen bestimmten Betrag zur freien Verwendung überwiesen, namentlich für etwaige eilige Bedürfnisse. Im übrigen ist die Art der Verteilung folgende:

Alle Anträge einzelner Mitglieder auf Bewilligung von Geld müssen in den Ortsgruppen eingebracht werden. Auch wenn der Präsident oder ein anderer höherer Gruppenvorsitzender für irgend einen Schützling eine Zuwendung beantragen will, kann er dies nur als einfaches Mitglied in seiner Ortsgruppe tun.

Die von der Ortsgruppe beratenen, geprüften und befürworteten Anträge werden an den Kreisrat weitergegeben, so daß hier die Anträge aller Ortsgruppen des Kreises zusammenlaufen. Ist also in einer Ortsgruppe ein Antrag etwa unter Freunden gestellt, so kann ihr Vorsitzender nichts weiter dazu tun, als ihn dem Kreisrate empfehlen. Hier ist er aber nur Mitglied eines Kollegiums, das schon nicht mehr aus Freunden zusammengesetzt ist, sondern aus den verschiedenartigsten Persönlichkeiten, deren jede zunächst für die Anträge der eigenen Ortsgruppe eintritt, und um ihnen zu helfen, die anderen,

soweit er kann, kritisiert. Das Kollegium wird sich also nur auf die Anträge einigen, die der Kritik standhalten, kann aber auch weiter nichts tun, als die angenommenen an den Provinzialrat weitergeben. Die Mitglieder des Provinzialrates stehen den ursprünglichen Antragstellern noch ferner, sie haben zu prüfen, ob die Anträge mit den Zwecken des Bundes im Einklang stehen, etwa nicht genügende Nachweise für ihre Begründung einzufordern, sie in wichtige und weniger wichtige einzuteilen und sie so an den Landesrat weiterzugeben. Der Landesrat hat über die an ihn gelangten Anträge selber nicht mehr zu befinden, sondern nur die Einteilung in wichtigere und weniger wichtige nachzuprüfen. Der oberste Rat beschließt dann über die eigentliche Verteilung des Geldes, indem er, wenn die Mittel dazu reichen, alle bis an ihn gelangten Anträge befriedigt, andernfalls werden die Anträge nach Maßgabe der vorhandenen Mittel in der Reihenfolge ihrer Wichtigkeit berücksichtigt, wobei nötigenfalls unter den von den Landesräten als wichtig bezeichneten Anträgen eine weitere Auslese stattfindet.

Auch hier hat kein Einzelner eine Machtbefugnis, die er mißbrauchen könnte. Ja, je höher er steht, um so geringer ist im allgemeinen der Einfluß, den er zugunsten oder zuungunsten eines Bittstellers ausüben kann. Bei dem obersten Rate scheiden die Personen der Antragsteller in der Regel ganz aus. Die Anträge, die bis zu ihm gelangt sind, sind geprüft und angenommen, sie sind nicht nach Personen, sondern nach Gegenständen und Summen eingeteilt, z. B. Erziehungsbeiträge für Kinder, Unterstützungen für Studierende, für Künstler, für Forscher usw.

Es fehlt daher jede Gelegenheit für Günstlingswirtschaft auf der einen, für unlautere Bemühungen auf der anderen Seite. Daß auch hierbei Irrtümer vorkommen, daß unberechtigtes Mißtrauen, falsche Beurteilung der Würdigkeit und Bedürftigkeit der Personen, Wichtigkeit des Zwecks, auch falsch angebrachtes Wohlwollen und Vertrauen, persönliche Zuneigung und Liebhaberei hin und wieder eine kleine Rolle spielen können, ist nicht zu vermeiden. Alles Menschliche ist unvollkommen, und jede technische Einrichtung hat ihre Energieverluste.

Man wird aber zugeben müssen, daß nicht leicht größere Sicherheiten dafür geschaffen werden können, daß die Verwendung des Geldes für die allgemeine Wohlfahrt von menschlichen Schwächen einzelner Persönlichkeiten unabhängig gemacht wird und wirklich plan- und zweckmäßig erfolgt, so daß die Zufälle ausgeschaltet werden, die eine unfruchtbare Zersplitterung des Vermögens mit sich bringen, das Wichtige unter dem Unwichtigen, die Würdigen unter den Unwürdigen leiden lassen.

Es ergibt sich ferner, daß die Führer zur Erfüllung dieser Aufgaben keine besonderen Eigenschaften haben müssen. Es dürfen keine Dummköpfe und keine herzlosen Menschen sein. Aber wer hätte ein Interesse daran, gerade solche zu wählen? Aus der verschiedenen Art der Behandlung der Anträge in den verschiedenen Instanzen folgt, daß je höher die Führer stehen, um so weiter ihr Blick sein muß, um so größer ihr Verständnis für die Bedürfnisse der Gesellschaft und die Kulturmöglichkeiten,

für die Überordnung des Allgemeinnützlichen über das Sondernützliche. Aber die Ausleseeinrichtung bringt es von selbst mit sich, daß in der Regel dieser weitere Blick bei sonst gleichwertigen Persönlichkeiten über den Aufstieg entscheidet.

Ein Bedenken könnte man haben: Ob nicht ihre Arbeitslast so groß ist, daß hierin eine Beschränkung für ihre Wahl, für das Höherkommen von Persönlichkeiten liegt, die nicht Zeit genug haben, die im Gegenteil zur Entfaltung ihrer Kräfte mehr freie Zeit brauchten.

Es ist zu beachten, daß wir hier nur von den amtlichen Führern gesprochen haben. Wie erwähnt, sind die Stellen für sie nicht die einzigen Möglichkeiten, höher zu kommen. Nicht jeder kann oder mag einen amtlichen Posten übernehmen, wie sich auch weiter aus der folgenden Betrachtung über die Geltung ergeben wird. Mancher wird sich ohne solchen Posten wohler fühlen, wenn ihm die Möglichkeit gegeben wird, seinen Neigungen gemäß zu leben. Wer aber, wenn er sonst das Zeug dazu hat, in eine Führerstelle kommen möchte, der wird auch die Zeit für die nötige Arbeit finden. Je niedriger der Posten ist, um so mehr Arbeit ist zwar dem einzelnen Falle zu widmen, aber um so kleiner ist auch der Amtsbezirk. Mit den höheren Stellen vergrößert sich der Amtsbezirk, dafür nimmt aber die Kleinarbeit ab. Wie könnte sonst ein Minister sein Amt, der Reichskanzler die Geschäfte des ganzen Reiches verwalten!

Vor allem ist zu berücksichtigen, daß der Bund keine Wohltätigkeitsanstalt in dem Sinne der bisherigen privaten Wohlfahrtspflege ist. Wie Seite 46 ausgeführt, kommt er dafür erst in dritter Reihe in Betracht und

wird dafür besondere Einrichtungen treffen und genügende Hilfskräfte zur Verfügung haben. Die Arbeit, von der hier die Rede ist, bezieht sich nur auf die Zuwendung größerer Geldbeträge an Persönlichkeiten, die in bestimmter Richtung dauernd gefördert werden sollen, die für Ausbildung und Betätigung ihrer schöpferischen Kräfte sich die nötigen Mittel nicht selber verschaffen können. Dafür stellt der Bund von Zeit zu Zeit allgemeine Richtlinien auf, schafft besondere Auskunftsstellen, besondere Anstalten für bestimmte Zwecke und vereinfacht und erleichtert dadurch das ganze Verfahren. Die Zuwendungen sind entweder regelmäßige, sich auf einen längeren Zeitraum erstreckende, oder einmalige Zahlungen und brauchen nur ein oder zweimal im Jahre bewilligt zu werden. Es ist also in dieser Hinsicht keine Arbeit notwendig, die den einzelnen Führer in seiner Gruppe täglich oder gar den größten Teil des Tages in Anspruch nimmt.

2. Geltung.

Die höheren Führer sollen in der Gesellschaft eine hervorragende Stellung einnehmen. Ihr Name soll bekannt und geachtet sein, schon wegen der Tatsache, daß sie auf ihren Posten gekommen sind, nicht weil sie sich durch irgendeine besondere Leistung auf einem einzelnen Gebiete hervorgetan haben, sondern weil sie durch ihre Persönlichkeit im allgemeinen sich über die Masse erheben. Und sie müssen in der Lage sein, dieser Persönlichkeit und ihren Wirkungsmöglichkeiten entsprechend zu leben. Sie dürfen ihre Zeit und ihre Kräfte nicht in der

Sorge ums tägliche Brot verlieren, müssen nicht nur wirtschaftlich unabhängig sein, um sich frei bewegen und gegen jedermann offen ihre Meinung aussprechen zu können, sondern müssen über den eigenen, vielleicht sehr bescheidenen Bedarf hinaus Mittel zur Verfügung haben, um ein offenes Haus zu halten, vornehme Geselligkeit zu pflegen und die Tugend des Schenkens zu üben. Mindestens der Präsident und die Landesvorsitzenden müssen so gestellt sein, daß sie es in ihrer Lebensführung mit den gesellschaftlichen Kreisen aufnehmen können, die heute noch deshalb zu den ersten gerechnet werden, weil die Geltung nach dem Besitze gemessen wird. Hier sollen sie zeigen, wie man das Geld verwendet, um Freiheit und Schönheit ins Leben zu bringen, sollen alles Protzentum, allen unsinnigen Luxus verächtlich machen und durch ihr Beispiel maßgebend werden für die gesellschaftlichen Anschauungen, Anstand und Sitte. Dazu genügt bei der Natur der Mehrheit der Menschen und der Art unserer Lebensverhältnisse nicht, daß es innerlich vornehme Menschen sind, sie müssen, möglichst weit sichtbar, auch nach außen wirken, dürfen also ihr Licht nicht unter den Scheffel stellen. Ein stiller und bescheidener, gesellschaftlich unbeholfener Mensch, dem es widerstrebt, persönlich in größerer Öffentlichkeit aufzutreten, ist natürlich für eine solche Führerstellung nicht geeignet, wird aber auch nicht danach verlangen. Er darf aber auch nicht glauben, daß, wer geeignet ist, seine Aufgabe erfüllen kann, wenn er nur gerade soviel hat, wie er für seine bescheidenen persönlichen Bedürfnisse braucht. Eine kleine Familie mag in einer Großstadt mit 6—10 000 Mark jährlich zufrieden und glücklich

leben, müssen doch unzählige mit viel weniger auskommen. Aber die Mehrheit der Menschen blickt nicht unter sich, sondern über sich, sonst wäre ja auch keine Entwicklung möglich. Je mehr Menschen aus den unteren Schichten in den Mittelstand kommen, je breiter dessen Schicht wird, um so besser ist es für das Volk. Doch auch im Mittelstande drängen die unteren nach oben, wobei sich unten und oben leider nicht nach den Forderungen der Idealisten richten, sondern nach denen, die jeweils das gesellschaftliche Leben beherrschen und bei den Massenmenschen die Richtung des Geltungstriebes bestimmen. Mögen also auch die wertvollsten Persönlichkeiten dem Mittelstande angehören, ihr Beispiel reicht über die Kreise ihres gesellschaftlichen Verkehres nicht hinaus und wirkt nur auf gleich hoch oder tiefer stehende, nie aber auf die höheren Stufen des Mittelstandes oder gar der Oberschicht, mit der sie ja gar nicht in eine Einfluß gestattende Berührung kommen. *Wo der Reichtum den Verfall eines Volkes verschuldet hat, da war es nie deshalb, weil das Volk selbst zu reich geworden wäre, sondern weil die reiche Oberschicht die Sitten des Mittelstandes verdorben hat.* Es gibt daher nur den einen Weg, diesem Schicksale entgegenzuarbeiten: Wertvollen Persönlichkeiten Einfluß auf die Oberschicht zu verschaffen, und das ist eben unter den heutigen Verhältnissen nur durch Geld möglich. Wo Leute mit einem Einkommen von 40—50 000 Mark noch zum Mittelstande gehören und deshalb nicht für voll angesehen werden, weil sie nicht so auftreten können wie andere, die das Doppelte

und vielfache Einkommen haben, da bestimmen diese anderen den Zuschnitt der Lebensführung, der nicht nur über die Zugehörigkeit zu ihren Kreisen entscheidet, sondern auch von Einfluß auf die ganzen Lebensverhältnisse bis in die untersten Schichten ist. Wie man es oben im Großen treibt, so macht man es unten im Kleinen nach. Man muß ferner berücksichtigen, daß Einkommen noch kein Vermögen ist, daß mancher bei verhältnismäßig großem Einkommen noch kein freier Mann ist, weil er nicht soviel hat zurücklegen können, daß er im Falle des Verlustes seines Einkommens seine Familie auch nur annähernd in der bisherigen Weise unterhalten kann.

Sollen also die obersten Führer des Fry-Bundes die Möglichkeit haben, auf die Oberschicht zu wirken, um das gesellschaftliche Leben von dem Übergewicht der kulturlosen Reichen zu entlasten, so müssen sie ein Einkommen haben, das sie in die Oberschicht selber hineinführt. Das Geld muß ihre Geltung verstärken, sie aus dem Kreise des Bundes auf die ganze Gesellschaft erstrecken. Diese Geltung ist nicht auf die verhältnismäßig wenigen gleichzeitig amtierenden Führer beschränkt. Nimmt man die Provinzial-Vorsitzenden, wenn auch mit geringerem, aber noch gutem Mittelstandseinkommen hinzu, so hat man 111 Führer (den Präsidenten, 10 Landes- und 100 Provinzial-Vorsitzende). Diese führen ihr Amt aber immer nur ein paar Jahre, andere kommen dann an ihre Stelle, ohne daß sie selber damit in der Dunkelheit verschwänden. Sie behalten ihren gesellschaftlichen Rang und wirken, wenn auch nicht mehr an derselben Stelle, so doch in ähnlicher Weise in ihrer Umgebung weiter. Sie vermehren die Zahl der

nichtamtlichen Führer, derer, die durch die Hilfe des Bundes zur Freiheit ihrer Persönlichkeit und zu gesellschaftlichem Ansehen und Vermögen gekommen sind, und derer, die, an sich frei und vermögend, durch das Beispiel der Führer für ein Leben in ihrem Geiste gewonnen sind. So reicht die Wirkung der Kulturpersönlichkeit immer weiter und verdrängt allmählich die Übermacht der Unkultur.

Wenn der Fry-Bund nichts weiter leisten könnte als das, so wäre sein Nutzen schon ungeheuer. Er könnte allein dadurch das gesellschaftliche und staatliche Leben von dem schlimmsten Übel befreien und vor mancher Fäulnis bewahren. Eine Regierung, die weitschauend an die Möglichkeiten der Größe und des Verfalles eines Volkes denkt, müßte schon deshalb den Bund mit allen Kräften unterstützen, selbst wenn es jährlich beinahe soviel kostete, wie jetzt — ein halber Tag Krieg!

IX

Wer gibt nun die Gewähr, daß die geeigneten Führer gewählt werden? Denn hier werden Eigenschaften verlangt, die nicht jeder hat. Wird nicht nach den Stellen, die Geld und Geltung verleihen, ein Wettrennen stattfinden, bei dem sich schließlich Habsucht und Eitelkeit siegreich vordrängen?

Wir müssen wieder zwischen den Anfängen des Bundes und seiner späteren Entwicklung unterscheiden.

Zuerst hat er wenig Menschen und wenig Geld, selbst wenn er mehrere tausend Mitglieder und ein paar

Millionen Mark Vermögen hat. Die Führer des Bundes können noch nicht aus solchen Wahlen hervorgegangen sein, wie sie für später vorgeschrieben sind. Es sind in der Hauptsache Personen, die weniger um eigenen Vorteils als um der Idee willen arbeiten, nach Lage der Verhältnisse gar keine besonderen Geldvorteile für sich persönlich erwirken können und gerade zuerst besonders darauf bedacht sein müssen, die Idee rein zu halten, weil sie sonst nicht durchdringt, da natürlich von den Gegnern, sachlichen wie persönlichen, auf jede Schwäche hingewiesen würde, die in der Idee oder den sie vertretenden Personen liegt.

Allmählich wird die Organisation ausgebaut, nach und nach werden die ersten Führer durch gewählte Führer ersetzt, die von unten herauf kommen.

Die Ersetzung der ersten Führer durch gewählte erfolgt zuerst an der Stelle, wo die Gliederung des Bundes vollständig von unten bis oben durchgeführt ist, wo also zuerst ein Landesverband die nötige Zahl von Provinzial- und Kreisverbänden hat. Zu berücksichtigen ist dabei, daß auch die ersten Ortsgruppen überwiegend aus Personen bestehen, die wie die ersten Führer weniger für eigenen Vorteil als für die Idee arbeiten, hauptsächlich um Mitglieder zu werben und neue Ortsgruppen zu gründen.

Wo in einer Gegend 10 Ortsgruppen bestehen, bilden sie einen Kreisverband. Das wird zuerst in den größeren Städten der Fall sein. Aber auch in einer kleineren Stadt kann, wenn sich etwa 100 Mitglieder finden, ein Kreisverband gebildet werden, in dem die Mitglieder unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zu Vereinen oder vereinsähnlichen Verbänden für die Zwecke der Orga-

nisation des Bundes und der Wahlen in 10 Gruppen von je etwa 10 Mitgliedern eingeteilt werden. Jede dieser Gruppen wählt aus ihrer Mitte einen Vertreter in ihren Kreisrat.

Damit ein Provinzialverband zustande kommt, sind 10 Kreisverbände nötig, also ungefähr 1000 Mitglieder. Für eine Großstadt, selbst eine mittlere Stadt ist das nicht viel. Kleinere Städte werden in den Verband der nächsten größeren mit einbezogen. Mehr als 100 Provinzialverbände sollen ja auch nicht sein.

Ein Landesverband soll 10 Provinzialverbände umfassen. Es müssen also bei 10 Landesverbänden mindestens ungefähr 100 000 Mitglieder dem Bunde angehören. Auch wenn er soviel hat, wird es zwar möglich sein, 10 Landesverbände zu bilden, sie werden sich aber auf räumlich so verschiedene Gebiete erstrecken, daß die Einteilung später geändert werden muß. Bei der verschiedenen Dichte der Bevölkerung und der ungleichmäßigen Verteilung der Großstädte über das Land würden zuerst in einer Gegend mehrere Landesverbände dicht gedrängt zusammen liegen, in einer anderen weit auseinander gedehnt. Die Unterschiede dürfen nicht zu groß sein, schon um die höheren Führer annähernd gleichmäßig über das Land zu verteilen, das heißt auf die Städte, die in erster Reihe für das gesellschaftliche Leben unseres Volkes von Bedeutung sind.

Zuerst bilden sich also in den verschiedenen Gegenden Ortsgruppen mit verschiedener Mitgliederzahl, angenommen in ein oder zwei Jahren zusammen mit 100 000 Mitgliedern. Die Verwaltung des aus den Beiträgen der Mitglieder und etwaigen Zuwendungen

stammenden Bundesvermögens kann noch nicht vou einem obersten Rate geführt werden, der aus den stufenmäßig aufsteigenden Wahlen hervorgegangen ist, es gibt ja zuerst nur die Vorsitzenden der Ortsgruppen, und die planmäßige Auslese der höheren Führer erfordert eine längere Reihe von Jahren, weil jeder längere Zeit in demselben Verbande gewesen sein muß, damit sich die Mitglieder des Verbandes kennen lernen können. Für die Leitung des Bundes und die Verwaltung des Vermögens wird also zuerst von den Gründern des Bundes der Präsident und ein oberster Rat gewählt, der die Stelle des satzungsmäßigen obersten (des Fry-) Rates vertritt, und aus dem von Zeit zu Zeit ein Mitglied ausscheidet, spätestens sobald ein Landesverband so organisiert ist, daß er einen von unten aufgestiegenen Vertreter in den obersten Rat senden kann. Der Aufstieg in einem solchen Landesverbande istnun folgender:

Irgendein Jüngling hat den Ehrgeiz, Präsident oder Landesvorsitzender zu werden. Bestehen an demselben Orte schon 10 Ortsgruppen, so kann er entweder einer von dieser beitreten oder eine neue Ortsgruppe gründen, z. B. die elfte. Da der Kreisrat nur aus zehn Ortsgruppen-Vorsitzenden besteht, so kommt er dadurch noch nicht in den Kreisrat. Die 11. Gruppe wird vielmehr für die Wahlzwecke mit einer anderen vereinigt und so jede neue hinzu kommende Gruppe, bis ihrer so viele sind, daß sie in mehrere Bezirks-Verbände eingeteilt werden können. Dann wählen die Vorsitzenden einer Anzahl von Ortsgruppen aus ihrer Mitte je einen Bezirks-Vorsitzenden, die dann wieder aus ihrer Mitte einen Vertreter in den Kreisrat wählen.

Tritt der Jüngling einem bestehenden Ortsverein bei, so muß er sich bemühen, Vorsitzender dieses Vereins zu werden. Der Vorsitzende wird auf die Dauer von 4 Jahren gewählt, weil solange auch die regelmäßige Amtsdauer der oberen Führer währt, und ein Aufrücken von unten nach oben immer nur möglich ist, wenn ein oberer Posten frei wird. Das kann natürlich auch vor Ablauf von 4 Jahren geschehen, wenn jemand stirbt oder sonst aus einem Grunde vorzeitig ausscheidet. Ist also der Vorsitzende der Ortsgruppe gerade gewählt, so kann der Jüngling, wenn der Vorsitz nicht zufällig früher frei wird, 4 Jahre bis zur Neuwahl warten. Hat die Ortsgruppe soviel Mitglieder, daß die Wahl zu einer Zufallswahl oder beeinflußbar werden kann, so wird auf Anordnung des übergeordneten Kreis- oder Provinzialrates die Ortsgruppe in kleinere Wahlverbände eingeteilt, ähnlich wie bei der Untereinteilung eines Kreises in Bezirks-Verbände.

Angenommen, es gelingt dem Jüngling, sich in seinem Vereine so auszuzeichnen und beliebt zu machen, daß er auch bei einer Zweistufen-Wahl in den Kreisrat kommt. Hier ist er mit neun anderen Ortsgruppen- oder Bezirks-Vorstehern und dem Vorsitzenden des Kreisrates zusammen. Dazu sei bemerkt, daß ein Kreisrats-Mitglied mit seiner Wahl zum Vorsitzenden des Kreisrates den Vorsitz in seiner Ortsgruppe oder seinem Bezirksverbande verliert, ebenso jeder Vorsitzende eines höheren Verbandes den Vorsitz in dem niederen. Das ist nicht nur zweckmäßig, um die Vorsitzenden von ihrer bisherigen Arbeit zu entlasten und sie unparteiischer zu machen, sondern ist auch notwendig, um die früheren Posten für das Nachrücken

frei zu machen. Jeder Rat besteht also aus 10 Vorsitzenden der nächst niederen Verbände und ihrem Vorsitzenden, der mit seiner Wahl den früheren Vorsitz verliert, aber gleichzeitig einfaches Mitglied des nächst höheren Rates wird (Seite 129).

Als einfaches Mitglied des Kreisrates muß der Jüngling unter regelmäßigen Umständen wieder 4 Jahre warten, bis der Vorsitzende des Kreisrates neu gewählt wird. Er kann nur als Vorsitzender eines Kreisrates in einen Provinzialrat kommen. Die übrigen Mitglieder des Kreisrates, der Vorsitzende und die Vorsitzenden neun verschiedenartiger Ortsgruppen oder Bezirksverbände, stehen ihm ferner als die Mitglieder seiner Ortsgruppe, es sind Menschen verschiedener Bildung, verschiedener Berufe und Interessen, während sich in den Ortsgruppen gleichartigere Menschen zu vereinigen pflegen. Der Jüngling kann den Mitgliedern des Kreisrates, dessen Vorsitzender er werden möchte, nichts bieten, was ein persönliches Interesse an seiner Wahl schaffen könnte, keinen Vorteil, den sie für sich gerade aus seiner Stellung in diesem oder dem höheren Rate erwarten könnten. Er wird ja nicht einmal ihr Vorsitzender, denn sie scheiden ja nach ihrer vierjährigen Amtsdauer aus dem Vorsitz ihrer Ortsgruppe und damit aus dem Kreisrate aus. Nur in dem Falle, daß der bisherige Vorsitzende vorzeitig ausscheidet, würden sie für die Restdauer ihrer Amtszeit ein Interesse an einem ihnen genehmen Vorsitzenden haben. Da aber dieser Vorsitzende keinem Mitgliede durch seine Stellung irgend einen persönlichen Vorteil

verschaffen kann, so können sie nur das Interesse haben, daß es ein angenehmer Mensch sei, der in geschickter, taktvoller Weise den Vorsitz zu führen versteht, was bei Menschen verschiedener Bildung und Interessen nicht immer leicht ist. In der Regel ist es aber so, daß in jedem Rate die Mitglieder den Vorsitzenden für ihre Nachfolger wählen, und ohne daß der Gewählte weiß, wer für oder gegen ihn gestimmt hat.

Das Ausschalten jeder Machtbefugnis auf der einen, jedes persönlichen Interesses auf der anderen Seite, findet sich weder im Staate noch in der Kirche. Man hat, natürlich ohne volle Klarheit über Frys Organisation zu haben, darauf hingewiesen, daß z. B. in der katholischen Kirche die Kardinäle keineswegs ohne persönliches Interesse den Papst aus ihrer Mitte wählen, ja, daß manchmal gerade der unbedeutendste von ihnen die Tiara erhält. Das ist aus verschiedenen Gründen erklärlich. Die Kardinäle bleiben auch unter dem neuen Papste bis an ihr Lebensende Kardinäle und nehmen an der Regierung der Kirche teil und mit recht großen Machtbefugnissen. Sie können wünschen, daß der Papst mehr ihr Werkzeug als ihr Führer werde, und mancher, der den Ehrgeiz hat, Papst zu werden, bei dieser Wahl aber keine Aussicht darauf hat, kann damit rechnen, es bei der nächsten Wahl zu werden und deshalb einem Kandidaten seine Stimme geben, von dem er annimmt, daß er nicht mehr lange leben oder eine Politik betreiben werde, die ihm Gelegenheit geben kann, sich eine Macht zu schaffen, die ihm bei der nächsten Wahl die Stimme aller der Kardinäle gewinnt, die selber die Tiara nicht erstreben.

Kardinal selbst wird man nicht durch Wahl, sondern durch die Ernennung des Papstes, der also einerseits unbequeme Mitbewerber für die nächste Wahl ernennen kann, andererseits von einem in Gunst stehenden Kardinal dafür gewonnen werden kann, jemand zu ernennen, den der Kardinal als Freund und als Hilfe für die nächste Wahl befördert sehen möchte. Und so gibt es noch mancherlei, wo Macht und Interesse zu Mißbrauch führen können und bei der Natur der Menschen führen müssen. Es reicht hinunter bis zu den einfachsten Kaplänen, die nicht nur einmal Pfarrer werden wollen, sondern auch eine möglichst gute Pfarrei haben möchten.

Noch weiter reichend ist es beim Staate, dessen ganzes Wesen ja auf Macht beruht, und zwar nicht weniger bei den Präsidenten der Republiken, als bei den früheren Wahlkönigen. Die wählenden Fürsten hatten ein sehr großes Interesse für sich und ihr Haus daran, wer ihr König würde, und wenn nicht eine schwere Not des Landes sie trieb, den stärksten Führer an die Spitze zu stellen, so gab jeder, der nicht selber auf die Krone rechnen konnte, dem seine Stimme, von dem er die meisten Vorteile, die wenigsten Nachteile für sich erwartete. So kam es dahin, daß die Wähler sich für ihre Stimme durch einen Vertrag (Wahl-Kapitulation) Vorteile oder Sicherheit gegen Nachteile versprechen ließen, daß schließlich die Wahl zu einem Geschäft wurde, bei dem der Meistbietende den Preis erhielt. Dabei machte es keinen Unterschied, ob der König wie im alten deutschen Reiche von einer kleinen Zahl von Fürsten oder wie in Polen von dem ganzen Adel gewählt wurde, oder ob der Präsident einer heutigen Republik angeblich vom ganzen Volke

gewählt wird. Auch die Wahl des Präsidenten läuft auf ein großes, letzten Endes für das Volk sehr teures Geschäft hinaus. Die Erschütterungen des Volkslebens durch die Wahlkämpfe mit ihren ungeheuren sittlichen und wirtschaftlichen Schäden haben ihren Grund nicht darin, daß Neid und Eifersucht den Besten nicht an die Spitze kommen lassen wollen, sondern nur darin, daß der Präsident eine große Macht erhält, unter der viele Sonderinteressen leiden oder gedeihen können, daß er seine Freunde in die bestbezahlten und angesehensten Staatsämter berufen, seine Gegner daraus entfernen kann.

Alles das ist im Fry-Bund ausgeschlossen, und damit zum ersten Male die Grundlage für eine Gesellschaftsordnung gegeben, in der sowohl für die Wahl der Führer als für deren Wirken jedes persönliche Sonderinteresse ausgeschaltet und das Wohl der Gesamtheit ihren besten Vertretern anvertraut ist. Richard Fry kann dies, zum Unterschiede nicht nur von allen Utopisten, von Plato angefangen, sondern auch von allen Staatsmännern und politischen Parteien, deshalb erreichen, weil er zum ersten Male eine völlige Trennung von Staat und Gesellschaft vornimmt, dem Reiche der Macht und dem Reiche der Freiheit, *die Macht da läßt, wo sie zum Wesen gehört, und sie da vertreibt,* wo sie nicht nur nicht notwendig, sondern *schädlich ist.* Er geht einen Schritt über Montesquieu und seine Trennung der Gewalten im Staate hinaus, indem er darauf hinweist, daß auch diese Trennung der Gewalten nicht genügt, solange neben ihnen Gewalten in der Gesellschaft bestehen, die die Ausübung der staatlichen unter ihren Einfluß bringen. *Dieser Einfluß*

kann aber nicht von den Mächten gebrochen werden, die ihm selber unterliegen, also nicht von dem Staate, sondern nur von unabhängigen Persönlichkeiten der Gesellschaft. Indem Fry für solche sorgt, teilt er die Aufgaben, die das Volk, das ja nicht ganz im Staate aufgeht, zu erfüllen hat, in der Weise, daß er den Staat die Ämter bilden läßt, die für die Ausübung seiner Gewalten notwendig sind, und die Gesellschaft die Persönlichkeiten auswählen läßt, die geeignet sind, die Macht in Staat und Gesellschaft am besten dem Gemeinwohl dienstbar zu machen.

Der Präsident des Fry-Bundes wird aus einem kleinen Kreise von Personen gewählt, die sich in unabhängiger Lebensstellung befinden, und die, ob sie Präsident werden möchten oder nicht, in jedem Falle auf tadellosen Ruf halten müssen. Der Präsident, den sie wählen, hat ihnen nichts zu sagen und nichts zu gewähren. Wer nach Ablauf seiner vierjährigen Amtsdauer nicht gewählt wird, scheidet aus dem obersten Rate aus, kommt also amtlich nicht mehr mit dem neuen Präsidenten in Berührung. Für den außeramtlichen Verkehr mit ihm hat er nur das Interesse, daß es ein möglichst bedeutender Mensch von reicher und angenehmer Persönlichkeit ist. So kann ihm der Verkehr Ehre und ideellen Gewinn bringen, materiellen Gewinn kann ja der Präsident amtlich überhaupt nicht gewähren. In dieser Hinsicht hat er ja nur seine Stimme im obersten Rate, eine von elf gleichberechtigten.

Wo soll hier ein Grund herkommen, aus dem die Landesvorsitzenden nicht den Bedeutendsten aus ihrer Mitte zum Präsidenten wählen sollten, da Niemand sich

selbst wählen und auch nicht etwa dadurch seine Aussicht, gewählt zu werden, steigern kann, daß er seine Stimme nicht dem Bedeutendsten oder gar dem Unbedeutendsten gibt? Oder wie könnte es möglich sein, daß eine Strebernatur sich ihre Wahl erschliche oder erkaufte, wenn es ihr überhaupt gelungen wäre, so hoch zu kommen?

Dazu wollen wir zu unserem Jüngling zurückkehren. Er ist nach vier Jahren einfacher Mitgliedschaft in seiner Ortsgruppe Vorsitzender und damit einfaches Mitglied eines Kreisrates geworden. In weiteren 4 Jahren gelingt es ihm, auch in dem Kreisrate sich so auszuzeichnen und beliebt zu machen, daß er zum Vorsitzenden des Kreisrates gewählt wird und damit einfaches Mitglied seines Provinzialrates wird. Damit kommt er wieder in einen ganz neuen Kreis mit einer Anzahl ihm fremder Personen, die alle eine gewisse Bedeutung haben, da sie sonst die wiederholte Wahl nicht überstanden hätten, und von denen keiner ein Interesse daran hat, daß gerade unser Jüngling nach weiteren 4 Jahren, wenn er also im ganzen schon 12 Jahre älter geworden ist, Vorsitzender ihrer Nachfolger wird. Dazu muß er sich also auch in diesem neuen Kreise besonders auszeichnen und beliebt machen. Angenommen, er ist wieder allen anderen so überlegen, daß er Vorsitzender des Provinzialverbandes und damit einfaches Mitglied seines Landesrates wird. Hier wiederholt sich abermals dieselbe Lage in anderer, wieder neuer Umgebung unter noch bedeutenderen Persönlichkeiten, die kein persönliches Interesse an ihm haben. Er muß sich wieder 4 Jahre lang bemühen, der Erste zu werden, um an die Spitze seines Landesverbandes zu kommen und so Mitglied des obersten Rates zu werden.

Er ist aus dem strebsamen Jüngling ein reifer Mann geworden und gehört zu den zehn hervorragenden Persönlichkeiten, aus denen der Präsident hervorgeht. Strebt er nach dessen Krone, so kann er sie nach abermals 4 Jahren erlangen, wenn die übrigen Landesvorsitzenden ihn wählen. Und wird er gewählt, so wird man zugeben müssen, daß er die Krone verdient. 20 Jahre lang war er unter immer neuen Verhältnissen und neuen Persönlichkeiten von steigender Bedeutung immer der Erste an einer Stelle, die der Kritik nicht nur seiner Mitbewerber, sondern auch einer immer weiter reichenden Öffentlichkeit ausgesetzt war. Wehe ihm, wenn er sich nicht bewährt hätte, wenn er irgend etwas begangen hätte, was einen Makel an seine Persönlichkeit heftete! Zu versuchen, durch Kriecherei hochzukommen, würde ihn nicht weit bringen, und wollte er an Bestechung denken, so könnte er vielleicht die eine oder die andere Stimme gewinnen, er müßte aber in jedem neuen Kreise wieder von vorn anfangen und könnte doch bei mancher der ihm immer ferner stehenden Persönlichkeiten damit recht übel anlaufen und nicht nur der erträumten Laufbahn ein jähes Ende bereiten, sondern je größer der Einfluß des Bundes auf das gesellschaftliche Leben ist, um so schlimmer in der Gesellschaft bloßgestellt und unmöglich gemacht werden.

Nein, wer es bis zum Präsidenten oder auch nur Landesvorsitzenden gebracht hat, muß eine bedeutende Kultur-Persönlichkeit sein, nicht gerade die wirklich erste des ganzen Volkes, aber eine der ersten auf jeden Fall. Und einer solchen ein reichliches Einkommen zu gewähren, daß sie ihre Wirkungsmöglichkeiten im Sinne des Kulturzweckes des Bundes auch betätigen kann, gehört zu den

besten Kapitalsanlagen für das Wohl des ganzen Volkes.

Wie gezeigt, dauert es in der Regel 20 Jahre, bis jemand von unten herauf bis an die Spitze gekommen ist, und niemand kann anders als von unten herauf hochkommen. Ernennungen oder ein Überspringen von Stufen gibt es nicht, und Eroberungen durch Gewalt oder List sind erst recht ausgeschlossen. Es kann weniger lange dauern, wenn an der einen oder anderen Stelle ein Führer vorzeitig ausscheidet, es kann länger dauern, wenn jemand, der von einer unteren Stufe nicht weiter gekommen ist, den Weg wieder von vorn anfängt.

Der Weg ist für jedermann frei. Das einfachste Kind des Volkes kann auf ihm in die Höhe kommen. Nichts wird von ihm verlangt, was er nicht in sich haben muß, was nicht von seiner Persönlichkeit abhängt. Will er in Staat oder Kirche in höhere Ämter kommen, so muß er bestimmte Schulen besuchen, muß bestimmten einseitigen Anforderungen an seinen Geist, seine Anschauungen, seine Lebensführung genügen; will er in der Gesellschaft Erfolg haben, so muß er in irgendeinem Berufe neben einer bestimmten Begabung als Handwerker, Künstler, Techniker, Kaufmann usw. auch Glück haben, das heißt, vom Zufall gehoben werden.

Alles das fällt im Fry-Bunde weg. In keiner Gemeinschaft kann so wie hier die Persönlichkeit durch ihren eigenen Wert zu Ansehen und Wirkung kommen. Freilich, viele sind berufen, wenige auserwählt, aber allein die auf die eigene Persönlichkeit gestellte Möglichkeit, ein

Fürst der Gesellschaft zu werden, hat schon eine gewaltige erzieherische Bedeutung. Die Jugend erhält ein Ideal, das bestimmend für ihr ganzes Leben werden kann. Eltern und Erzieher können schon die reiferen Kinder auf die hohen Ziele hinweisen, Jugendgruppen werden sich bilden zur Pflege der edelsten Eigenschaften der Menschen und zur Vorbereitung auf den Wettbewerb um die Kronen des Bundes, und der Bund selbst wird dafür sorgen, daß solche Bestrebungen durch mancherlei Einrichtungen gefördert werden. Besonders an dem Sitze der höheren Führer wird das gesellschaftliche Leben eine fruchtbare Bereicherung erfahren, eine edle Geselligkeit wird gepflegt, und auch Vertreter der Jugendgruppen werden hinzugezogen, um ihre empfänglichen Herzen für die höchsten Lebenswerte zu öffnen und ihnen das Gefühl für Freiheit und Würde des Menschentums einzupflanzen.

Die Jugend träumt, und ihr schönstes Vorrecht ist, Ziele für erreichbar zu halten, die mit zunehmenden Jahren in immer weitere Fernen rücken. Und was in den Jahren der Entwicklung das Sinnen und Streben füllt, das bildet den Charakter und wird dauerndes Eigentum, dauernde Richtschnur für die Lebensführung, umsomehr, je weniger die Zufälle ihr Spiel treiben können, die den freien Menschen von seiner Richtung abdrängen und ihn zwingen, anders zu werden, als es die Sehnsucht der Jugend wollte.

X

Der Bund braucht eine Bundeszeitung, nicht nur für die engeren Bundes-Angelegenheiten, sondern auch zur

Wirkung nach außen. Die Bundesleitung hat Mitteilungen an die Mitglieder zu veröffentlichen, und die Mitglieder müssen die Möglichkeit haben, sich der Leitung und den anderen Mitgliedern gegenüber in Bundes-Angelegenheiten öffentlich zu äußern.

Abgesehen davon hat die Bundeszeitung die Aufgabe, zu allen das Gemeinwohl betreffenden Fragen Stellung zu nehmen, soweit es mit dem Zwecke des Bundes und seiner Wirkungsmöglichkeit vereinbar ist. Sie soll nicht in den Tageskampf der politischen oder kirchlichen Parteien eingreifen, sondern darüber stehen, immer mit Rücksicht darauf, daß der Bund es mit dem Lebensgebiete zu tun hat, das nicht von Staat oder Kirche berührt wird, nicht berührt werden soll. Deshalb hat es sich von Bundes wegen nicht mit Angelegenheiten zu befassen, die Staat oder Kirche zu regeln haben.

Soweit die Organisation des Staates in den Dienst der Kulturidee des Bundes gestellt werden kann, soweit andererseits staatliche Einrichtungen geändert werden sollen, die ohne aus dem Wesen des Staates folgende Notwendigkeit die freie Entfaltung der Persönlichkeit erschweren, soweit also eine Arbeit innerhalb der Organisation des Staates und mit seinen Mitteln zu verrichten ist, kann der Bund zwar Anregungen geben, muß es aber seinen Mitgliedern überlassen, das, was sie nicht als Persönlichkeiten in der Gesellschaft bewirken können, als Bürger im Staate zu erstreben. Es steht den Mitgliedern des Bundes — nicht als Mitgliedern, sondern als Bürgern — genau so frei wie allen anderen Bürgern, sich zu politischen Parteien zusammenzuschließen, um durch ihre Vertreter auf dem gesetzlichen Wege Einfluß auf die Gesetz-

gebung und Verwaltung des Staates zu erlangen. So könnte die Kultur-Partei entstehen, die seit je von den besten Geistern des Volkes ersehnt worden ist, eine Partei, die nicht einseitige Wirtschafts- oder Machtinteressen verfolgt, sondern gegen alle Sonderinteressen nur die allgemeine Wohlfahrt im Auge hat. Zwar heißt es schon jetzt, daß die Abgeordneten die Vertreter des ganzen Volkes sind, aber man weiß, wie es in Wirklichkeit damit steht. Man weiß auch, daß jede Partei behauptet, daß die Verfolgung gerade ihrer Interessen am besten der allgemeinen Wohlfahrt dient. Solche Interessenkämpfe müssen auch sein, denn der Kampf ist für den Fortschritt notwendig. Er soll aber dahin führen, daß jeweils d a s Interesse siegt, das unter den gegebenen Verhältnissen zum Wohle des Volkes den anderen vorangestellt werden muß. Wer entscheidet aber jetzt darüber? Nicht vernünftige Einsicht, vorurteilsfreie Erkenntnis der wahren Bedürfnisse, sondern der Zufall, der Zufall der politischen Machtverteilung und der wirtschaftlichen Machtverteilung, der Zufall des Erfolges der Partei- und der Wahlagitation mit all den Möglichkeiten, die kritiklose Masse zu gewinnen. Und unter den jetzigen gesellschaftlichen Verhältnissen kann es nicht anders sein, es kann sich keine Kulturpartei bilden, weil zu einer Partei Sammlung und Geschlossenheit gehört, Führer und Gefolgschaft. Die heute eine Kulturpartei bilden könnten, leben entweder von allem Parteigetriebe zurückgezogen, weil sie die Einseitigkeiten der Interessenkämpfe und die demagogischen Übertreibungen anwidern, oder es sind Führer ohne Gefolge, die sich mit sozialer und politischer Kleinarbeit begnügen, im übrigen den Dingen ihren Lauf

lassen, da sie doch nichts ändern können, oder es sind Idealisten, die da glauben, mit Worten und Schriften die Welt bessern zu können, da sich das Gute ja schließlich doch durchsetzen müsse. Eine Kulturpartei ist erst möglich, wenn es eine Kulturorganisation gibt, die alle zersplitterten Kräfte sammelt und durch Ordnung wirksam macht, die die geeigneten Führer aus der Masse heraushebt und ihnen Macht und Möglichkeit gibt, die nötige Gefolgschaft um sich zu scharen. Dazu braucht der Fry-Bund nicht selbst eine Partei-Organisation zu sein, ja, er darf es nicht einmal, denn das würde geradezu seinen Zwecken widerstreben. Er ist ja auch gar kein einheitlicher Verein, sondern nur die Zusammenfassung einer Menge von selbständigen Vereinen (den Ortsgruppen) zu einer rein formellen Einheit aus technisch-organisatorischen, nicht sachlich-agitatorischen Gründen. Mit dem Leben der Mitglieder in ihren Ortsgruppen hat der Bund nichts zu tun, er soll sich garnicht darum bemühen, dieses Leben irgendwie einheitlich zu gestalten, im Gegenteil, die Kulturzwecke des Bundes erfordern die größte Verschiedenheit. Seine Organisation dient der Sammlung und Verteilung von Geld nur zu dem Zwecke, eine bessere Auslese wertvoller Menschen zu erreichen, als es unter der Herrschaft des Zufalls möglich ist. Über die Art, wie diese Menschen sich betätigen, hat er nichts zu bestimmen, das ist ganz allein ihre Sache. Aber die Auslese- und Anschlußmöglichkeiten, die er in seiner Gliederung bietet, helfen den Persönlichkeiten, die zu politischer Tätigkeit bereit und fähig sind, die Gefolgschaft innerhalb und außerhalb des Bundes zu finden, die

ihnen der Bund nicht als solcher gewähren kann. Soweit die Bundeszeitung für solche politischen Zwecke in Anspruch genommen wird, wird sie dadurch weder zu einer politischen noch zu einer Parteizeitung in dem üblichen Sinne. Der Bund hat nichts mit Parteien zu tun, er ist das Reich der freien Persönlichkeit mit allen ihren Verschiedenheiten und kann nach der Natur seines Verfahrens nur für die Voraussetzungen ihrer Entfaltung, nicht für die Art ihrer Entfaltung, sorgen. So kann auch der Landwirt nur dafür sorgen, daß die beste Saat auf den besten Boden kommt, kann aber vom Hafer nur Hafer, vom Weizen nur Weizen ernten. Soweit also die Bundeszeitung nicht reinen Bundesangelegenheiten dient, kann sie nur ein Mittel für die Wirkung einzelner Persönlichkeiten sein, denen sie ein von allen Sonderinteressen freies Gastrecht gewährt. Das erhält man bei den heutigen größeren Zeitungen selbst bei wichtigen Fragen nur in Ausnahmefällen, und der Erfolg ist oft gerade da am geringsten, wo er am nötigsten wäre, wo es sich um die Bekämpfung der Sonderinteressen handelt, die die Richtung des Blattes bestimmen. Oft findet aber selbst die objektivste Aufklärung, eine auf Tatsachen gestützte Richtigstellung falscher Ansichten keine Aufnahme, oder sie bleibt auf die Leser, die eben auf ihre bestimmte Richtung eingeschworen sind, ohne Eindruck. Und die Regel ist es, daß man bei jeder solchen Zeitung immer auf eine bestimmte Richtung, auf festgelegte Anschauungen stößt, daß es nicht möglich ist, in der breitesten Öffentlichkeit die Leser zu finden, die man gewinnen möchte. Und gelingt es auch in Ausnahmefällen bis zu

einem gewissen Umfange, was nützt es, wenn man nicht dauernd weiter auf sie wirken kann, weil sie nicht organisiert sind! Man kann sie nur zusammenhalten, wenn man eine neue Zeitung gründet. Das geht aber auch nur an, wenn man damit eine neue Richtung schaffen will, was wieder ohne ein bestimmtes Programm, also eine gewisse Einseitigkeit und Gebundenheit, nicht möglich ist. Freilich gelingt es hin und wieder einem einzelnen, journalistisch besonders begabten Schriftsteller, durch ein eigenes Blatt nicht einem Programm, einer Richtung, sondern seiner Persönlichkeit eine Gemeinde zu gewinnen; das sind aber Ausnahmen, die auch erst nach jahrelanger, die Hauptkraft dem Blatte widmender Arbeit zur Wirkung kommen.

Die Zeitung des Fry-Bundes steht über allen durch Sonderinteressen bestimmten Richtungen. Sie gehört keinem nach Gewinn oder Macht strebenden Verleger, ist kein kapitalistisches Unternehmen, sondern ihre Überschüsse kommen dem Kulturzwecke des Bundes zugute, dessen oberste Führer unter der Kontrolle sämtlicher Mitglieder darauf zu achten haben, daß sie materiell und ideell keinem anderen Interesse dient, als dem der allgemeinen Wohlfahrt. Die Schriftleiter sind keine Fachleute auf einem Sondergebiet, keine Politiker einer bestimmten Richtung, die auf Grund von besonderen Kenntnissen, Erfahrungen und Begabungen positiv zu wirken hätten und dabei entweder an Vorschriften eines Verlegers, eines Kapitalisten oder einer kapitalistischen Gruppe, an Wünsche eines bestimmten Leserkreises gebunden wären oder die Haltung des Blattes nach den Anschauungen herrschender Autoritäten oder der eigenen unfehlbaren Meinung bestimmen könnten. Ihrer Hut

ist vielmehr die negative Freiheit anvertraut, sie selbst haben nichts zu schreiben oder dafür zu sorgen, daß etwas Bestimmtes geschrieben werde, sondern nur darauf, daß gleiches Recht für alle gilt, die etwas zu sagen haben, daß niemandes Meinung unterdrückt werde.

Damit erhält die politische Preßfreiheit ihr gesellschaftliches Gegenstück, das für den Fortschritt der durch die Gesellschaft gehenden Kultur genau so notwendig ist, wie es die politische für das Staatsleben war. Die Abhängigkeiten, zu denen das angeblich freie Spiel der Kräfte bei den gesellschaftlichen Machtverschiedenheiten geführt hat, werden durch die Presse in demselben Maße gesteigert, in dem sie als neu hinzugekommenes gesellschaftliches Machtmittel die Wirkung der anderen verstärkt. Wer Geld hat, hat auch die Presse und kann sich damit auch dort Geltung verschaffen, wo er nicht unmittelbar mit seinem Gelde wirken kann. Welcher Schaden daraus entstehen kann, hat die gekaufte oder sonst von Sonderinteressen abhängige Presse im Weltkriege bewiesen. Es liegt eben im Wesen der ungeordneten Gesellschaft, daß jeder Fortschritt in der Entwicklung des Lebens, namentlich in der Technik, im weitesten Sinne genommen, von der wirtschaftlichen Macht am besten ausgenützt und zur Vermehrung dieser selbst und zur Schwächung ihrer Widerstände verwendet wird. Aus den früher dargelegten Gründen, nach denen man sich zur Bekämpfung der jetzt in der Gesellschaft herrschenden schädlichen Mächte nur derselben Machtmittel bedienen kann, denen sie ihre Macht verdanken, muß also auch der Fry-Bund die Macht der Persönlichkeit, die er freimachen will, durch die

Presse verstärken. Dazu ist eben die erste Voraussetzung, daß niemand, der etwas zu sagen hat, einer gesellschaftlichen, von Sonderinteressen geleiteten Zensur unterliegt, wobei formell das einfachste Mitglied des Bundes nicht weniger Rechte hat als der höchste Führer. Die sachliche Wirkung bleibt dem Inhalte des Gesagten und der Bedeutung der Persönlichkeit überlassen.

Wenn alle Menschen schrieben oder über alles schreiben dürften, wäre die Aufgabe natürlich unlösbar. Aber ebenso wie der Bund nach dem Zwecke seines Verfahrens sein Geld nicht für alle menschlichen Bedürfnisse zur Verfügung hat, so hat sich auch der Inhalt der Zeitung nur auf die Bundeszwecke zu erstrecken, auch in dem Teile, der nicht von den reinen Bundes-Angelegenheiten handelt. Die Bundeszeitung hat nicht über alle Gebiete des menschlichen Lebens zu schreiben, hat nicht die Aufgabe, die Leser in den Fragen der Wissenschaft und der Kunst, der Literatur, der Technik, der Politik usw. auf der Höhe zu halten, ist kein Blatt für Sport und Unterhaltung, kein Blatt für die Neuigkeiten, die der Telegraph aus aller Welt, der Berichterstatter über große Unternehmungen und über kleine lokale Ereignisse bringt, kurz, was für die Tageszeitung Hauptsache ist, ist für die Bundeszeitung nichts oder Nebensache, was für die Tageszeitung nichts oder Nebensache ist, ist für die Bundeszeitung Hauptsache: Förderung und Pflege der gesellschaftlich wertvollen Persönlichkeit in ihrer Unabhängigkeit, und stände sie gesellschaftlich noch so niedrig und unbekannt da, Bekämpfung der ge-

sellschaftlich schädlichen Persönlichkeiten in ihrer Herrschaft, und ständen sie gesellschaftlich noch so hoch und angesehen da.

Die sich aus dem Kulturzwecke des Bundes ergebende Pflege der Verschiedenheit der Menschen verbietet alle Prüderie und Splitter-Richterei. Es gibt so viele Vampyre und Hyänen der Gesellschaft, die unschädlich gemacht werden müssen, daß es ganz gleichgültig ist, wie jemand sein Leben für sich oder in dem Kreise seiner engsten Umgebung führt. Der Bund soll es gerade umgekehrt machen, als es heute die Regel ist, er soll die großen Sünder fangen und die kleinen laufen lassen. Für den kleinlichen Menschen ist manches Sünde, was im Lichte einer höheren Sittlichkeit Tugend ist, was zur Befreiung und Bereicherung wertvoller Persönlichkeiten dient und damit dem allgemeinen Fortschritte nützt.

Schließlich ist die Bundeszeitung ein notwendiges Mittel, den Mitgliedern Gelegenheit zu geben, die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen und im gesellschaftlichen und beruflichen Leben an die Stelle zu kommen, die man sonst nicht finden würde. Auch für die gesellschaftlichen Unternehmungen des Bundes, namentlich für seine allgemeine Vermittlungstätigkeit nach dem Beispiel der in den „Fürsten ohne Krone“ geschilderten Ligilo-Gesellschaft ist sie nötig, und ihre Überschüsse können eine wichtige Einnahmequelle des Bundes werden, ja, können in der ersten Zeit die Bildung eines Bundesvermögens überhaupt ermöglichen. Es bedarf keiner weiteren Begründung, daß die Bundeszeitung umso bedeutender und nützlicher wird, je mehr Mitglieder der Bund hat, und daß entsprechend auch ihre Wirkung auf die übrige Presse wächst.

XI

Wir glauben, nunmehr den Beweis erbracht zu haben,

1) daß es sich bei dem Werke Richard Frys um ein Verfahren handelt,
2) daß es allen unter III aufgeführten wesentlichen positiven und negativen Erfordernissen genügt,
3) daß gemäß den unter II und VI aufgeführten Tatsachen weitere Erfordernisse nicht nötig sind, und daß
4) deshalb das Werk Frys möglich und nach den unter II 3—6 und V aufgeführten Tatsachen und den weiter dargelegten Gründen nützlich ist.

Wo ist also die Utopie?

Wenn man Utopie nennt, was sich überhaupt nicht verwirklichen läßt, so wird man innerhalb der Grenzen, die wir hier für den Fry-Bund gesteckt haben, nichts Unmögliches finden, denn wir haben keine Voraussetzungen angenommen und keine Folgerungen gezogen, die nicht in der Natur der Menschen und der heutigen Lebensverhältnisse begründet wären. Fry will für den Bau seines Werkes nichts haben, was es nicht schon gibt, und nichts aus dem Leben wegschaffen, ohne das dieses nicht bestehen könnte, und er nimmt nichts allgemein, was es nur im besonderen gibt, und setzt nichts als Besonderheit, was allgemein ist.

Er gründet einen Bund, dem jeder beitreten kann, keiner beitreten muß, dem aber jeder beitreten wird, der sich daraus Vorteile verspricht, an denen er Interesse hat. Es werden umsomehr beitreten, je größer und je verschiedener die Vorteile sind, die er bietet. Die Vorteile

richten sich nach den verschiedenen Bedürfnissen und Wünschen der Menschen und nicht nur nach den Vorzügen weniger, sondern auch nach den Schwächen aller Menschen. Wo er Schwächen bekämpfen will, will er nicht die Schwächen selber beseitigen, sondern ihnen entweder die Gelegenheit nehmen, schädlich zu wirken oder sie durch ihr eigenes Interesse bestimmen, nützlich zu wirken. Im übrigen läßt er jeden leben, wie es ihm paßt, und erleichtert es denen, die sich an ihrer Stelle nicht wohl fühlen, den Weg zu finden, auf den sie der Hunger, die Liebe oder der Geltungstrieb drängt. Er braucht dazu außer der dem Bunde eigentümlichen Organisation nichts weiter als Geld, nur Geld. Alles andere ergibt sich mit derselben Naturnotwendigkeit von selbst, mit der jeder lebendige Trieb der ihm innewohnenden Richtung folgt.

Die Organisation des Bundes ist eine rein formaltechnische Sache, die so wenig Unmögliches enthält wie die Gründung einer Aktien-Gesellschaft, und die Aufbringung des Geldes ist so lange keine Unmöglichkeit, als nicht Summen gebraucht werden, die über die vorhandenen wirtschaftlichen Kräfte hinausgehen oder keinen entsprechenden Gegenwert finden. Was unsere wirtschaftlichen Kräfte vermögen, hat die Rüstungspolitik und hat der Krieg gezeigt. Wenn der Fry-Bund jährlich etwa 20 Millionen Mark ausgeben könnte, so wäre das erst ungefähr der 300. Teil von dem, was Deutschland durch den Krieg an öffentlichen Lasten jährlich mehr aufzubringen haben wird, das heißt auf je drei Mark Kriegslast käme ein Pfennig Kulturbeitrag, der dann wohl auch nicht unmöglich sein wird. Und es wäre ein Kultur-

pfennig gegenüber einem Taler, den uns die Unkultur aus der Tasche zieht. Der Taler muß ausgegeben werden, um die Folgen der Unvernunft zu heilen, weil man es versäumt hat, rechtzeitig den Pfennig für die Vernunft auszugeben. Aber wenn der Krieg nur das eine Gute hat, die Völker zu überzeugen, daß er das allerteuerste und schlechteste Mittel ist, für die Kultur zu sorgen, und sie dazu zwingt, nach einem billigeren und besseren zu suchen, so hat er der Menschheit bei allem Unglück einen großen Dienst erwiesen.

Man hat die Kosten der ewigen, sich fortgesetzt steigernden Rüstungen als eine Versicherungsprämie gegen den Krieg und seine Schäden betrachtet. Die Prämie ist nicht nur umsonst gezahlt, sondern sie hat in hohem Maße dazu beigetragen, das Unglück, das verhindert werden sollte, herbeizuführen. Und neben dem Verluste der Riesenprämie haben die Völker nun auch die Riesenschäden des Krieges zu bezahlen. Der Rüstungstaler hat — von der Notwendigkeit abgesehen, ihn solange auszugeben, als das Volk ohne ihn schutzlos gewesen wäre — nicht nur keinen Gegenwert gefunden, sondern ist zu einem Minus geworden, der Kulturpfennig dagegen kann gar nicht verloren gehen, er wechselt nur den Besitzer und erzeugt einen steigenden Mehrwert, weil er ja gerade in die Hände derer geleitet wird, die ihn am fruchtbarsten machen können. Er bewirkt das Gegenteil von den Folgen des Krieges: Auch dieser führt erstens zu einer Auslese der besten und tüchtigsten Menschen, aber um sie zu vernichten oder zu verkrüppeln, um sie der Arbeit und dem Werteschaffen zu entziehen und den Menschen Gelegenheit zu geben, ihr Leben zu schonen

und sich zu bereichern, die es am wenigsten nach dem Werte ihrer Persönlichkeit verdienen, zweitens damit zu einer anderen Verteilung des Vermögens, aber nicht nach Vernunft und innerer Gerechtigkeit, sondern entweder nach dem blödesten Zufall oder eben in dem umgekehrten Verhältnis zum Werte der Persönlichkeit.

Damit soll nicht gesagt sein, daß der Fry-Bund die Kriege abschaffen kann, besonders nicht, solange er nur auf Deutschland beschränkt ist. Wir wollen ja alles ausscheiden, was sich nicht beweisen läßt. Hier handelt es sich nur darum, zu zeigen, daß das Geld, das er braucht, nicht unerschwinglich ist, und daß es nicht gut fruchtbarer angelegt werden kann, als in einem Unternehmen, das planmäßig die höchsten Werte fördert, die die Erde hervorbringt: Die Menschen, von denen ja alle übrigen Werte der Erde erst ihren Wertinhalt empfangen.

Nennt man aber auch Utopie, dessen Verwirklichung, wenn überhaupt, erst in so ferner Zukunft möglich ist, daß sich die heutige Menschheit besser um näher liegende Dinge kümmert, so muß man doch zugeben, daß es für die Menschheit im allgemeinen, für jedes Volk im besonderen, nichts Näherliegendes geben kann, als die Sorge um das Wohl der besten und tüchtigsten Menschen. Denn diese können nicht nur am besten für die Bedürfnisse der Gegenwart sorgen, sondern sie sind auch die Träger der Entwicklung. Ihr Wohl heißt Fortschritt, ihr Wehe Rückschritt. Den meisten Menschen ist die Gestaltung der Zukunft, die über ihr Leben oder das ihrer Kinder hinausreicht, ganz gleichgültig, sie denken nur an ihr Tagesinteresse, das, bei einer großen Masse gleichartig verfolgt, späteren Geschlechtern zum Schaden ge-

reichen kann. Da sind es die Wenigen, die über den Tag hinaus sinnen und sorgen, die gegenüber der Trägheit, der Gewohnheit und der Selbstsucht der Masse daran arbeiten, die Menschheit schrittweise den Zielen näher zu bringen, die heute Utopie, übermorgen Wirklichkeit sind, und heute die Voraussetzungen zu schaffen, auf denen das Morgen weiterbauen kann. Was immer die Zukunft der Menschheit an Glücksmöglichkeiten mehr, an Leidensmöglichkeiten weniger bringen, was das Reich der Vernunft erweitern, das Reich des Zufalls verringern kann, das kann nur von *den* Menschen vorbereitet werden, die diese Möglichkeiten erkennen, umso besser, je klarer die Erkenntnis und je reicher und kräftiger Geist und Wille sind. *Aber alle Erkenntnis, aller Geist und Wille nützen nichts, wenn der Zufall ihnen die Wege zur Macht verschließt.*

Man mag also von den ersten Wirkungsmöglichkeiten des Fry-Bundes noch so gering denken, wenn er überhaupt in der Richtung der dargelegten Ziele wirken kann, so trägt er den fruchtbarsten Keim der Weiterentwicklung in sich. Ist er einmal da und steht nur ein Dutzend Männer von Bedeutung hinter ihm, so ist er ein Ruf an alle, die im Dunkel leben und nicht wissen, wohin sie sich wenden sollen, um an die richtige Stelle zu kommen, und ein Ruf an alle, die andern helfen möchten und nicht wissen, wo ihre Hilfe am besten angebracht ist.

Ohne ihn treiben die einen wie die andern auf dem Meere des Zufalls dahin, und mancher ringt mit den Wellen und ertrinkt, während der Retter ahnungslos an ihm vorübergleitet.

Es gibt Tausende von Wohlfahrtsvereinen, Anstalten und Stiftungen, aber keinen wie ihn. Millionen und Abermillionen werden jährlich von ihnen ausgegeben, nachdem Millionen für die Sammlung des Geldes aufgewendet und an ungeordnet wirkenden Kräften verloren gegangen sind. Es ist, als wenn man die Sahara mit Gießkannen fruchtbar machen wollte. Der Fry-Bund baut eine Bewässerungsanlage, da wo sie dem Boden nützen kann, und in dem Umfange, als er Wasser zur Verfügung hat. Ist es erst nur eine kleine Oase, die er schaffen kann, so dehnt er sie nach und nach weiter aus. Immer größer wird das Röhrennetz, in dem er immer mehr Wasser sammelt und es immer weiter hin verteilt. Soll die Wohlfahrtspflege die Menschheit wirklich weiterbringen, so muß sie nach dem Grundgedanken Frys durch Vernunft und Ordnung den Zufall beschränken und die größeren Zwecke vor die kleineren stellen. Der größte Zweck aber ist die Freiheit der Persönlichkeit.

Wo ist also die Utopie?

Mag die Höhe der Entwicklung, zu der sich das Werk Richard Frys in den „Fürsten ohne Krone“ in seinem internationalen Ausbau entfaltet, utopisch erscheinen, jetzt noch utopisch sein, so mag jeder kritisch oder, weil Vorurteilen folgend, zu wenig kritische Leser soviel davon streichen, wie für ihn unmöglich ist: Er wird genug als möglich stehen lassen, und wenn er es genauer betrachtet, so wird er finden, das alles Wesentliche stehen geblieben ist, alles, was den Trieb zu Blüte und Frucht in sich trägt, und daß es nur fraglich sein kann, ob die Ernte einst so reich sein wird, wie sie von dem Dichter geschätzt wird. Dieser gleicht darin allen andern Erfindern,

daß er sich in der Beurteilung der Entwicklungsmöglichkeiten seines Werkes irren kann, er kann sie überschätzen, aber auch, was nicht selten vorkommt, unterschätzen. Wenn aber bei einer Erfindung der vorsichtig rechnende Finanzmann von dem in Aussicht gestellten Gewinne von 50 Prozent selbst 40 Prozent wegstreicht, wird dadurch die Erfindung wertlos?

Richard Frys Werk ist auch hinsichtlich seiner Nutzwirkung als ein technisches Verfahren zu betrachten, bei dem Energieverluste an dieser oder jener Stelle unvermeidlich sind, das seinen Zweck immer nur mit den Einschränkungen erreichen kann, die in der Natur der Dinge liegen. Es ist deshalb töricht, gegen den Fry-Bund einzuwenden, er könne seinen Zweck nicht erreichen, weil es unmöglich sei, allen den Menschen zu helfen, denen er seiner Aufgabe nach helfen soll, daß es unmöglich sei, überall den Zufall auszuschalten, unmöglich, immer gerade die am besten geeigneten Menschen herauszufinden und den allerbesten an die Spitze zu bringen. Das sei doch wirklich eine Utopie. Ist es auch. Aber der Fry-Bund ist weit entfernt davon, sich diese Zwecke zu setzen. Denn sie sind nicht nur unmöglich, sondern auch unwesentlich. Es ist ganz unwesentlich, daß gerade der Allerbeste an der Spitze stehe. Es genügt, daß er einer der Besten ist, und wenn es der geringste von den Besten wäre. Wo ist der Gütemesser, der bestimmt, wieviel Grade ein guter Mensch besser ist als ein anderer? Wir haben nachgewiesen, daß ein schlechter und sonst ungeeigneter Mensch nicht an die Spitze kommen kann, und daß der, der emporgestiegen ist, sich bei einer immer strenger werdenden Auslese bewährt haben muß. Es

ist möglich und wahrscheinlich, daß mancher da ist, der es noch mehr verdient hätte, an seine Stelle zu kommen, der ihm auch vorgezogen worden wäre, wenn er mit ihm im Wettbewerb gestanden hätte. Aber das ist für die Zwecke des Bundes gleichgültig. Jenem Besseren lag vielleicht nichts daran, an diese Stelle zu kommen, aber wenn er wirklich ein Kulturmensch im Sinne Frys ist, — er könnte ja kein besserer sein, wenn er es nicht überhaupt wäre — so wird er auch im Sinne des Bundes wirken, an welcher Stelle immer, und wird umso besser wirken können, je mehr Wirkungsmöglichkeiten der Bund für jede Persönlichkeit bietet.

Und wenn der Bund nicht allen Menschen helfen kann, denen er helfen möchte, ja wenn er auch manchem hilft, der es nicht verdient, so kann er doch unendlichen Segen stiften. Ein einziger schöpferischer Geist, dem er es ermöglicht, sich frei zu entfalten, kann seinem Volke und der ganzen Menschheit Werte schenken, denen gegenüber alles verschwindet, was der Bund sonst geleistet oder nicht geleistet hat. Und je weiter sich der Bund entwickelt, umso größer wird die Zahl derer, um deren Wert er das Volk bereichert, und deren Wirken wieder die Kräfte des Bundes steigert. Man setze zunächst einmal nur den einen Nutzen für die Gesellschaft in Rechnung, der sich daraus ergeben muß, daß alle vier Jahre in dem abtretenden Präsidenten und den ausscheidenden Landesvorsitzenden zehn auserlesene Persönlichkeiten im rüstigsten Lebensalter als angesehene und vermögende Männer neben die amtierenden obersten Führer treten, um die Zahl derer zu vermehren, die durch den Fry-Bund in die Oberschicht der Gesellschaft gekommen sind und hier mitbestimmend

für die gesellschaftlichen Lebensverhältnisse und Triebkräfte werden! Denn wollen sie nicht ihre Geltung verlieren, oder gar ihren Namen verächtlich machen, so müssen sie wie bisher in ihrem Amte auch weiter für Wert und Würde des Menschentums gegenüber der nur vom Gelde gewährten Macht eintreten, und es ist schwer zu sagen, wie sie anders können, da es ja in ihrer innersten Natur liegt, ohne die sie doch nicht geworden wären, was sie sind. Wenn es die Mittel des Bundes irgendwie ermöglichen, sollten die obersten Führer so gestellt sein, daß sie auch nach dem Ausscheiden aus ihrem Amte nicht nur wirtschaftlich unabhängig, sondern in einem gewissen Wohlstand weiterleben können. Je mehr die reiche Oberschicht des Volkes aus Kulturmenschen besteht, umso besser ist es für das ganze Volk. Es ist aber anzunehmen, daß sie dazu nicht nur auf die Mittel des Bundes angewiesen sind, da es sich um hervorragende Menschen handelt, die bei den Einrichtungen des Bundes auch in ihrem Beruf erfolgreicher gewesen sein können, als vielleicht ohne ihn.

Eben wegen dieser Einrichtungen sind neben den amtlichen Führern auch andere Kräfte zu ihrer Entfaltung gekommen, die ebenfalls im Sinne des Bundes wirken.

Wenn schließlich die Herrschaft des Zufalls auch nicht ganz gebrochen werden kann, so kann ihm doch ein so weites Gebiet entrissen werden, daß die Freiheit der Menschen, über ihr Leben zu bestimmen, in ungeahnter Weise ausgedehnt werden kann, und daß die Geschicke des Volkes und der Völker nicht mehr wie von blind wirkenden Mächten, sondern in wachsendem Maße von der Vernunft geleitet werden.

Natürlich kann der Fry-Bund nicht allen gesellschaftlichen Übeln abhelfen, nicht die Erde in ein Paradies umwandeln. Aber man nehme irgend ein Kulturproblem, das die Menschheit lösen kann, das jetzt die Geister beschäftigt oder später einmal beschäftigen wird — jede Zeit bringt ja neue Probleme — und zeige, welches wichtiger und notwendiger sein kann als das, die Voraussetzung zu schaffen, daß die Probleme überhaupt erst erkannt werden und ihre Lösung denen übertragen wird, die am besten dafür geeignet sind.

Nur komme man hier nicht mit dem traurigsten aller Einwände, daß die Not der beste Erfinder sei. Man könnte dann nichts Besseres tun, als recht viel Not zu schaffen. Aber wenn dann die größte Not das größte Glück geschaffen hätte, wo bliebe die weitere Not, die als bester Erfinder — der Not abhelfen sollte? Man vergißt, daß eine Erfindung dann nicht mehr nötig ist, wenn keine Not ihrer mehr bedarf. Welch ein Unglück für die Menschheit, wenn es keine Ärzte mehr gäbe, weil die Krankheiten verschwunden sind!

Auch in der bestgeordneten Gesellschaft, selbst wenn alle körperlichen Nöte beseitigt sind, wird die seelische Not in tausendfacher Gestalt bleiben. Aber für sie ist das Reich der inneren Sittlichkeit da. Und wäre für das Glück, das dieses Reich schaffen soll, die körperliche Not die beste Nahrung, warum bemühen sich dann überhaupt die edelsten Geister für ihre Milderung und Minderung? Nein, auch für die Pflege der Sittlichkeit ist das Kulturreich die wichtigste Voraussetzung.

XII

Das Geld, das der Bund braucht, ist vorhanden und ist auch für seine Zwecke da, sobald diese erst genügend erkannt sind. Solange nicht der Grundstock durch größere Zuwendungen sehr reicher Leute gelegt ist, muß man den Anfang mit mäßigen Beiträgen der Mitglieder machen und das Vermögen durch die Werbetätigkeit des Bundes und der Mitglieder vermehren. Da der Bund, wie ausgeführt, eine Zeitung haben muß, so ist es zweckmäßig, die Mitgliedschaft an den Bezug der Zeitung zu knüpfen und nicht den Bezug der Zeitung von der Mitgliedschaft abhängig zu machen. Viele werden ein Interesse an der Zeitung haben, die kein Interesse an der Mitgliedschaft haben. Man kann also auf diese Weise die Einnahmen aus der Zeitung steigern und sie selbst mit dem größeren Abnehmerkreis wirkungsvoller machen.

Die Zeitung braucht durchaus nicht täglich zu erscheinen, sondern es genügt, namentlich für den Anfang, vollständig, wenn sie einmal in der Woche erscheint. Sie kann in der Form und Ausstattung der gewöhnlichen Tageszeitungen gedruckt und so billig hergestellt und vertrieben werden, daß bei einem Bezugspreise, wie er für jede bessere Wochenschrift bezahlt wird, ein bedeutender, mit der Auflageziffer steigender Überschuß erzielt wird. Dazu kommen die Einnahmen, die aus Inseraten und den geschäftlichen Unternehmungen des Bundes zu gewinnen sind, die er für seine Mitglieder nach Art der in den „Fürsten ohne Krone“ beschriebenen Ligilo-Gesellschaft betreiben kann. Die Zeitung könnte

Abnehmer im ganzen deutschen Sprachgebiet, also auch in Österreich-Ungarn, in der Schweiz und Nordamerika werben. Eine Abnehmerzahl, wie sie die größeren Tageszeitungen allein in mancher Großstadt erreichen, würde nicht nur die für die völlige Gliederung des Bundes nötige Anzahl von Mitgliedern bringen, sondern auch soviele jährlich zu verteilende Mittel, daß der Bund mit der Erfüllung seiner Aufgabe in kleinem Maßstabe beginnen kann. Sie zu finden, ist nichts Unmögliches, wenn man die Zeitung nicht als bloße Zeitung betrachtet, die nur durch ihren Inhalt wirkt, sondern als Träger der Mitgliedschaft des Bundes mit Vorteilen, die auch abgesehen von dem eigentlichen Bundeszwecke verlockend genug erscheinen. Hierbei mag man in der ersten Zeit ruhig etwas „amerikanisch" vorgehen, indem man den größten Teil der Einnahmen für Werbezwecke ausgibt. Mit Hilfe der Zeitung selbst und der Mitglieder, die nicht persönlicher Vorteile wegen, sondern im Hinblick auf die große, dem Volke immer mehr zum Bewußtsein zu bringende Idee beigetreten sind, werden neue Mitglieder und nicht nur deren Beiträge, sondern auch Zuwendungen von Stiftern erworben, sodaß das Vermögen wächst und immer größere Summen für Bundes- und Werbezwecke ausgegeben werden können.

So muß ein Keil den andern treiben, und wenn schließlich auf diese Weise viele Beispiele handgreiflichen Nutzens gegeben worden sind, den zahlreiche Mitglieder des Bundes aus ihrer Mitgliedschaft gehabt haben, so wird die Zeitung immer weiter in die Masse dringen, die sie wie ein Lotterielos oder einen Lebensversicherungsschein betrachten mag.

Auch ohne einen Fry ist es möglich, dem Bunde die Millionen zu schaffen, die er jährlich für seinen Zweck ausgeben soll. Die Gründung und der Ausbau des Fry-Bundes muß wie ein großes geschäftliches Unternehmen behandelt werden, bei dem man davon ausgeht, daß die meisten Menschen, die Geld hergeben sollen, es nicht der guten Sache wegen tun, sondern weil sie persönlich Nutzen davon erwarten. Schließlich dient jedes Unternehmen der Sache umso besser, je größeren Nutzen die daran Beteiligten haben.

Hat der Fry-Bund erst ein größeres Vermögen gesammelt, ist er durch seine Einrichtungen selbst das beste Werbemittel geworden, so kann er den Nutzen, den die einzelnen haben, immer mehr zu Gunsten derer verschieben, die der Hauptzweck seiner Tätigkeit sind. Da die Menschen verschieden sind, gibt es ferner auch Leute, die ohne selbstsüchtige Gedanken nur der Sache wegen ihr Scherflein zur Bildung und Vermehrung des Bundesvermögens beitragen und sicherlich mit zunehmendem Erfolge des Bundes in wachsender Menge, aber falsch wäre es, sich allein auf sie zu verlassen. Die sich zuerst dazu finden, sind nicht nur gering an Zahl, sondern meist auch, wie in der Regel die Idealisten, nicht besonders vermögend. Die bei weitem größere Zahl ihresgleichen, namentlich auch die der vermögenderen von ihnen, muß erst durch den Bund selber gefunden und gewonnen werden. Mögen also in der ersten Zeit die Vermögensvorteile, die der Bund zu Werbezwecken gewährt, nicht nach planmäßiger Auslese nur Würdigen, sondern nach dem Spiele des Zufalls auch Unwürdigen zufallen, so widerspricht das nicht den Zielen des Bundes, sondern

ist ein notwendiges Mittel, ihnen auf dem schnellsten Wege näherzukommen.

Wer sich aus ethischen Gründen an dieser Art der Beschaffung des Geldes, wie im allgemeinen an der Verquickung von Geld und Kultur, stößt, der sei zum Schluß nochmals darauf hingewiesen, daß für das Kulturverfahren Frys das Geld ein unentbehrliches Mittel ist und eine ähnliche Rolle spielt, wie der Dünger für die Bodenkultur. Den Dünger, den der Landwirt nicht aus seinen eigenen Betrieben gewinnen kann, muß er sich eben von anderer Seite verschaffen und muß einen Preis dafür zahlen, keinen kleineren, als er verlangt wird, keinen größeren, als mit seiner Ertragsberechnung vereinbar ist. Aber von den sittlichen Eigenschaften des Verkäufers ist die Wirksamkeit des Düngers gewiß nicht abhängig, ebensowenig wie von der Gut- oder Bösartigkeit der Tiere, von denen er stammt. Und mag es auch schönere Düfte geben, als den des Düngers, der sittlichste Landwirt braucht ihn eben so nötig wie der unsittlichste, — nicht für seine Sittlichkeit, sondern für das zum Leben notwendige Brot. Und so ist es mit dem Gelde. Nichts Unsittliches steckt in ihm. Wie der Mist, an falscher Stelle aufgehäuft, die Luft verpestet und Krankheiten verbreitet, und an der richtigen Stelle zu Brot und Kuchen wird, so kann und muß auch das Geld so verwertet werden, daß es möglichst wenig Mist bleibt, möglichst viel Dünger wird. So lange wir nicht das, was wir zum Leben brauchen, aus der reinen Sittlichkeit, wie den Stickstoff aus der Luft, gewinnen können, solange brauchen wir auch das Geld, und jedenfalls, solange wir es brauchen, gibt es keine wichtigere Aufgabe der Kultur, als seinen Fluch in

einen Segen zu verwandeln. Das aber ist der Zweck von Richard Frys Kulturverfahren.

Denen, die nicht warten können, die nicht anfangen, weil sie denken: Es dauert ja viel zu lange, wir erleben es doch nicht mehr! — sei gesagt, daß man nicht den Maßstab des Einzellebens anlegen darf, wo es sich um das Wohl des Volkes und der Menschheit handelt. Was erleben die Hunderttausende und Aberhunderttausende, die jetzt von jedem am Kriege beteiligten Volke für das Wohl ihres Vaterlandes gestorben sind und noch sterben, was erleben sie von der Zukunft, für die sie sich opfern?

Hat die Menschheit Jahrtausende gebraucht, um zu erkennen, in welcher Unkultur sie lebt, so sind die paar Jahrzehnte nichts, die sie braucht, um den Weg zu bauen, der sie hinausführt in die bessere Zeit, in der sie allmählich, und doch schneller als je zuvor, zu den Höhen ihrer Glücksmöglichkeiten aufsteigen kann.

Möge der Weltkrieg die Schicksalswende sein!

Er hat die Großen der Erde klein gemacht, weil sie sich von den Gewaltmitteln der alten Zeit nicht trennen konnten, er wird die Kleinen groß machen, wenn er sie lehrt, sich zusammenzuschließen und die Freiheitsmittel der neuen Zeit zu schaffen.

Satzungen des Deutschen Fry-Bundes

Name, Sitz und Geschäftsjahr

§ 1

Unter dem Namen „Deutscher Fry-Bund“ wird ein Verein gegründet, der in das Vereinsregister eingetragen und nach der Eintragung den Zusatz: „Eingetragener Verein“ erhalten soll.

Sitz des Vereines ist Berlin.

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

Zweck

§ 2

Der Bund hat den Zweck, der Hebung der allgemeinen Wohlfahrt zu dienen, namentlich durch einheitliche Organisation aller privaten Wohlfahrtsbestrebungen für die sachlichen und geistigen Bedürfnisse fördernswerter Persönlichkeiten.

Politische und religiöse Bestrebungen sind ausgeschlossen.

Art und Erwerb der Mitgliedschaft

§ 3

Der Bund besteht aus Stamm- und Zweigmitgliedern.

I. Stammitglieder sind:

1. die Gründer, d. h. die Unterzeichner dieser Satzungen, und diejenigen Personen, die von ihnen als Mit-

gründer für den Weiterbau des Bundes hinzugewählt worden sind,

2. die Stifter, d. h. Personen, die einen jährlichen Beitrag von wenigstens 1000 Mark leisten oder eine Zuwendung von wenigstens 10 000 Mark gemacht haben und auf ihren Antrag vom Präsidenten auf Beschluß des Fry-Rates (§ 9) zu Stammitgliedern ernannt worden sind,
3. die Landesvorsitzenden (§ 8) während ihrer Amtsdauer,
4. die Fry-Senatoren (§ 17),
5. die Ehrenmitglieder.

II. Zweigmitglieder sind die Bezieher der von dem Bunde herausgegebenen Bundeszeitung, die ihren Beitritt auf Grund einer Jahresbestellung schriftlich bei einer Ortsgruppe des Bundes oder bei dem Vorstande des Bundes angemeldet und die Mitgliedskarte erhalten haben.

Gliederung des Bundes

§ 4

Der Bund wird in zehn Landesverbände eingeteilt, jeder Landesverband umfaßt zehn Provinzialverbände, jeder Provinzialverband zehn Kreisverbände. Ein Kreisverband umfaßt die in seinem Bezirke befindlichen Ortsgruppen.

Sind in einem Kreisverbande mehr als zwanzig Ortsgruppen, so kann er durch Beschluß des übergeordneten Provinzialrates (§ 7) in Bezirksverbände eingeteilt werden, wobei möglichst verschiedenartige Gruppen zusammenzulegen sind.

§ 5

Mindestens zehn Mitglieder können eine Ortsgruppe bilden. Jede Ortsgruppe wählt ihren Vorsitzenden (Gruppenvorsitzenden) und seinen Stellvertreter. Die Gewählten haben ihre Wahl unter Angabe der Zahl der Mitglieder der Gruppe bei dem Vorstande des Bundes anzumelden. Die Anmeldung ist von zwei anderen Mitgliedern der Ortsgruppe mit zu unterzeichnen. Ebenso ist jede Änderung in dem Vorsitz, und in der Zahl der Mitglieder in dem Falle anzumelden, daß diese unter zehn gesunken ist. Der Gruppenvorsitzende hat dem zuständigen Kreisvorsitzenden (§ 6) ein von ihm und zwei anderen Mitgliedern unterschriebenes Verzeichnis der Mitglieder seiner Gruppe nach Namen, Stand, Alter und Adresse einzureichen und ebenso jede Änderung in dem Mitgliederbestande anzuzeigen.

§ 6

Die Gruppenvorsitzenden eines Kreisverbandes bilden einen Kreisrat. Dieser wählt aus seiner Mitte auf die Dauer von vier Jahren einen Vorsitzenden (Kreisvorsitzenden) und seinen Stellvertreter.

Ist ein Kreisverband in Bezirksverbände eingeteilt, so bestimmt der Provinzialrat von Fall zu Fall, in welcher Weise die Bezirksvorsitzenden und der Kreisvorsitzende zu wählen sind.

§ 7

Die Kreisvorsitzenden eines Provinzialverbandes bilden einen Provinzialrat. Dieser wählt aus seiner Mitte auf

die Dauer von vier Jahren einen Vorsitzenden (Provinzialvorsitzenden) und seinen Stellvertreter.

§ 8

Die Provinzialvorsitzenden eines Landesverbandes bilden einen Landesrat. Dieser wählt aus seiner Mitte auf die Dauer von vier Jahren einen Vorsitzenden (Landesvorsitzenden) und seinen Stellvertreter.

§ 9

Die Landesvorsitzenden bilden den Fry-Rat. Dieser wählt aus seiner Mitte auf die Dauer von vier Jahren den Präsidenten des Bundes und seinen Stellvertreter.

§ 10

Mit seiner Wahl hört der Präsident auf, Landesvorsitzender, der Landesvorsitzende Provinzialvorsitzender, der Provinzialvorsitzende Kreisvorsitzender, der Kreis-, vorsitzende Gruppenvorsitzender zu sein. Die stellvertretenden Vorsitzenden behalten ihr Amt.

Scheidet ein Vorsitzender vorzeitig aus seinem Amte aus, so hat unverzüglich eine Ersatzwahl stattzufinden, und zwar für die noch nicht abgelaufene Amtsdauer des Ausgeschiedenen. Wiederwahl ist unzulässig, mit Ausnahme der gemäß § 47 gewählten Personen.

§ 11

Zu Vorsitzenden einschließlich des Präsidenten können auch Frauen gewählt werden.

§ 12

Bei der Wahl der Vorsitzenden sollen sich die Wähler von der Absicht leiten lassen, den im Sinne der Forderungen des Bundes Geeignetsten und als Persönlichkeit Würdigsten aus ihrem Kreise an die Spitze zu bringen.

Die Wahlhandlung wird für jeden Verband von dem Vorsitzenden des übergeordneten Verbandes und einem anderen Mitgliede desselben geleitet. Bei der Wahl des Präsidenten des Bundes sind der Vorsitzende und ein anderes Mitglied des Fry-Senates Wahlleiter.

Die Wahl wird in der Weise vorgenommen, daß jedes Mitglied des Verbandes einschließlich seines Vorsitzenden zwei Namen, zur Bezeichnung des Vorsitzenden und seines Stellvertreters, auf einen Zettel schreibt und ihn unterschrieben und verschlossen den Wahlleitern übergibt. Niemand darf sich selber wählen. Die Zettel werden von den Wahlleitern geöffnet. Gewählt ist, wer wenigstens sieben Stimmen erhalten hat. Gehören zu einem nicht in Bezirksverbände eingeteilten Kreisverbande mehr oder weniger als zehn Ortsgruppen, so entscheidet eine Mehrheit von zwei Dritteln der Wahlberechtigten. Haben zwei Namen diese Stimmenzahl erreicht, so entscheidet die höhere Stimmenzahl, bei gleicher Stimmenzahl das Los darüber, wer Vorsitzender und wer stellvertretender Vorsitzender wird. Erreicht niemand die Mindestzahl, so haben die Wahlleiter die beiden Personen, die die wenigsten Stimmen erhalten haben, oder aus mehreren mit derselben niedrigen Stimmenzahl zwei von ihnen auszulosende von der Kandidatenliste zu streichen und die Wahlhandlung in

derselben Weise wiederholen zu lassen, bis die Wahl entschieden ist. Bleiben schließlich nur zwei Kandidaten übrig, ohne daß einer von ihnen wenigstens sieben Stimmen erhält, und ist diese Zahl auch nach zweimaliger Wiederholung der Wahl nicht erreicht, so entscheidet die größere Stimmenzahl oder bei gleicher Stimmenzahl das Los darüber, wer Vorsitzender und wer stellvertretender Vorsitzender wird. Die Wahlleiter sind zur Verschwiegenheit über die Unterschriften der Wahlzettel und über die Zahl der auf die einzelnen entfallenen Stimmen verpflichtet.

Über die Wahlhandlung ist ein Protokoll zu führen, das von den Wahlleitern zu unterschreiben ist. Die Protokolle über die Wahlen der Provinzial- und der Landesvorsitzenden sind mit den abgegebenen, nach den verschiedenen Wahlgängen gekennzeichneten Wahlzetteln dem Fry-Senate einzureichen.

§ 13

Der Fry-Senat hat ein Einspruchsrecht gegen die Wahl der Provinzial- und der Landesvorsitzenden. Ein Einspruch ist binnen zweier Monate nach Eingang des Wahlprotokolles durch einen Beschluß geltend zu machen.

Ist ein Einspruch erhoben, so ist eine neue Wahl von den alten Wählern vorzunehmen. Eine Wiederwahl des Abgelehnten ist nur gültig, wenn sie von sämtlichen Wahlberechtigten einstimmig erfolgt.

Organe des Bundes

§ 14

Die Organe des Bundes sind: 1. der Präsident, 2. der Fry-Rat, 3. der Fry-Senat, 4. der Vorstand gemäß § 26 B.G.B., 5. die Mitgliederversammlung.

Der Präsident

§ 15

Der Präsident hat die oberste Leitung des Bundes, er beruft den Fry-Rat und die Mitgliederversammlung und führt in beiden den Vorsitz.

Im Behinderungsfalle wird der Präsident durch seinen Stellvertreter und, falls auch dieser verhindert ist, durch ein anderes vom Fry-Rate gewähltes Mitglied des Fry-Rates vertreten.

Der Fry-Rat

§ 16

Der Fry-Rat besteht aus dem Präsidenten des Bundes und den Landesvorsitzenden. Er verwaltet das Vermögen des Bundes und beschließt an oberster Stelle über dessen Verwendung für die Zwecke des Bundes sowie über alle, den Bund als Ganzes, seine Organisation und Tätigkeit betreffenden Angelegenheiten, soweit nicht die Mitgliederversammlung zuständig ist. (§ 20).

Der Fry-Rat gibt sich seine Geschäftsordnung selbst. Er beschließt in Sitzungen oder auf schriftlichem Wege. Bei der Einberufung ist die Tagesordnung mit anzugeben. In einer Sitzung kann sich jedes Mitglied durch ein anderes Mitglied auf Grund schriftlicher Vollmacht vertreten lassen. Der Fry-Rat ist beschlußfähig, wenn wenigstens sieben Mitglieder anwesend oder vertreten sind. Die Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefaßt. Bei schriftlichen Abstimmungen ist die Zustimmung von wenigstens acht Mitgliedern erforderlich. Über die Sitzungen ist ein Protokoll zu führen, das von dem

Vorsitzenden und einem anderen Mitgliede zu unterzeichnen ist.

Der Fry-Rat kann für Vorbereitung und Ausführung seiner Beschlüsse besondere Verwaltungsabteilungen (Fry-Ministerien) einrichten, deren Vorsteher und Beamte nicht Mitglieder des Fry-Rates zu sein brauchen.

Der Fry-Senat

§ 17

Der Fry-Senat besteht aus den gewesenen Präsidenten des Bundes und solchen Mitgliedern, die von der Mitgliederversammlung zu Fry-Senatoren gewählt sind.

Die Zahl der gewählten Mitglieder darf nicht mehr als fünfzig betragen.

Der Fry-Senat wählt alljährlich aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen oder mehrere Stellvertreter. Seine Sitzungen werden von dem Vorsitzenden, in außerordentlichen Fällen auf Beschluß des Fry-Rates von dem Präsidenten des Bundes einberufen. Der Fry-Senat kann seine Beschlüsse auch auf schriftlichem Wege fassen. Im übrigen gibt er sich selbst seine Geschäftsordnung.

§ 18

Der Fry-Senat hat eine dreifache Aufgabe:

1. den Bund, insbesondere den Fry-Rat, bei wichtigen allgemeinen Angelegenheiten zu beraten. Ohne seine Zustimmung können in der Mitgliederversammlung Anträge auf Änderung der Satzungen oder auf Festlegung besonderer Richtlinien für die Tätigkeit des Bundes oder auf Auflösung des Bundes nicht gestellt werden.

2. die Geschäftsführung des Fry-Rates zu überwachen. Er hat das Recht, jederzeit durch bestimmte, zu diesem Zwecke von ihm gewählte Mitglieder Einsicht in die Kasse, Bücher und Belege der Verwaltung zu nehmen und Auskunft zu verlangen, und die Pflicht, den alljährlich der Mitgliederversammlung abzustattenden Rechenschaftsbericht mit Rechnungslegung zu prüfen und darüber durch seine Vertreter in der Mitgliederversammlung zu berichten.

3. als oberster Gerichtshof über Klagen von Mitgliedern gegen Organe und Beamte des Bundes zu entscheiden.

Der Vorstand

§ 19

Der Vorstand hat die gesetzliche Vertretung des Bundes. Er besteht aus wenigstens zwei vom Fry-Rate gewählten Mitgliedern des Fry-Rates.

Rechtshandlungen sind für den Bund verbindlich, wenn sie von zwei Mitgliedern des Vorstandes oder von einem Mitgliede des Vorstandes und einem vom Fry-Rate hierzu bevollmächtigten Bundesbeamten vorgenommen werden. Schriftliche Erklärungen müssen unter dem Namen des Bundes mit dem Zusatze „Der Vorstand“ unterschrieben sein.

Die Mitgliederversammlung

§ 20

Die Mitgliederversammlung ist die Versammlung der Stammitglieder.

Die ordentliche Mitgliederversammlung findet jährlich spätestens im Juni statt, die erste nach Ablauf des ersten vollen Geschäftsjahres. Sie nimmt den Rechenschaftsbericht und die Rechnungslegung des Fry-Rates und des Vorstandes entgegen, beschließt über ihre Entlastung, setzt die Vergütungen fest, welche dem Präsidenten des Bundes, den Landes-, Provinzial- und Kreisvorsitzenden oder anderen aus Wahlen der Mitglieder hervorgegangenen Inhabern von Bundesämtern zu zahlen sind, und bestimmt den Ort der nächsten ordentlichen Mitgliederversammlung.

Sonst gehört zur Zuständigkeit der Mitgliederversammlung die Beschlußfassung über Aufstellung von Richtlinien für die Tätigkeit des Bundes, über Änderungen der Satzungen und über die Auflösung des Bundes, sowie die Beschlußfassung über alle Anträge, die vom Präsidenten oder dem Fry-Rate oder dem Fry-Senate oder von mindestens zehn Provinzialvorsitzenden verschiedener Landesverbände vor Einberufung der Versammlung gestellt sind.

Die Versammlung kann auch über Anträge beschließen, die aus ihrer Mitte von wenigstens zehn anwesenden Stammitgliedern gestellt und von der Mehrheit der Anwesenden für zulässig und dringlich erklärt worden sind.

§ 21

Die Mitgliederversammlung wird von dem Präsidenten des Bundes durch Bekanntmachung in der Bundeszeitung mit Angabe der Tagesordnung einberufen. Die Einberufungsfrist beträgt für die ordentliche Mit-

gliederversammlung mindestens einen Monat, für eine außerordentliche Mitgliederversammlung mindestens vierzehn Tage.

Eine außerordentliche Mitgliederversammlung ist einzuberufen, wenn ein Beschluß des Fry-Rates oder des Fry-Senates es verlangt.

Über die Verhandlungen ist ein Protokoll aufzunehmen. Der Protokollführer wird von dem Vorsitzenden der Versammlung bestimmt. Das Protokoll ist vom Vorsitzenden und dem Protokollführer zu unterzeichnen und ist in der Bundeszeitung zu veröffentlichen.

An der Versammlung dürfen die Provinzialvorsitzenden mit beratender Stimme teilnehmen.

Andere Zweigmitglieder dürfen ihr, soweit der Raum reicht, als Zuhörer beiwohnen.

§ 22

Die Mitgliederversammlung beschließt mit einfacher Stimmenmehrheit.

Beschlüsse über Satzungsänderungen und über die Auflösung des Bundes können nur mit einer Mehrheit von drei Vierteln der erschienenen Stammitglieder gefaßt werden.

Zur Gültigkeit des Auflösungsbeschlusses ist außerdem erforderlich, daß wenigstens die Hälfte aller Stammmitglieder erschienen oder durch schriftliche Vollmacht vertreten ist, und daß die Versammlung mindestens einen Monat vor dem Versammlungstage einberufen worden ist. Ist die Versammlung beschlußunfähig, so ist binnen eines Monats eine neue Versammlung einzuberufen,

die alsdann ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen und Vertretenen beschlußfähig ist.

Aufgabe der Bundesglieder

§ 23

Die Ortsgruppen dienen dazu, die Mitglieder des Bundes in kleinere Gemeinschaften einzuteilen und sie örtlich und nach der Verschiedenheit ihrer Interessen zusammenzufassen.

Eine Gruppe von nicht mehr als zwanzig Mitgliedern kann sich durch Anzeige bei dem Kreisvorsitzenden als geschlossene Gruppe erklären, es sei denn, daß sie die einzige Gruppe des Ortes ist.

Meldet jemand seinen Beitritt zu einer nicht geschlossenen Gruppe an, so ist der Vorsitzende verpflichtet, die Anmeldung den Mitgliedern der Ortsgruppe vorzulegen und die Mitgliedskarte zu erteilen, falls keine Bedenken dagegen erhoben werden.

Gegen die Verweigerung ist Beschwerde an den Kreisrat, weitere Beschwerde an den Provinzialrat zulässig.

Sind an einem Orte mehrere Ortsgruppen und liegen keine Bedenken gegen die Aufnahme in den Bund, wohl aber gegen die Aufnahme gerade in diese Ortsgruppe vor, so kann der Vorsitzende die Anmeldung der ihm passend erscheinenden Ortsgruppe überweisen oder beim Kreisvorsitzenden die Bestimmung der Gruppe beantragen, die den Bewerber als Mitglied aufzunehmen hat.

§ 24

Eine Ortsgruppe, die mehr als dreißig Mitglieder hat, kann einen erweiterten Vorstand von nicht mehr als

fünfzehn Mitgliedern bilden, derart, daß zehn bis zwanzig Mitglieder das Recht haben, aus ihrer Mitte ein Mitglied in diesen Vorstand zu wählen. Der Gruppenvorsitzende und sein Stellvertreter sind dann aus und von diesem Vorstande zu wählen.

Eine Ortsgruppe, die mehr als dreißig Mitglieder und keinen erweiterten Vorstand hat, kann auf Beschluß des Kreisrates in mehrere Gruppen zerlegt werden.

§ 25

Jedes Mitglied hat das Recht, in seiner Ortsgruppe Anträge auf Bewilligung von Mitteln für bestimmte Zwecke zu stellen, die zu den Aufgaben des Bundes gehören.

Die Ortsgruppe hat den Antrag zu prüfen, namentlich festzustellen, ob die nötigen Voraussetzungen hinsichtlich der Tatsachen, des Bedürfnisses und der Würdigkeit des Zweckes und der zu bedenkenden Personen vorliegen.

Beschließt die Ortsgruppe, den Antrag zu befürworten, so hat sie ihn dem übergeordneten Kreisrate weiterzugeben.

§ 26

Der Kreisrat hat die von seinen Ortsgruppen eingegangenen Anträge zu beraten und etwa ihm nötig erscheinende weitere Prüfungen vorzunehmen. Die Anträge, deren Befürwortung er beschließt, hat er in wichtige und weniger wichtige einzuteilen und dem übergeordneten Provinzialrat weiterzugeben.

§ 27

In derselben Weise hat der Provinzialrat die aus seinen Kreisverbänden eingegangenen Anträge zu behandeln und die von ihm befürworteten dem Landesrat weiterzugeben.

§ 28

Der Landesrat sichtet die aus seinen Provinzialverbänden eingegangenen Anträge nach ihrer Wichtigkeit und beauftragt seinen Vorsitzenden, im Fry-Rate nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Mittel für die Anträge in der Reihenfolge ihrer Wichtigkeit einzutreten.

§ 29

Der Fry-Rat kann die Bewilligung einzelner Anträge beschließen oder im ganzen oder teilweise bestimmte Summen jedem Landesverbande zur Verteilung nach eigenem Ermessen überweisen.

§ 30

Jedem Landesverbande ist ein Teil der Mittel des Bundes für eilige Fälle zur Verfügung zu stellen, die unter die Provinzialverbände nach Ermessen des Landesrates zu verteilen sind.

Bewilligungen aus diesen Mitteln auf Anträge von Gruppenvorsitzenden sind von den Kreisvorsitzenden bei dem Provinzialrat zu beantragen.

§ 31

Jedes Mitglied kann als Gast die in öffentlichen Räumen stattfindenden Versammlungen jeder offenen Ortsgruppe besuchen.

Die Kreisvorsitzenden und die höheren Vorsitzenden können auch verlangen, zu den nicht öffentlichen Versammlungen der offenen und zu den Sitzungen der geschlossenen Gruppen des ihnen unterstellten Verbandes zugelassen zu werden.

§ 32

Jeder höhere Vorsitzende kann den Sitzungen der Verbandsräte (Kreis-, Provinzial-, Landesräte) des ihm untergeordneten Verbandes beiwohnen.

Die Fry-Senatoren haben das Recht, den Sitzungen des Fry-Rates und sämtlicher Verbandsräte beizuwohnen.

Bundesgerichte

§ 33

Jedes Mitglied kann gegen ein anderes Mitglied Beschwerde oder gegen ein Organ (Senator, Präsidenten, Vorsitzenden) oder einen Beamten des Bundes Klage erheben.

Klage ist nur zulässig wegen solcher Handlungen, die gegen das Interesse des Bundes oder der allgemeinen Wohlfahrt verstoßen. — Eine Klage kann auch von amtswegen durch einen von dem Fry-Rat dazu bestimmten Vertreter des Bundes erhoben werden.

§ 34

Die Beschwerde ist bei dem Vorsitzenden der Gruppe zu erheben, zu der der Beschuldigte gehört.

Ist der Beschwerdeführer mit dem Bescheide nicht zufrieden, oder wird der Bescheid ungebührlich verzögert,

so hat er das Recht, bei dem für den Beschuldigten zuständigen Kreisrate weitere Beschwerde zu erheben.

Der Beschuldigte hat das Recht, gegen die Entscheidung der Ortsgruppe bei seinem Kreisrate Einspruch einzulegen.

§ 35

Richtet sich die Beschwerde gegen einen Gruppen-, Kreis-, Provinzial- oder Landesvorsitzenden, so ist sie bei dem nächsthöheren Vorsitzenden zu erheben. Weitere Beschwerde und Einspruch sind bei dem übernächsten Verbandsrate einzulegen, bei Beschwerden gegen einen Landesvorsitzenden bei dem Fry-Senate.

Beschwerden gegen einen Fry-Senator oder gegen den Präsidenten des Bundes sind bei dem Vorsitzenden des Fry-Senates zu erheben.

Beschwerden gegen den Vorsitzenden des Fry-Senates sind bei dem Präsidenten des Bundes zu erheben und von diesem dem stellvertretenden Vorsitzenden des Fry-Senates zur weiteren Veranlassung zu überweisen.

Weitere Beschwerde und Einspruch sind ausgeschlossen.

§ 36

Für die Klage gegen einen Gruppenvorsitzenden ist der Provinzialrat, gegen einen Kreisvorsitzenden der Landesrat, gegen einen Provinzialvorsitzenden der Fry-Rat in erster Instanz zuständig, als Berufungsgericht entsprechend der Landesrat, der Fry-Rat, der Fry-Senat.

Für die Klage gegen einen Landesvorsitzenden oder gegen den Präsidenten des Bundes ist der Fry-Senat als einzige Instanz zuständig.

Für die Klage gegen einen Fry-Senator ist ein Gericht als einzige Instanz zuständig, das aus zwei Fry-Senatoren, zwei Landesvorsitzenden und zwei Provinzialvorsitzenden, die von dem Fry-Rate gewählt sind, und dem Präsidenten des Bundes als Vorsitzenden besteht.

Die Klage gegen einen Beamten des Bundes ist bei dem Fry-Senat einzureichen. Dieser bestimmt von Fall zu Fall oder nach allgemeiner Anordnung das Gericht und das Berufungsgericht.

§ 37

Die Frist für die weitere Beschwerde, den Einspruch und die Berufung läuft einen Monat nach Zustellung der Entscheidung.

§ 38

Ist eine Beschwerde für begründet erachtet worden, so hat der zuständige Vorsitzende sich zu bemühen, auf gütlichem Wege dem Beschwerdeführer Genugtuung zu verschaffen. Bei hartnäckiger Weigerung des Schuldigen kann der Beschwerdeführer bei dem zuständigen Kreisrat Antrag auf Ausschluß des Schuldigen aus dem Bunde stellen. Gegen den Ausschließungsbeschluß ist Einspruch bei dem Provinzialrat zuständig.

§ 39

Das Urteil in einer Klage kann nur auf Amtsentsetzung, zeitweiligen oder dauernden Ausschluß aus dem Bunde lauten.

§ 40

Für die Kosten des Beschwerde- und des Klageverfahrens hat der Schuldige einen den Umständen des Falles und seinen Vermögensverhältnissen entsprechenden Betrag, den das erkennende Gericht festsetzt, an die Bundeskasse zu zahlen.

Bei Abweisung der Beschwerde oder der Klage kann das Gericht dem Beschwerdeführer oder dem Kläger die Verpflichtung zur Zahlung eines Kostenbetrages auferlegen.

Wird in dem einen oder dem anderen Falle die Verpflichtung zur Zahlung der Kosten oder die Angemessenheit des Betrages bestritten, so entscheidet mit Ausschluß des ordentlichen Rechtsweges ein Schiedsgericht, das aus zwei von dem Verurteilten, zwei von dem Kreisvorsitzenden gewählten Mitgliedern und einen Fry-Senator als Vorsitzenden besteht, der von dem Fry-Senate dazu bestimmt ist.

Beendigung der Mitgliedschaft

§ 41

Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Tod, Aufhören der zugesagten Jahresbeiträge, Ausscheiden aus dem die Mitgliedschaft verleihenden Amte, Einstellung des Bezuges der Bundeszeitung oder durch Ausschluß.

Der Austritt kann jederzeit durch schriftliche Anzeige an den Vorstand des Bundes oder den Vorsitzenden der Ortsgruppe, zu der das Mitglied gehört, und durch Rücksendung der Mitgliedskarte erfolgen.

Ein Mitglied, gegen das eine Beschwerde oder eine Klage schwebt, kann vor rechtskräftiger Entscheidung nicht aus dem Bunde austreten.

Ausgeschiedene oder ausgeschlossene Mitglieder haben keinen Anspruch auf die Mittel des Bundes oder auf Rückzahlung ihrer Beiträge oder Zuwendungen.

Beiträge

§ 42

Der Bund erhebt nur Beiträge, die ihm freiwillig geleistet werden oder auf Grund freiwillig übernommener Verpflichtungen zu zahlen sind. Der Eintritt in eine Ortsgruppe darf weder von der Zahlung eines Aufnahmegeldes, noch von der Übernahme einer Beitragsverpflichtung abhängig gemacht werden.

Bekanntmachungen

§ 43

Die Bekanntmachungen des Bundes sind in der Bundeszeitung zu veröffentlichen.

Änderungen der Satzungen

§ 44

Änderungen der Satzungen können nur von der Mitgliederversammlung beschlossen werden.

Die Beschlüsse bedürfen der Zustimmung des Fry-Senates und sind in der Bundeszeitung zu veröffentlichen.

Auflösung

§ 45

Bei der Auflösung des Bundes oder dem Verluste seiner Rechtsfähigkeit beschließt die Mitgliederversammlung über die Verwendung des Bundesvermögens.

Übergangsbestimmungen

§ 46

Bis der Ausbau und die Gliederung des Bundes soweit durchgeführt ist, daß die Organe des Bundes in der satzungsmäßigen Weise gewählt werden können, gelten folgende Bestimmungen:

§ 47

Die Gründer wählen bei Errichtung des Bundes den Präsidenten, seinen Stellvertreter und den Vorstand und setzen ihre Amtsdauer und die zu gewährenden Vergütungen fest.

Sie wählen ferner zwei Ausschüsse von wenigstens je drei Mitgliedern, die bis zur ersten ordentlichen Mitgliederversammlung die satzungsmäßige Aufgabe des Fry-Rates und des Fry-Senates zu erfüllen haben.

§ 48

Die erste ordentliche Mitgliederversammlung wählt einen Fry-Rat von zehn Mitgliedern und einen Fry-Senat nach ihrem Ermessen.

§ 49

Der Fry-Rat teilt die vorhandenen Ortsgruppen in Landesverbände ein und innerhalb dieser, soweit es möglich ist, in Provinzial- und Kreisverbände, wobei auch weniger als zehn Einheiten zu einem Verbande vereinigt werden können, und weist die neu hinzukommenden Gruppen den ihm passend erscheinenden

Verbänden zu. Er bestimmt, wie und auf welche Dauer die ersten Vorsitzenden dieser Verbände zu wählen sind; die Amtsdauer dieser Vorsitzenden darf vier Jahre nicht überschreiten.

§ 50

Die einzelnen Gruppen und Verbände wählen ihre ferneren Vorsitzenden in der satzungsmäßigen Weise mit der Maßgabe, daß Verbände von weniger als zehn Einheiten mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder zu wählen haben.

Die Vorsitzenden bilden die satzungsmäßigen Verbandesräte, auch wenn ihre Zahl in dem einzelnen Verbande nicht zehn beträgt.

§ 51

Hat ein Landesverband seine vollständige Gliederung in Provinzial- und Kreisverbände erhalten, auch wenn die einzelnen Verbände nicht aus zehn Einheiten bestehen, so tritt der Landesvorsitzende in den Fry-Rat. Das für ihn ausscheidende Mitglied des bestehenden Fry-Rates wird durch das Los bestimmt, so lange, bis alle von der Mitgliederversammlung gewählten Mitglieder des Fry-Rates durch gewählte Landesvorsitzende ersetzt sind.

§ 52

Solange der Bund keine Bundeszeitung hat, erfolgen die Bekanntmachungen durch schriftliche Mitteilungen an die Mitglieder.



1 Präsident

2 Mitglieder des Fry-Rates,
Landesvorsitzende
(10)

3 Mitglieder des Landesrates,
Provinzialvorsitzende
(10·10)

4 Mitglieder des Provinzialrates,
Kreisvorsitzende
(10·10·10)

5 Mitglieder des Kreisrates,
Gruppenvorsitzende
(10·10·10·10)

Fürsten ohne Krone

Fast ein Roman von Heinrich Nienkamp

Drittes bis sechstes Tausend

M 4.50 broschiert, M 6.— gebunden

Dr. h. c. Georg Graf Arco, Direktor der „Gesellschaft für drahtlose Telegraphie“:

„Das mir freundlichst zugestellte Buch ‚Fürsten ohne Krone‘ von Heinrich Nienkamp habe ich mit außerordentlichem Interesse gelesen. Es ist ein charakteristisches Zeichen der Zeit, daß jetzt kein Jules Verne mehr aufsteht und ein naturwissenschaftlich-technisches Fantasma mehr schreibt, sondern daß in den Vordergrund des allgemeinen Interesses soziologische und kulturelle Probleme getreten sind. Nienkamp beschreibt die Gründung und schnelle Entwickelung eines Kulturbundes. Die Organisation bisheriger Vereinigungen reicht in keiner Weise heran an diejenige, die Nienkamp sich hierfür in Anlehnung an die Hierarchie der katholischen Kirche ausgesucht hat. Ganz neuartig ist die Anregung, daß einer solchen Kulturbewegung ganz unbegrenzte Geldmittel zur Verfügung stehen. Unter dieser Voraussetzung erdenkt der Verfasser eine ganze Reihe vorzüglicher Methoden, um die Bewegung auf breiteste Basis zu stellen. Es ist nicht nur glaubhaft, sondern es wirkt überzeugend und natürlich, daß eine solche Organisation schließlich nicht nur eine Kulturmacht, sondern auch eine politische Macht ersten Ranges wird. Besonders belebend und anregend wirkt die Erzählungsform als Meinungsäußerung von Zeitungen verschiedener politischer Richtung, ein origineller und sehr glücklicher Gedanke. Ich habe bereits viele meiner Bekannten, welche für diese Dinge Interesse haben, auf dieses, ich möchte sagen: einzigartige Buch aufmerksam gemacht und werde mich in Zukunft weiter für die Verbreitung desselben interessieren. Ich bestellte bereits 10 Exemplare des Werkes“.

Berliner Börsen-Courier:

„Nachdem zwei Jahre blutigsten Ringens die Erde verheeren, wirkt Nienkamps ungemein geistreich und logisch durchgeführte Phantasie (das Buch ist zu realistisch und in seinen Folgerungen zu möglich, um die Bezeichnung Utopie zu verdienen) vom allgemeinen Weltfrieden und der erdumspannenden Kulturorganisation der Völker wie ein absonderlicher Erlösungstraum. Der mit dem Aktiengesellschafts-, Trust- und Gesetzeswesen der Neuzeit engvertraute Großkaufmann und Bankfachmann verrät sich in Nienkamp als Darsteller der materiellen Voraussetzungen für die Gründung des Kulturreiches. Eine Fülle sehr interessanter und fruchtbarer nationalökonomischer und politischer Ideen, sowie weitsichtiger Weltwirtschaftsgedanken werden von Nienkamp entwickelt, an denen keiner nnachtsam vorüber gehen sollte, der sich in dem Chaos der Gegenwart Sinn und Liebe zur Zukunft bewahrt hat. Diese Leute, die aus Deutschlands Kaufmannskontoren kommen, den kühlen sicheren Blick für die ganze Welt als ihr Bestätigungsfeld haben und dabei die echte deutsche Sehnsucht nach den erweiterten „Grenzen der Menschheit" in ihrer Brust nähren: das sind Deutschlands stille und tapfere Bauherren, für deren Taten wie für deren Worte die deutsche Mitwelt aufmerksame Augen und Ohren bezeigen sollte."

Hermann Bär in Zürich;

„Ich habe Ihr Buch ‚Fürsten ohne Krone' mit Bewunderung und so großem Interesse gelesen, wie noch nie zuvor eine andere Schrift. Das verblüffend Überraschende Ihrer Gedanken ist die Einfachheit des Aufbaues dieser Kultur. Die Ausführungen, welche an Logik nichts zu wünschen übrig lassen, beweisen treffend, daß der kulturelle Aufstieg der Menschen nicht, wie ich seither der Meinung war, nach dem Gedanken der Sozialdemokratie: durch die Massen, sondern nur durch die einzelnen sittlich starken Persönlichkeiten, kraft dieser Kultur-Organisation möglich ist. Ihre dem Werke vorangestellten Worte: „Die Menschen sind verschieden" beweisen außer Ihrer großen Menschenkenntnis alles. — Ich wünsche Ihrem Werke den notwendigen Richard Fry und dazu das baldige Kriegsende."

Alexander Freiherr von Gleichen-Rußwurm in „Berliner Tageblatt":

„Eigenartig nach Inhalt und Form tritt das Buch in die Reihe derjenigen Werke, die den Ausdruck einer überquellenden allgemeinen Stimmung in das Gewand eines staatlichen oder eigentlich überstaatlichen Idealgebildes hüllen. So gibt sich der Kultur-

gedanke dichterisch, das Politische darin literarisch. Die technische Lösung, die der Verfasser in den Dienst seines Problems stellte, ist überraschend gelungen. Nienkamps Roman ist ein gutes und ernstes Buch, ein wirkliches Wort in die Zeit."

Dr. Paul Grabein in „Düsseldorfer Generalanzeiger":

„... Ein Buch eigenster Art, dessen Erscheinen jetzt, noch mitten in dem großen Völkerringen auf den ersten Blick befremden könnte, das aber dennoch zeitgemäß in vollstem Umfange genannt werden muß. Ein Buch, das wohl in Jahrzehnten ernsten, tiefgründigen Beobachtens und Sinnens in einem hochgemuten Geist herangereift ist, der mit Schmerz und heiligem Zorn lange genug mit angesehen hat, wie törichter Zufall Macht und Kraft verleiht, und einem verhängnisvollen Spiel der Kräfte, das den Edlen oft zu Boden drückt und aufreibt, den Minderwertigen aber zum Herrscher macht... Hier handelt es sich um etwas, das ernst genommen sein will; keine müßige Spielerei der Phantasie — nein, der laut hallende Aufruf eines freien, starken und kühnen Geistes zur Tat, für die Sache der Persönlichkeit und der Menschheit in seinem Sinne! Was er will, ist: einen Weg zu zeigen, die Entwickelung der Einzelpersönlichkeit und die Geschicke der Völker, soweit es nach der menschlichen Natur möglich ist, von der Anarchie des Zufalls und der Herrschaft einiger weniger Vertreter von Sonderinteressen zu befreien, die nach der jeweils maßgebenden Machtverteilung in Staat oder Gesellschaft über das Leben der Völker und der Mehrheit der einzelnen entscheiden. Immer wieder sehen wir dabei das Leitmotiv durchleuchten: In allererster Linie die Menschen freizumachen, die am besten für die Kultur arbeiten können. Gerade die besten Geister sind in den wirtschaftlichen Kämpfen oft die schwächsten, und die Glücklichen, die für sich äußere und innere Freiheit gefunden haben, verschwinden gegenüber der Masse derer, die ein ähnliches Glück nicht finden können, weil sie mit aller Sehnsucht, ja, mit allem Wissen und Können als einzelne an der Unvernunft unserer Zustände nichts ändern können. Diese ernsten und großen Gedanken lebendig zu machen zur erlösenden Tat, erscheint gerade die Gegenwart mit all ihrer bitteren Not berufen, wie nie eine Zeit. Der Krieg hat uns gezwungen, darüber nachzudenken, was Kultur ist, und hier wird im Gegensatz zu allen Utopien ein gangbarer Weg gezeigt, aus der Unkultur herauszukommen, und zu einer Reform des gesellschaftlichen, jetzt vom Mammonismus und Strebertum beherrschten Lebens zu gelangen. Das rechte Wort fiel also zur rechten Zeit — möchte nun auch die Tat folgen, die Nienkamps großen Gedanken wenigstens in seinen Grundwurzeln zur Verwirklichung brächte."

Julius Hart in einem neunspaltigen Feuilleton in „Der Tag“:

„Die echten, die wirklichen Idealisten, die prometheisch-schöpferischen Geister, denen wir allein alle Kultur verdanken, die allein die Menschheit weitergefördert haben, die Erfinder- und Entdeckernaturen, die, welche neue bessere Lebensformen vorausschauen können, an die Spitze einer neuen Gemeinschaft, welche es sich zur Aufgabe stellt, die Besten, die Tüchtigsten, die Könner auszulesen! Das ist der Kerngedanke des Nienkampschen Buches. Ob dieser Idealist nun aber Pluralist oder Monist, Einheits- oder Vielheitslehrer, Kantianer oder Nietzscheaner ist, darauf kommts überhaupt wohl nicht an. Wenn er nur Idealist ist! Neues, Besseres sagen und verwirklichen kann. Ich für meine Person möchte nur wünschen, daß Heinrich Nienkamp nicht erst wartet auf einen Richard Fry und seine Milliarde, sondern gleich morgen die Organisation seiner neuen Kulturgemeinschaft in die Hand nimmt, und würde ihr gewiß sofort als Mitglied beitreten.“

Dr. Sigurd Ibsen, Staatsminister a. D.:

Ich habe das Buch mit dem lebhaftesten Interesse gelesen und und trage kein Bedenken, auszusprechen, daß dieses in seiner Mischung von Idealismus und praktischem Sinn so eigenartige Werk zu jenen seltenen Erscheinungen gehört, deren Nachwirkung eine tiefe und bleibende ist.

Hans von Kahlenberg:

„Als ein Buch der Liebe, kluger und reifer Menschenliebe, empfinde ich das vorliegende von Heinrich Nienkamp. Es fesselt zunächst den Verstand, aber unser Verstand, der kritisch müde und stumpf geworden ist, würde nicht so dauernd und eindringlich gefesselt bleiben, wenn es sich bei diesen Projekten der Kulturgemeinschaft, einer geistigen Auslese und Höherzüchtung, nur um geistreiche Spielereien der Einbildungskraft handelte. Dieser Träumer hat den Wirklichkeitssinn, nüchtern rechnende Gründlichkeit des Geschäftsmanns, er ist so durchaus modern, scharf und pfiffig, daß wir uns fragen, warum ist dies rechtwinklige, auf den Beinen stehende Gebilde ein Traum? Muß es ein Traum sein? Dies könnte Wirklichkeit werden! — Nur Geld gehört dazu, sagt er, etwa eine lumpige Milliarde! Diese, die Kulturmilliarde, wäre in ein so gewinnbringendes, äußerst zeitgemäßes Unternehmen hineingesteckt, daß man ordentlich den spekulativen Yankee, einen Carnegie oder Ford, dazu aufspringen sieht! Muß es aber durchaus ein Amerikaner sein? Der Traum dieses Träumers, im afrikanischen Urwald geträumt, ist deutsch — urdeutsch. Nur Deutsche glauben so an den lebendigen Geist,

an den heiligen Geist, der nicht der der Tatsachen oder des toten Stoffs, sondern der glühende, reine Wille des Einzelnen, der Persönlichkeit, ist."

Dr. P. Krische, Leiter des „Asgard-Berlin", Kulturbund für sozial-ethische Arbeit und geistigen Fortschritt:

„Das Werk ‚Fürsten ohne Krone' hat auf mich einen tiefgehenden und nachwirkenden Eindruck gemacht. . . . Was das Werk so wertvoll macht, ist der konsequent an einem packenden Beispiel durchgeführte Gedanke einer praktischen Zusammenarbeit aller kulturstrebigen Menschen in einer einheitlichen Organisation. . . ."

Lübecker Nachrichten:

. . . Es hat nie an solchen gefehlt, die, aus innerstem Trieb: sozialer Gerechtigkeit zum Ziele zu helfen, uns mit allen möglichen, gutgemeinten Vorschlägen kamen, die sich bei näherer Prüfung oder beim praktischen Versuch bald als ideologische Konstruktionen entpuppten. Nun kommt aber einer, der die Sache bei einem ganz andern Ende anfaßt, ein Mensch nüchterner Wirklichkeit, ein deutscher Finanzmann überragender Intelligenz, ein Künder nicht nur den wenigen seiner Wahlverwandten: ein zwingender Überzeuger, dabei tiefsittlicher Mensch mit warmem Herzen. Er macht uns in seinem Buche bekannt mit dem Plane seiner Organisation dessen, was Kultur im höchsten Sinne heißt, indem er, bei aller Begeisterung für das Ziel, kühl und gemessen zu Werke geht. Nicht wie seine utopischen Vorgänger, hält er uns mit nebelhaften Assoziationen auf: sein bewußtes Denken gibt scharfumrissene Bilder des Aufbaus einer Welt höherer Menschen des Geistes und Charakters. Kein verschwommener Träumer, kein phantastischer Schaumschläger, bändigt er seine Vorstellungen und formt sie zu einer überwältigenden Idee positivster Möglichkeit. Allem ausgeklügelten und Absurden abhold, stellt er sein Kalkül auf das kapitalistische System, das — mag man es loben oder schelten — nun mal die Beziehungen auch der Kulturmenschheit beherrscht und regelt. Er ist klug genug, um menschliche Schwächen aus seiner Organisation nicht auszuschalten, sondern sie bewußt als wichtigste Faktoren in Rechnung zu stellen, ja, die Grundmauern seines Projektes auf sie zu bauen; und darin unterscheidet sich Nienkamp himmelweit von allen, die vor ihm amüsante Luftschlösser aufführten, aber nie eine substantiierte Basis finden konnten, da sie Pläne schmiedeten zum Wohle einer Sorte Menschen, die es nicht gibt und die nur in

ihrem, der Utopisten, Monoideismus ein romantisches Dasein führte. Nienkamp zeigt den einzigen Weg, den wir fest und unbeirrt einzuschlagen haben, um aus diesem Wust von Unsinn herauszukommen, der uns unzählige der besten Kräfte, der besten Menschen raubt. Er beleuchtet vernichtend die lächerliche Phrase nicht nur der ans Ziel gelangten Tüchtigen, sondern auch vornehmlich aller subalternen Geister in Amt und Würden, die in unnachahmlicher Selbstgerechtigkeit und mit traditioneller Feiermiene in ihrer egozentrischen Hoffart nicht aufhören, zu verkünden, daß „jeder, der etwas leistet", auch „seinen Platz", seine „Anerkennung" fände.

Die Lektüre des Buches, auch mit Rücksicht auf die ganz neue künstlerische Form, bietet unsagbaren Reiz. Mit wachsend-freudiger Erregung folgen wir Nienkamps Ausführungen und sind überrascht, mit welcher Stoffbeherrschung er alle nur denkbaren Einwände superkluger „Aber"-Menschen antizipiert und mit zersetzender Logik widerlegt. Es hätte keinen Sinn, im Rahmen weniger Zeilen das Buch zu zerpflücken. Jeder geistig Selbständige lese es! Der Verfasser schenkt ihm unvergängliche Anregung, bereichert sein Denken und Empfinden in einer Weise, wie es in dieser Richtung wohl noch keinem Autor gelang.

Kommerzienrat und Generalkonsul J. Mandelbaum:

„... So komme ich erst heute dazu, Ihnen für den Genuß zu danken, den mir die Lektüre Ihres mit Recht von hervorragenden Seiten so sehr geachteten Werkes ‚Fürsten ohne Krone' bereitet hat. Ideale Tendenz und praktische Auffassung gehen in diesem merkwürdigen Buche Hand in Hand, und ich beglückwünsche Sie zu dem schriftstellerischen Mute, von dem das Werk getragen ist."

Dr. Mindner:

„Wenn doch die Ideen dieses Buches recht weit verbreitet würden. Die guten Folgen wären unübersehbar. Das wäre in der Tat ein Fortschritt in der Entwicklung, wie ihn die Welt noch nicht gesehen und der Eroberung der Luft, Handels-U-Booten und anderen Neuerungen an Bedeutung weit überlegen."

National-Zeitung:

Dieses Buch dient der Verbreitung einer wirklich großen Idee. Es handelt sich hier um einen im festen Boden der Wirklichkeit wurzelnden genialen Organisationsplan der Auslese nicht nur nach Können und Wissen, sondern vor allem nach Charakter wertvoller Persönlichkeiten, die an den ihnen zukommenden Platz gestellt werden und einen Kulturadel bilden. Dieses System erreicht, daß

der Zufall nach Kräften ausgeschaltet wird. Nicht blinde Willkür der Geburt, der Stellung, des Reichtums spricht mehr das letzte Wort bei Schicksalsformung: jeder wahrhaften Persönlichkeit wird der Weg geöffnet, um alles, was sie an Geist birgt, in den Dienst höchster Kultur zu stellen. Und das alles wird nicht im Stil unmöglicher Phantasterei vorgetragen, sondern der Ideengang Nienkamps stützt sich sowohl auf die nicht auszuschaltende Macht des Geldes, als er auch vor allen Dingen Eigenschaften wie Eitelkeit, Egoismus nicht übersieht, sondern sie bewußt in seine Rechnung stellt. Er zeigt, wie alles menschlich Große energetisch zu verwerten, in nutzbringende Kraft umzusetzen ist. Und auf diesem Wege werden Nienkamp diejenigen folgen, die nur im mindesten an den Hochstieg aller Kreatur glauben.

Dr. Rudolf Penzig, der Herausgeber von „Ethische Kultur" in seinem Organ in einem elfspaltigen Aufsatz:

„. . . Hier dürfte so mancher Leser, von der Größe und Schönheit des Zieles geblendet und an seinem für die trostlose Wirklichkeit geschärften Auge verletzt, unmutig das Blatt umschlagen und mit dem Gemurmel: „phantastische Träume" zur Forderung der Kleinarbeit des Tages zurückkehren. Das wäre unrecht; denn offenbar stellt uns hier eine dichterisch, aber auch kritisch, stark veranlagte Gestaltungskraft nur in einem Schlußbilde vor Augen, was wir alle, in Einzelzügen und besonderen Gebieten, nicht nur kräftig anstreben, sondern auch z. T. schon sehen werden. Zudem ist für Kritik schon bestens gesorgt. Mit großem Geschick und bemerkenswerter Einfühlungsgewandtheit hat der Autor sämtliche Entwicklungsphasen seines Kulturreiches von einem Chor der verschiedenartigsten sehr amüsant fingierten Zeitungsstimmen begleiten lassen, in denen sich ebensowohl der Zorn der Konservativen über die unpreußische Nörgelsucht des unbequemen Amerikaners ausspricht, wie die bange Sorge der Katholiken um das Schicksal der Kirche, das Schelten des Alldeutschen gegen die internationale Verschwommenheit, das grobe Mißtrauen des waschecht-roten Genossen über die neue Spielart des humanitär scheinenden Kapitalismus, die Furcht vor der jüdischen goldenen Internationale, die ärgerliche Angst des liberalen Philisters vor geheimen Umsturzplänen, der brave gute Menschenverstand im Sprechsaalton der unparteiischen Lokalpresse, wie endlich die sachliche und ernste Kritik der Kulturzeitschriften."

Professor Dr. C. L. Schleich:

„. . . Dies in Form und Inhalt höchst packende Buch enthält eine Fülle von eigenartigen und unabhängigen Gedanken. Ein

großer Geistesreichtum gestattet es dem Verfasser, seine Idee, die er gleichsam wie das Geschick einer Persönlichkeit romanhaft werden und sich entwickeln läßt, von allen Seiten und den verschiedenartigsten Standpunkten aus zu beleuchten, was ungemein anziehend wirkt und das human-soziologische Thema in steter Elastizität erhält. Ich möchte glauben, daß hier die Morgenröte schönster Menschenmöglichkeiten tagt."

Dr. Albert Steche, Mitglied der II. Sächs. Ständekammer:

„. . . Dieses Buch hat mich als Verfechter des Hansa-Bund-Gedankens ebenso gepackt, wie als Industriellen und Politiker, der im öffentlichen Leben steht. Ich glaube, daß dieses Buch, und zwar nicht nur in Deutschland, großes Aufsehen erregen wird. . . Schon infolge der eigenartigen Form des Buches ist das Nachdenken der entwickelten Gedanken ein hoher Genuß. Derselbe wird aber noch erhöht durch eine erstaunliche Fülle von scharfsinnigen Beobachtungen, Aphorismen, Dialogen und lebendigen Schilderungen, so daß der Leser vom Beginne bis zum Schlusse des Buches gefesselt wird."

H. Thurmayr in „Casseler Tageblatt":

„Das klingt in der Tat fast wie ein Roman, in Wirklichkeit bringt Nienkamp eine Fülle und Auslese praktischer Vorschläge für einen Kulturverband, der die Wiederholung eines Weltkrieges fast ausschließt. Diese Vorschläge haben den Vorzug, sogleich auf ihr Für und Wider geprüft, besprochen und erläutert zu werden, und zwar nach allen möglichen Interessenrichtungen hin und von allen möglichen Weltanschauungen aus. Im Roman kommen daher weniger Personen und deren Schicksale, als vielmehr Gedanken und Werke in Betracht, widergespiegelt in den verschiedenen Zeitungen des Tages. Das erzeugt Abwechselung, erweckt Interesse, bereichert unser Wissen, fordert unser Denken heraus und zwingt uns zum vergleichenden Abwägen der ringenden Weltanschauungen. Wohl werden die Blößen der Gegenwart offen und freimütig aufgedeckt, doch Nienkamp verstand es geschickt, nicht zu verletzen. Die Absicht des Verfassers offenbart sich im Werke als eine unbedingt edle und erhabene, als die ideale Absicht, allen Kulturvölkern durch Zusammenschluß aller wertvollen Persönlichkeiten dauernden Frieden zu verbürgen. Wenn wir auch versucht sein werden, zu zweifeln, ob die Gründung eines weltumfassenden Kulturverbandes, zu dem Nienkamp Pläne und Skizzen zu entwerfen versuchte, überhaupt möglich ist, so müssen wir doch zugeben, daß die Vorschläge samt und sonders Voraussetzungen haben, die auf rein natürlichen Verhältnissen beruhen und infolgedessen wohl im Bereich des Mög-

lichen liegen. Wer hätte vor 100 Jahren fest daran geglaubt, daß die Menschen fliegen lernen und Konkurrenten der Vögel in der Luft würden? Wille und Geist machten sich an das Problem, heute ist es gelöst. Warum sollte die Vernunft hier versagen, wo Wille und Not noch ungleich kraftvoller nach Verwirklichung des Problems drängen? Es würde zu weit führen, auf die vielseitigen Gedanken des Werkes näher einzugehen. Das wirklich interessante und ebenso zeitgemäße Werk ist ein gewaltiges nnd wertvolles Stück Arbeit, reich an philosophischen Gedanken und doch wieder für jeden Gebildeten leicht verständlich. Es wird und muß daher von allen begrüßt werden als eine große Tat, von allen, die berufen sind, Kulturarbeit zu fördern und dem Ganzen zu dienen, von allen, die gewillt sind, Kulturarbeit zu leisten, nicht zuletzt von jenen wertvollen Persönlichkeiten, die sich ihrer Kulturkraft bewußt sind und nach Erlösung von der Herrschaft des Zufalls schmachten. Eröffnet ihnen doch das Zustandekommen der Kulturgemeinschaft auf wirtschaftlich kapitalistischer Grundlage die Aussicht, aus den Niederungen gewöhnlicher Abstammung und Mittellosigkeit, durch persönliche Tüchtigkeit den Kulturadel zu gewinnen und die Möglichkeit, hinaufzusteigen bis zum reichdotierten Range eines Fürsten ohne Krone, eines Fürsten der Kultur."

Arthur Trebitsch in „Nord und Süd":

„. . . Der Gedanke, daß solcherart die besten Geister aller Nationen in Beziehung, Fühlung und Willensherrschaft über die Menschheit gelangen könnten, dieser Gedanke hat etwas Berauschendes und Beglückendes sondergleichen, und ihn gedacht, ja ihn durch die Darstellung seiner Verwirklichung der Welt vor Augen gerückt zu haben, das ist Nienkamps Tat, für die wir ihm aus vollem Herzen Dank wissen. — Denn mehr ist dieses Buch und soll es uns sein als ein Roman! Ein Vorschlag, ein ausführbares Schema, eine große und vielleicht menschenbeglückende Idee, die allein gefördert und erforscht werden kann durch den Versuch! — Nienkamps Buch muß gelesen werden, und die Menschen, die Gleiches ersehnen und erhoffen wie er, mögen sich vorerst mit ihm in Verbindung setzen, um allmählich weiterreichend jenen kristallinischen Kern zu bilden, an den anschließend sich dies geistige Gebilde zu greifbarer Gestalt vereinige!"

Otto Volkart;

„Trotzdem meine reichen Erfahrungen in Kulturvereinen mir nur zu oft zeigten, wie die Taten leitender Persönlichkeiten verpfuscht werden, sobald Geld sich ans Werk macht, die „Kultur, wie ein geschäftliches Unternehmen" in Angriff zu nehmen, so begrüße ich

Heinrich Nienkamp doch als einen Mann, dem die Hand zu drücken, und mit dem gründlichen Austausch über die Not unserer Zeit und die Wege zur Besserung zu pflegen, ein großes Glück für mich wäre."

Dr. G. Wynecken:

„Das Buch von Nienkamp ‚Fürsten ohne Krone' habe ich mit Interesse gelesen. Der ausgeführte Gedanke ist packend. Ich glaube, daß solche Werke die wichtige Aufgabe haben, den Glauben des Publikums an die Möglichkeit einer vernunftgemäßen Ordnung der Dinge zu stärken und den Sieg der Vernunft vorzubereiten. Sie können darum gar nicht weit genug verbreitet werden."



Deutscher Ido-Bund
Berlin-Charlottenburg
Hardenbergstr. 14

Druck von Hallberg & Büchting in Leipzig.